

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



April 2026

Equal Pay Day 2026 für Entgelttransparenz und Geschlechtergerechtigkeit

Halbe Bratwurst für die Männer

Am 27. Februar war es wieder so weit: Der Equal Pay Day stand vor der Tür und im wahrsten Sinne des Wortes „ging es um die Wurst“. So lautete auch das Motto der Veranstaltung und Aktion des SoVD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg.

Der Equal Pay Day markiert symbolisch die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern. Diese beträgt aktuell 16 Prozent. Umgerechnet heißt das: Frauen arbeiten bis zum 27. Februar gewissermaßen ohne Gehalt. Verglichen mit 2024, als der Unterschied noch bei 18 Prozent lag, zeigt sich ein kleiner Fortschritt, aber echte Gleichstellung ist noch weit entfernt.

Die Gründe für die Lohnlücke sind vielfältig: Viele Frauen arbeiten in schlecht bezahlten Berufen und sind seltener in Führungspositionen vertreten. Vor allem diskriminierende Strukturen sind das Problem. Einige Arbeitgebende bewerten die Arbeit von Frauen geringer oder rechnen pauschal mit familienbedingten Aus-



Vor der Landesgeschäftsstelle gab es gegrillte Bratwürste: Symbolisch bekamen Männer nur die Hälfte der Wurst.

zeiten. Das wirkt sich auf Einstellungen, Beförderungen und die Bezahlung aus. Der SoVD fordert vehement, dass Frauen

und Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten müssen. Dieses Ziel verfolgt auch die Entgelttransparenzrichtlinie der EU, die bis Juni 2026 in nationales Recht umgesetzt werden muss. Die Richtlinie ermöglicht es Beschäftigten, Auskunft über die Entgeltstrukturen in ihrem Unternehmen zu verlangen und Lohndiskriminierung aufzudecken.

Mit den Aktionen zum Equal Pay Day soll die Debatte über die Gründe der Entgeltunterschiede in Deutschland in die Öffentlichkeit getragen werden. Der SoVD engagiert sich schon über lange Zeit für das Thema Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen des Lebens und für Fairness bei der Bezahlung.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg beteiligte sich auch in diesem Jahr aktiv an den bundesweiten Initiativen. Viele Ehrenamtliche unterstützten die Protestaktion am Berliner Hauptbahnhof.

Anschließend ging es – ganz im Sinne des Mottos – „um die Wurst“. In der Landesgeschäftsstelle verteilten Grillmeister*innen Bratwürste an die Gäste. Als Zeichen gegen Lohndiskriminierung gab es für die Männer symbolisch nur die halbe Wurst und für Frauen die ganze.

Gemeinsam mit dem SoVD ein starkes Zeichen für die Gleichbehandlung aller Geschlechter in der Arbeitswelt zu setzen ist Teil dieser wichtigen Aktion.



Viele Ehrenamtliche des Landesverbandes kamen am frühen Morgen zum Berliner Hauptbahnhof, um sich aktiv an der Protestaktion zum Equal Pay Day zu beteiligen.

Neues Frauenhaus in Berlin

Mit der Eröffnung des neunten Frauenhauses rückt Berlin der Umsetzung der Istanbul-Konvention weiter näher. Das neue Frauenhaus bietet 26 neue Familienplätze in zehn Wohnungen, barrierearm, mit psychosozialer Beratung, psychologischer Unterstützung und pädagogischer Begleitung für Kinder. Die Adresse ist vertraulich. Der Träger der Einrichtung ist

Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin.

Cansel Kiziltepe, Senatorin für Gleichstellung, sagte bei der Eröffnung: „Der Schutz von gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern hat für den Berliner Senat höchste Priorität, ebenso der Ausbau des Berliner Hilfesystems.“

Hilfe rund um die Uhr gibt es unter folgender Adresse: BIG e. V. (Berliner Initiative ge-

gen Gewalt an Frauen) in der Durlacher Str. 11 a, 10715 Berlin.

Der Verein berät gewaltbetroffene Frauen und kennt die aktuellen Kapazitäten aller Berliner Schutzeinrichtungen. Seine Hotline ist rund um die Uhr zu erreichen unter Tel.: 030/61 10 300, bei Bedarf auch in anderen Sprachen.. Die E-Mail-Anschrift lautet: beratung@big-berlin.info.



Foto: pexels/george dolgikh

*Der Landesvorstand sowie das gesamte Mitarbeiter*innenteam wünschen allen Mitgliedern und Freund*innen des SoVD eine fröhliche Osterzeit.*

Durch Frauensolidarität Veränderungen erreichen

Nur gemeinsam stark

Viele Fortschritte in der Gleichstellung wurden erst möglich, weil Frauen sich organisiert, vernetzt und gemeinsam für ihre Rechte eingesetzt haben – von besseren Arbeitsbedingungen über Schutz vor Gewalt bis hin zu sozialer Absicherung. Veränderung entsteht selten allein, sondern meist durch gemeinsames Handeln.

Mit alten Rollenbildern und gesellschaftlichen Erwartungen wird Frauen noch immer vermittelt, sie müssten allem gerecht werden, dabei bescheiden bleiben und Konflikte vermeiden. Das kann dazu führen, dass Konkurrenz entsteht oder Unterstützung ausbleibt. Solidarität bedeutet deshalb auch, diese Muster bewusst zu hinterfragen und neue Wege des Miteinanders zu stärken.

Besonders wichtig ist ein solidarischer Blick auf unterschiedliche Lebensrealitäten. Die Erfahrungen einer alleinerziehenden Mutter unterscheiden sich von denen einer Rentnerin, einer Frau mit Behinderung, einer Migrantin oder einer Frau in einer Führungsposition. Solidarität heißt, diese Unterschiede anzuerkennen und sich trotzdem gemeinsam für faire Chancen einzusetzen.

Frauensolidarität verändert nicht nur das Leben Einzelner, sondern stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie schafft Räume, in denen Frauen sich sicher fühlen, ihre Interessen vertreten und ihre Stimme erheben können. Wo Frauen einander unterstützen, wachsen Selbstvertrauen, Teilhabe und die Bereitschaft, Veränderungen anzustoßen.

Frauensolidarität ist eine wichtige Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt. Wenn Frauen sich gegenseitig unterstützen, werden Ungleichheiten sichtbar und Veränderungen möglich. Gerade aus sozialpolitischer Perspektive zeigt sich: Gute Lebensbedingungen entstehen dort, wo Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern gemeinsam für faire Chancen eintreten.



Foto: pexels-yankrukov

Wenn sich Frauen als Konkurrentinnen sehen, geht es nicht voran.

SoVD-Umfrage offenbart steigende Angst vor dem sozialen Abstieg in Berlin und Brandenburg

Immer mehr Menschen fühlen sich abgehängt

Die Angst vor einem sozialen Abstieg ist in Deutschland weit verbreitet. Eine aktuelle Civey-Umfrage im Auftrag des SoVD zeigt: In Berlin machen sich 38,2 Prozent der Bevölkerung große Sorgen vor einem sozialen Abstieg, in Brandenburg sind es sogar 45,8 Prozent.

„Wenn mehr als jede dritte Person in unserer Region solche Ängste hat, ist das ein deutlicher Weckruf. Es braucht jetzt eine mutige, gerechte Sozialpolitik, die allen Menschen Sicherheit und echte Teilhabe ermöglicht“, so Quentin Mönich, Referent für Sozialpolitik und Sozialrecht beim SoVD-Landesverband.

Die Menschen brauchen gute und sichere Beschäftigungsperspektiven und ein bezahlbares Zuhause. Deshalb ist es Zeit, die Vergabe- und Tarifreuegesetze zu verbessern, eine Bildungswende in den Schulen einzuleiten und die wirksame Begrenzung der Mietpreisexplosionen in Ballungszentren endlich umzusetzen. In Brandenburg ist sogar fast jede zweite Person von sozialen Abstiegssorgen betroffen. Man muss auch in Regionen investieren, in denen sich die Menschen zunehmend abgehängt fühlen.

Landesvorstandssprecher

Armin Dötsch: „Soziale Abstiegssorgen sind nicht nur finanzieller Natur, sondern auch durch Einsamkeit und unzureichende medizinische Versorgung geprägt. Diese Themen gehören ganz oben auf die politische Agenda. Die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt in Berlin und Brandenburg können wir stärken. Die Sorgen der Menschen müssen jetzt in gute Maßnahmen statt in Verzweiflung fließen. Denn Angst ist kein guter Ratgeber. Das gilt vor allem in Zeiten, in denen die Demokratie unter Druck steht.“

Große Ängste herrschen bei Frauen, Familien und jungen Menschen. So äußern Frauen deutlich häufiger große Sorgen als Männer. Noch immer leisten Frauen erheblich mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer, das verstärkt die Lohnlücke und treibt Frauen in finanzielle Abhängigkeit und Altersarmut. Es ist höchste Zeit, dass Politik und Gesellschaft Verantwortung

übernehmen und auch Care-Arbeit als das anerkennen, was sie ist: systemrelevant.

Obwohl die Zukunft Deutschlands vom Nachwuchs abhängt, bleibt es eine traurige Wahrheit, dass jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut betroffen ist. Nur eine gebündelte Förderung kann aus SoVD-Sicht Armut von Kindern und Jugendlichen bekämpfen und Chancengleichheit fördern.

Rund die Hälfte der 16- bis 39-Jährigen gibt an, große Sorgen vor einem sozialen Abstieg zu haben, während es bei den über 65-Jährigen nur knapp 29 Prozent sind. Jede*r weiß, dass nur gute Bildung sozialen Aufstieg ermöglicht, daher darf Bildungsgerechtigkeit kein Lippenbekenntnis bleiben. Denn wie in kaum einem anderen Land Europas ist der Bildungserfolg so stark vom sozialen Status abhängig, wie in Deutschland.

Besonders hoch ist die Sorge



Foto: Pexels/federico orlandi

Gerade unter jungen Leuten herrscht große Zukunftsangst.

bei Arbeiter*innen. Die Politik muss darauf mit konkreten Maßnahmen reagieren. Weil sich Arbeit auch lohnen muss, gehören dazu ein angemessener Mindestlohn, eine armutsfeste Rente am Ende eines Erwerbslebens und Rahmenbedingungen, die alle lange gesund arbeiten lassen.

Die Umfrageergebnisse zeigen auch teils deutliche regionale Unterschiede. Die Ungleichheit in Ost und West hat sich über die Jahre verfestigt,

das befeuert zudem das Gefühl der Ungerechtigkeit. Auch nach über 35 Jahren deutscher Einheit gibt es deutliche Unterschiede. Die Politik muss endlich für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen, dies ist nicht umsonst als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Denn nur in einer Gesellschaft, die gleich und gerecht ist, ist auch der Zusammenhalt stark. Und das macht resilient sowohl gegen Krisen als auch gegen populistische Menschenfänger.

Rechtsverstöße durch starken Wettbewerb befürchtet

Taxi-Neuzulassungen in Berlin 2026 ausgesetzt

Ab sofort und zunächst begrenzt auf eine Dauer von einem Jahr werden in Berlin keine neuen Genehmigungen für den Taxiverkehr mehr erteilt. Mit dieser Maßnahme verfolgt das Land Berlin das Ziel, die langfristige Funktionsfähigkeit des Taxigewerbes zu sichern. Taxis sind eine wichtige Säule des öffentlichen Verkehrsangebotes.

Ein Großteil des Gewerbes kann derzeit nicht kostendeckend arbeiten. Die Erlöse pro Stunde verzeichnen seit Jahren einen negativen Trend im Ergebnis einer nachteiligen Nachfrage- und Kostenentwicklung. Auch die im Juni 2024 eingeführte Möglichkeit zur Vereinbarung von Festpreisen, die bei den Fahrgästen auf hohe Akzeptanz stößt, konnte bislang keine nachhaltige Trendumkehr bewirken. Demgegenüber ist die Anzahl der Taxis auf den Straßen Berlins jedoch stark gestiegen: Von 5.400 Taxis im Dezember 2024 auf über 6.600 Taxis Ende Januar 2026. Damit übersteigt das Angebot die tatsächliche Nachfrage inzwischen erheblich. Für viele Unternehmen ist ein wirtschaftlich tragfähiger Betrieb unter diesen Bedingungen nicht mehr möglich.

Neben dieser wirtschaftlichen Schieflage besteht die begründete Gefahr, dass ein Teil der nicht mehr ohne weiteres kostendeckend arbeitenden Unternehmen durch systematische Verstöße gegen geltendes Recht versuchen könnten, ihre Wettbewerbssituation gegenüber den rechtmäßig arbeitenden Mitbewerber*innen zu verbessern, was für diese zu zusätzlichem Konkurrenzdruck führen wird.

Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsaufgaben (LABO) wird die Entwicklungen im einjährigen Zeitraum eng beobachten und eine vorzeitige Aufhebung veranlassen, sollte sich das Gewerbe nachhaltig stabilisieren. Rechtsgrundlage für den einjährigen Beobachtungszeitraum ist Paragraph 13 Absatz 4 des Personenbeförderungsgesetzes.

Quelle: Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

SoVD-Beratung im Kreisverband Berlin-Ost mit wachsender Resonanz

Termine auf Wochen ausgebucht

Der SoVD steht für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und konkrete Hilfe im Alltag. Wie wichtig dieses Engagement ist, zeigt sich eindrucksvoll im Kreisverband Berlin-Ost: Seit dem 16. September 2025 finden wieder regelmäßige Sprechstunden in der Alltags- und Sozialberatung statt – und die Nachfrage spricht für sich. Die Termine sind jeweils vier Wochen im Voraus ausgebucht.

In den östlichen Bezirken Berlins leben über 1,3 Millionen Bürger*innen – der Bedarf an kompetenter, unabhängiger Beratung ist entsprechend hoch. Allein im November und Dezember 2025 sowie im Januar 2026 wurden 115 Beratungsgespräche geführt – die Kapazitäten waren damit mehr als ausgeschöpft. Hinzu kommen zahlreiche individuell vereinbarte Termine zur Unterstützung bei Rentenansprüchen.

Die Alltags- und Sozialberatung deckt ein breites Spektrum sozial- und rentenpolitischer Fragestellungen ab. Besonders häufig brauchen Ratsuchende Unterstützung zum Grad der Behinderung und zur Rente.

Um die Beratungsarbeit weiter zu qualifizieren und breiter aufzustellen, wird das Team ab März 2026 erweitert. Neben Henriette Wunderlich und Uwe Beck unterstützen künftig auch Silvia Cieluch sowie Peter Uwe Reif die Beratungsangebote. Wunderlich und Cieluch stehen insbesondere für alle Fragen rund um das Thema Rente zur



Verfügung, Beck und Reif beraten schwerpunktmäßig in der Alltags- und Sozialberatung.

Selbstverständlich bildet sich das Team kontinuierlich weiter: Durch Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg bleibt die Beratung fachlich stets auf aktuellem Stand. Kompetenz und Qualität sind kein Zufall – sie sind Anspruch und Verpflichtung zugleich.

Die Beratungen finden an mehreren Standorten statt und sind damit gut erreichbar für die Mitglieder im Osten Berlins:

- Im Geschäftszimmer des Kreisverbandes Berlin-Ost im Bundesverbandshaus „Erich Kuttner“, Stralauer Straße 63

in Berlin-Mitte.

- Im Büro für die Alltags- und Sozialberatung in Berlin Trep-tow-Köpenick, Galileistraße 31.

- Im Wahlkreisbüro des SPD-

Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus Alexander Freier-Winterwerb.

- Im Büro für die Alltags- und Sozialberatung in der Berliner Allee 124 in Berlin Pankow (Weißensee).

Erreichbar ist das Team per E-Mail an: ks.berlinost@sovd-bbg.de und unter Tel.: 030/72 62 22 385 (mit Anrufbeantworter).

Die große Nachfrage zeigt deutlich: Die unabhängige Sozial- und Rentenberatung des SoVD im Kreisverband Berlin-Ost ist ein unverzichtbares Angebot für viele Bürger*innen. Sie gibt Orientierung in einem oft unübersichtlichen Sozialrecht und trägt dazu bei, soziale Teilhabe zu sichern.

Sozialrechtsberatung

Bitte wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen immer zuerst an die zuständige Sozialberatung in Ihrer Gliederung. Zur Kontaktaufnahme bitte deutlich Name, Mitglieds- und Telefonnummer auf dem Anrufbeantworter hinterlassen!

Landesgeschäftsstelle

Jeden zweiten Dienstag, 9–12 Uhr: Offene Sprechstunde der Sozialrechtsberatung, letzte Anmeldung 11 Uhr. Beratung max. 15 Minuten pro Person, Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Kreisverband Berlin-Ost

Dienstags 10–12 Uhr und donnerstags nach Vereinbarung, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Ansprechpartner: Uwe Beck, Tel.: 030/72 62 22 385, E-Mail: uwe.beck@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Mittwochs 10–12 Uhr nach Vereinbarung, Galileistraße 31, 12435 Berlin (im Wahlkreisbüro von Alexander Freier-Winterwerb, MdA), Ansprechpartner: Uwe Beck, Tel.: 030/72 62 22 385, E-Mail: uwe.beck@sovd-bbg.de.

SoVD-Beratungsstelle Bürgerzentrum Neukölln

Jeden Mittwoch, 13–15 Uhr,

Werbellostraße 42, 12053 Berlin. Ansprechpartner: Quentin Mönnich, Telefon: 0170/30 98 284, E-Mail: quentin.moennich@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, Nachbarschaftsheim, Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin. Ansprechpartner*in: Jutta Zoll, Tel.: 0151/10 02 62 69, E-Mail: jutta.zoll@sovd-bbg.de; Jürgen von Rönne und Bodo Feilke, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

Jeden zweiten Dienstag, 10–14 Uhr, Eichborn-damm 96, 13403 Berlin. Ansprechpartner: Quentin Mönnich, E-Mail: quentin.moennich@sovd-bbg.de.

Kreisverband Spandau

Dienstags 10–12 Uhr, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.

Ortsverband Falkensee

Dienstags 10–12 Uhr, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. Ansprechpartner: Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-

bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Beratungstermine nach Vereinbarung, Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Termine nach Vereinbarung, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin. Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Beratungstermine jeden Dienstag und nach Vereinbarung, Waldstraße 48, 10551 Berlin. Ansprechpartner*in: Joachim Krüger und Marion Halten-Bartels, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost Ortsverband Prignitz-Ruppin

Termine nach Vereinbarung. Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: kv.brnbordost@sovd-bbg.de und Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Hoppegarten

Beratung jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr, im Haus der Generationen (Musiksaal), Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten. Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999, E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg/Havel. Ansprechpartner: Frank Gerstmann, Tel.: 0175/19 68 636, E-Mail: ks.brandenburg-havel@sovd-bbg.de.

Eisenhüttenstadt OT Fürstenberg / Oder-Spree

Sozialberatung montags 16.30–17.30 Uhr und donnerstags 15.30–17.30 Uhr. Ansprechpartner: Christoph Kröber, Tel.: 0177/46 31 307. E-Mail: ks.oder-spree@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil im südlichen Brandenburg

Mobile Sozialberatung nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. Ansprechpartnerin: Ines Bärsch, Tel.: 0151/17 85 18 41, E-Mail: mobil@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Beratungstermine nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1,

03238 Finsterwalde. Ansprechpartnerin: Cornelia Schreiber, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.fensterwalde@sovd-bbg.de.

Cottbus

Beratungstermine nach Vereinbarung. Ansprechpartner: Michael Netzker, Tel.: 0176/93 22 85 83, E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Kontaktadressen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg

Adresse: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12).

Landesgeschäftsführung (kommissarisch): Michael Meder, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: gf@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung: Bernhard Kippert, E-Mail: kontakt@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Loßin und Jeroen Brozek, E-Mail: redaktion@sovd-bbg.de.

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!



Aus dem Landesverband, den Orts- und Kreisverbänden



Kreisverband Neukölln

Kreisverband Neukölln

Trotz winterlicher Wetterverhältnisse fand das Mitgliedertreffen wie geplant am 16. Februar im Gemeindehaus der Evangelischen Dorfkirche in Alt-Buckow statt. Anlässlich der Faschingszeit hatten drei Frauen Pfannkuchen gebacken und versorgten die Gäste auch noch mit frischem Kaffee – hierfür vielen Dank! Aber auch die neu-

esten Nachrichten aus der Sozialpolitik wurden rege diskutiert an diesem Nachmittag. Zum Abschluss erfolgte dann das Gruppenfoto, das die Gemeinschaft im SoVD widerspiegelt!

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Auf dem Mitgliedertreffen mit Spreewälder Gurken, Bouletten und Hackepeter gratulierten

die Anwesenden Edwin Günthermann, der im Januar seinen 100. Geburtstag feiern konnte. Er ist seit 1980 treues Mitglied des SoVD, erst in Tiergarten, dann in Tiergarten-Wedding. Im letzten Jahr gratulierte der SoVD ihm bereits zum Jubiläum seiner 45-jährigen Verbandsmitgliedschaft. Nach seinem Umzug in eine Zehlendorfer Senioreneinrichtung wurde er



Kreisverband Tiergarten-Wedding

regelmäßig liebevoll von Frau und Herrn Esser persönlich bei Besuchen im Heim betreut und von Rita Krüger-Bieberstein per Telefon.

So überbrachte auch an seinem Geburtstag Familie Esser die Glückwünsche des SoVD-Kreisvorstandes Tiergarten-Wedding und wünschten dem Geburtstagskind weiterhin Lebensmut, Zufriedenheit und

gute Laune bei bestmöglicher Gesundheit.

Nachdem Rita Krüger-Bieberstein, Kreisschatzmeisterin, den Teilnehmenden des Mitgliedertreffens die Informationen aus der letzten Sitzung des Landesvorstandes überbracht hatte, lud sie alle zum traditionellen Pfannkuchenessen am Fastnachtsdienstag ein. Trotz glat-

Fortsetzung auf Seite 14

Herzlichen Glückwunsch Aus den Orts- und Kreisverbänden



Foto: Svetlana Wall/Adobe Stock

Das Alter ist wie eine Woge im Meer.
Wer sich von ihr tragen lässt, treibt oben auf.
Wer sich dagegen aufbäumt, geht unter.

Gertrud von Le Fort

Im Namen des gesamten Vorstandes und des Mitarbeiter*innen-Teams gratuliert der Landesverband Berlin-Brandenburg seinen Mitgliedern herzlich zum Geburtstag!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 3.4.: Christel Bonin, Berlin; 3.4.: Heinz Kikow, Berlin; 4.4.: Gisela Doberschütz, Berlin; 24.4.: Waltraud Frobenius, Berlin.

91 Jahre: 12.4.: Emmi Kubiak, Berlin; 15.4.: Dieter von Badinski, Berlin; 25.4.: Helga Schnabel, Berlin.

92 Jahre: 8.4.: Siegfried-Erwin Franzke, Berlin; 12.4.: Hans Dannenberg, Berlin; 15.4.: Heinz Riedel, Berlin; 24.4.: Waltraud Froede, Berlin.

93 Jahre: 7.4.: Ursula Kudlik, Berlin; 12.4.: Annemarie Koch, Berlin; 15.4.: Jutta Nakons, Berlin; 28.4.: Inge Spiesbach, Berlin.

95 Jahre: 25.4.: Anita König-Hirsch, Berlin.

96 Jahre: 5.4.: Wolfgang Koch, Berlin.

98 Jahre: 24.4.: Werner Suche, Berlin.

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband gehen an:

35 Jahre: 1.4.: Klaus-Peter Gedröhn, Dahlewitz; Hans-Peter Gust, Berlin; Helga Kieschke, Dahlewitz; und Horst Kieschke, Berlin.

40 Jahre: 2.4.: Edeltraut Franke, Berlin.

50 Jahre: 1.4.: Erika Strey, Berlin.

Fortsetzung von Seite 13

ter Gehwege und Neuschnee hatten sich fast 30 Mitglieder hinausgetraut und sich in der Kreisgeschäftsstelle eingefunden. Hauptgesprächsthema waren das Wetter und die schlechte Räumung der Gehwege, aber vor allem der öffentlichen Plätze von Eis und Schnee.

Einig waren sich alle, die Aktion des SoVD-Landesverbandes für die Kältehilfe der Berliner Stadtmission mit einer Spende aus der Vereinskasse zu unterstützen. Damit setzt der SoVD Berlin-Brandenburg ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit den Menschen, die in Berlin der Kälte besonders schutzlos ausgeliefert sind.



Kreisverband Tiergarten-Wedding

Ehrenamt sucht Verstärkung

Sie fühlen sich angesprochen und suchen eine ehrenamtliche Aufgabe? Dann sind Sie hier genau richtig: Der SoVD-Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf sucht Mitglieder, die sich engagieren möchten für folgende ehrenamtliche Funktionen:

1. Vorsitzende*r, stellvertretende*r Vorsitzende*r, Schatzmeister*in, Schriftführer*in (Protokollierung, Einladungen, Glückwünsche etc.), Frauensprecherin (Frauenstammtisch, Engagement für Frauenrechte etc.), Beisitzer*innen, Revisor*innen.
Für weitere Informationen

steht Ihnen der Kreisvorsitzende Bodo Feilke gerne zur Verfügung und freut sich auf Ihren Anruf unter Tel.: 030/81 78 682 (mit AB, bitte deutlich Namen und Rückrufnummer angeben) oder E-Mail: b.feilke@gmx.de. Wir freuen uns über Ihr Interesse!

Termine

Landesgeschäftsstelle

Jeden Mittwoch, 17–19 Uhr: LineDance. Anmeldung bei Sabine Laudahn, Tel.: 0171/41 45 266, E-Mail: sabine.laudahn@sovd-bbg.de.

Jeden Donnerstag, 12–17 Uhr: Nähwerkstatt. Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

15. April, SoVD-Tagesausflug: Beelitzer Baumkronenpfad, Genaue Abfahrtszeiten werden vor dem Ausflug bekannt gegeben. Anmeldungen über Dieter Roch. E-Mail: d.r-bear50@web.de, Telefon: 0176/46 04 19 60.

27. April, 16 Uhr: AG-Ehrenamt, Teilnahme auch online möglich. Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Ort: Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin, barrierefreier Eingang Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Ansprechpartner: Bernd Röber, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-

bbg.de.

Ortsverband Berlin-Mitte

15. April, 16 Uhr: Offener Stammtisch, Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin. Ansprechpartner: Michael Meder, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinmitte@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Ansprechpartnerin: Katrin Spieß, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

16. April, 15 Uhr: Treffpunkt Wilmersdorf, Mitgliederversammlung, Werner-Bockelmann-Haus, Bundesallee 48b-50, 10715 Berlin. Ansprechpartner: Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.

21. April, 15 Uhr: Treffpunkt Charlottenburg. Mitgliedertreffen, Stadtteilzentrum, Nehringstraße 8, 14059 Berlin. Ansprechpartner: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02

oder 030/38 27 645, E-Mail: ov.charlottenburg@sovd-bbg.de.

25. April, 10 Uhr: Frauenstammtisch, Restaurant „Ännchen von Tharau“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Spaziergang mit Claudia und Dieter nach dem Frauenstammtisch an interessante Orte in Berlin. Beginn: 12 Uhr mit offenem Ende. Es können Kosten entstehen. Ansprechpartnerin: Barbara Kubanke, Tel.: 030/38 12 703.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

20. April, 16 Uhr: Mitgliedertreffen mit Vortrag von Frau Knörr, Pflegestützpunkt Neukölln, Gemeindehaus der Ev. Dorfkirche, Alt-Buckow 38, 12349 Berlin, Bus M 11 (Pfarrer-Vogelsang-Straße). Ansprechpartner: Alfred Lotz, Tel.: 030/26 39 38 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Spandau Ortsverband Spandau-Mitte

15. April, 14 Uhr: Mitgliedertreffen mit Kaffeetafel, Havel-

terrassen, Spandauer Burgwall 27-29, 13581 Berlin.

23. April, 18.45 Uhr: Mitgliederversammlung, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.

Ortsverbände Spandau Nord/Süd und Falkensee

16. April, 18.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Weinverkostung. Gast: Armin Dötsch. Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. Anmeldung bei Christiane Ketzmer, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaunordsued@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

2. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, SoVD-Treff Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

22. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, SoVD-Treff Hertha-Müller-Haus, Argentinische Allee 89, 14163 Berlin. Ansprechpartner: Wolfgang En-

gelmann, Tel.: 030/26 39 38 04 oder 030/76 40 32 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband

Kreuzberg-Schöneberg
11. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen. „Bewegung im Alter, wie halte ich mich fit“, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin. Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

7. April, 14.30 Uhr: Österliche Nachlese und aktuelle Reformvorschläge zur Sozialpolitik.

21. April, 14.30 Uhr: Berichte von der SoVD-Landesebene und aus den bezirklichen Beiräten und Vorbereitung auf die Seniorenvertreterwahlen. Waldstraße 48, 13403 Berlin.

Anmeldung erbeten bei Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06 oder Tel.: 030/41 44 662, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.



Mehr Frauen in die Politik wählen – dafür warben diese Frauen mit ihrer Aktion vor der Kommunalwahl. Genutzt hat es nicht, der Frauenanteil fiel auch diesmal wieder niedrig aus.

Bündnis „Bavaria ruft!“ am Weltfrauentag mit prominenten Mitstreiterinnen

Mehr Frauen in die Politik!

Kurz vor der bayerischen Kommunalwahl, die in diesem Jahr mit dem Weltfrauentag zusammenfiel, hatten sich auf der Münchner Theresienwiese bei der Bavaria zahlreiche Bürgermeisterinnen, amtierende Kommunalpolitikerinnen, Kandidatinnen und viele engagierte Mitstreiterinnen versammelt, um ein kraftvolles, überparteiliches Zeichen für mehr politische Repräsentanz von Frauen zu setzen.

Unter den prominenten Teilnehmerinnen, die sich vor der Bavaria einfanden, war auch die Kabarettistin Luise Kinseher, vielen bekannt als „Mama Bavaria“ vom Nockherberg. Sie setzte bewusst ein sichtbares Zeichen der Solidarität. Denn, so Kinseher: „Wir müssen uns zusammenschließen, uns stärken und uns gegenseitig Mut machen, egal aus welcher Partei wir kommen.“

Initiiert wurde die Aktion von den Bürgermeisterinnen Kathrin Alte (Gemeinde Anzing), Dr. Claudia Alfons (Stadt Lindau) und Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag, gemeinsam mit weiteren Engagierten aus Politik und Verbänden. Unterstützt wird „Bavaria ruft!“ vom Bayerischen Landesfrauenrat, dem Katholischen Deutschen Frauenbund, dem Lan-

desverband Bayern (KDFB), dem Bayerischen Jugendring (BJR), der KLJB, zahlreichen kommunalen Frauenlisten und dem Verein FidiP – Frauen in die Politik e. V.

Als Schirmherrinnen stehen Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Sozialministerin Ulrike Scharf (beide CSU) hinter „Bavaria ruft!“. Ihre zentrale Botschaft lautet: Politik braucht Frauen, und zwar auf allen Ebenen!

Großer Neujahrsempfang der Landesregierung in der Münchner Residenz

Kontakte für den SoVD geknüpft

Am 9. Januar fand in der Münchner Residenz der Neujahrsempfang 2026 statt. Auch SoVD-Landesvorsitzende Meta Günther war auf der Veranstaltung, um die Gelegenheit zu nutzen und Kontakte zu knüpfen, unter anderem mit dem Verein „Horizont e. V.“

Die Bayerische Landesregierung würdigt jedes Jahr ehrenamtlich engagierte Verbände mit einem festlichen Empfang. Das gibt den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. Auch SoVD-Landesvorsitzende Meta Günther war zu diesen Zwecken vor Ort.

Eine*r ihrer Gesprächspartner*innen war Schauspielerinnen Jutta Speidel. Sie wurde Mitte der 90er Jahre auf wohnungslose Kinder in ihrer Heimatstadt München aufmerksam und gründete den gemeinnützigen Verein „Horizont e. V.“, der obdachlosen Kindern mit ihren



V. li.: Meta Günther mit Jutta Speidel.

Müttern ein sicheres Zuhause gibt. Seit der Gründung 1997 gibt es inzwischen zwei Schutzhäuser, ein drittes ist in Planung – der Bedarf ist groß.

Der SoVD-Landesverband plant für den Herbst eine weitere Veranstaltung zum Thema „Stopp Gewalt gegen Frauen“, bei der ebenfalls über den Schutz der Mütter und ihrer Kinder gesprochen und ein geschützter Wohnraum für München vorgestellt werden soll. Daher ging es bei dem Gespräch auch um die mögliche Mitwirkung von Speidel und ihrem Verein bei der SoVD-Veranstaltung.



Auf dem gut bevölkerten Münchener Marienplatz machten Frauen auf das Anliegen des Equal Pay Day aufmerksam.



Rote Luftballons wurden symbolisch zum Platzen gebracht.

Aktion zum Equal Pay Day 2026 in München

Lohnlücke beseitigen

Am 26. Februar hatte der Marienplatz in München wieder einmal „rot gesehen“. Unter dem Motto „Pop the Gap – Lassen wir die Lohnlücke platzen!“ brachten Frauen die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen symbolisch mit roten Luftballons zum Platzen – eine kraftvolle und aufmerksamkeitsstarke Aktion für mehr Lohngerechtigkeit.

Eine eindrucksvolle Performance auf dem roten Teppich stellte die Lebenswege von Frauen und die strukturellen Bruchstellen im Erwerbsverlauf auf der Veranstaltung zum Equal Pay Day anschaulich dar.

In seiner Rede unterstrich der damalige Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) die Bedeutung von Lohngerechtigkeit für die Stadtgesellschaft. Zudem waren der damalige 2. Bürgermeister Dominik Krause (Bündnis 90/Die Grünen) sowie die 3. Bürgermeisterin Verena Dietl (SPD) und zahlreiche Stadträt*innen anwesend und unterstützten die Aktion vor Ort.

Die starke politische Präsenz setzte ein wichtiges Signal für die gemeinsame Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die immer noch bestehende Ungerechtigkeit zu beseitigen.

www.sovd-bayern.de





Personalien

Johanna Füssel gehört als Sozialrechtsberaterin zur neuen Besetzung in der Geschäftsstelle in Nürnberg. Sie ist montags bis donnerstags von 9 bis 11 Uhr telefonisch für die Mitglieder da. Persönliche und telefonische Beratungstermine sind nach telefonischer Vereinbarung möglich.

Von der Landesvorsitzenden Meta Günther wurde die neue Mitarbeiterin herzlich begrüßt und erhielt zum Amtsantritt einen Blumenstrauß überreicht.

V. li.: Meta Günther mit Johanna Füssel.



Glückwünsche



Foto: Alekss / Adobe Stock

*Freude lässt sich nur voll auskosten,
wenn sich ein anderer mitfreut.*

Mark Twain

Der Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes Bayern gratulieren allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen ihnen viel Gesundheit. Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 26.4.: Monika Grosch, Lautertal; 28.4.: Gabriele Eberl, Schweitenkirchen.

70 Jahre: 2.4.: Sieglinde Czolkohs, Lauf; 19.4.: Jürgen Spitzenpfeil, Michelau; 23.4.: Lydia Huber, Merkendorf.

75 Jahre: 12.4.: Gail Susan Doleschel, München.

80 Jahre: 25.4.: Alfons Schmitt, Lohr.

85 Jahre: 20.4.: Michael Semiz, Nürnberg.

90 Jahre: 25.4.: Maria Klostermann, Bad Füssing; 28.4.: Amalie Heinrich, München.

Sozialrichter*in gesucht

Einige Mitglieder des SoVD nutzen bereits die Chance, durch eine Position als ehrenamtliche*r Richter*in am Sozialgericht Einfluss auf die Rechtsprechung zu nehmen.

Nun eröffnet sich durch ein auslaufendes Mandat die Möglichkeit, ein SoVD-Mitglied zum*zur ehrenamtlichen Richter*in am Sozialgericht München zu berufen. Der Dienst als ehrenamtliche*r Richter*in am Sozialgericht ist zeitlich überschaubar. Meist sind es nur zwei bis drei Sitzungstage im Jahr. Dort gibt es dann die Möglichkeit, in den Gerichtsbetrieb zu schauen, aktiv mitzuentcheiden und gleichberechtigt mit den hauptberuflichen Richter*innen zu entscheiden. Eine verantwortungsvolle Position, für die Sie von Ihrem Arbeitgeber freigestellt werden, die Sie aber auch im Ruhestand ausüben können.

Wenn Sie daran interessiert sind, das Amt als ehrenamtliche*r Richter*in am Sozialgericht München zu übernehmen, müssen Sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Mindestalter 25 Jahre,
- deutsche Staatsangehörigkeit,
- wohnhaft im Bezirk Oberbayern,
- SoVD-Mitglied.

Wir freuen uns über Ihre Anfrage und stehen Ihnen bei weitergehenden Fragen gerne unter Tel.: 089/53 05 27 oder info@sovd-bayern.de zur Verfügung.

vdek-Forum 2026 mit Schwerpunkt auf Prävention bereits im Kindesalter

Gesundheitskompetenz stärken

Der Verband der Ersatzkassen (vdek) lud am 27. Januar zum Forum 2026 in München ein. Das Motto lautete: Prävention stärken, Versorgung sichern – Gesundheitskompetenz als Schlüssel für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem.

Das Gesundheitssystem steht unter erheblichem Druck. Die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherungen und sozialen Pflegeversicherungen bleibt angespannt. Gleichzeitig verschärft sich die Versorgungssituation: Einer stetig wachsenden Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen stehen immer weniger Fachkräfte gegenüber.

Gerade vor diesem Hintergrund kommt der Stärkung der Gesundheitskompetenz eine strategische Schlüsselrolle zu. Sie befähigt Menschen Gesundheitsinformationen zu verstehen, zu bewerten und in ihrem Alltag umzusetzen. Gesundheitskompetenz leistet damit einen entscheidenden Beitrag, Prävention wirksam zu gestalten, Gesundheitschancen zu verbessern und das Versorgungssystem in Zeiten finanzieller und personeller Engpässe langfristig zu entlasten.

Gemeinsam mit Expert*innen aus Politik, Wissenschaft und Praxis wurde auf dem vdek-Forum über wirksame Strategien und innovative Ansätze zur Stärkung der Gesundheitskompetenz und Entlastung des Versorgungssystems diskutiert.

Judith Gerlach (CSU), Bayerische Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention,



Meta Günther mit Dr. Max Loy vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention.

unterstrich in ihrem Grußwort die Bedeutung der Digitalen Versorgung mit Gesundheitsinformationen, um Menschen zu mehr Gesundheitskompetenz zu befähigen.

Die Ersatzkassen in Bayern setzen sich seit vielen Jahren mit vielfältigen Initiativen und Angeboten für Prävention und Gesundheitsförderung ein. Die Techniker Krankenkasse bietet das Präventionsprogramm „Klimaspürnasen – Gesundheit und Umwelt für den Kindergarten“. an. Kinder lernen die Zusammenhänge zwischen planetarer und menschlicher Gesundheit

und wie sie diese durch ihr eigenes Handeln positiv beeinflussen und schützen können.

Die Barmer Ersatzkasse stärkt mit dem kostenfreien Präventionsprogramm „DURCHBLICKT!“ die digitale Kompetenz bei Lehrenden, Eltern sowie Schüler*innen.

Die DAK Gesundheit möchte mit ihrem digitalen Auftritt „fit4future foundation“ Kinder und Jugendliche zu einem gesunden Lebensstil motivieren sowie in Kitas und Schulen eine gesunde, stressfreie und positive Lebenswelt erschaffen.

Quelle: vdek



Sozialberatung



Foto: anja / Adobe Stock

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089/53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691, E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminver-

einbarung, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Beratung nur telefonisch oder per E-Mail, Kontakt siehe Oberfranken/Bayreuth.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Beggnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, montags–donnerstags, 9–11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Interview mit der hessischen SoVD-Landesvorsitzenden Birgit Kömpel zu Themen des Equal Pay Day 2026

Erwerbs- und Sorgearbeit endlich anerkennen

Zum Equal Pay Day am 27. Februar reiste Hessens Landesvorsitzende Birgit Kömpel nach Berlin, um dort den Bundesverband bei seinem Aktionstag am Berliner Hauptbahnhof zu unterstützen. Kömpel, die für die Deutsche Bahn im Personalbereich arbeitet, hat sich mit der hauptamtlichen SoVD-Bevollmächtigten Nadine Ruf über den Equal Pay Day und seine Bedeutung unterhalten.

Warum gibt es, trotz der Debatten der letzten Jahrzehnte eigentlich immer noch diese Lohnlücke zwischen Männern und Frauen? Oder anders: Warum arbeiten Frauen in diesem Jahr bis zum 27. Februar im Grunde umsonst?

Frauen arbeiten häufiger in sozialen, pflegerischen oder dienstleistungsnahen Berufen, die gesellschaftlich wichtig, aber leider schlechter bezahlt sind. Noch immer übernehmen Frauen den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit (Kinder, Pflege von Angehörigen). Dadurch arbeiten sie häufiger in Teilzeit oder unterbrechen ihre Karriere – was sich langfristig auf Gehalt und Aufstiegschancen auswirkt.

In welchen Branchen ist die Lohnlücke besonders groß – und warum?

In der Finanz- und Versicherungsbranche zum Beispiel gibt es große Unterschiede. Hier werden häufig hohe Bonuszahlungen ausgezahlt, die teilweise intransparent und schwer nachvollziehbar sind. Es finden sich hier auch

nur wenige Frauen in Spitzenpositionen. Das liegt sicherlich auch an den langen Arbeitszeiten und der hohen Präsenzkultur. Vielen Frauen nehmen eben nicht an sogenannten „After-Work-Events“ teil, sondern widmen ihre Zeit nach Feierabend ihrer Familie. Männer jedoch nutzen solche Gelegenheiten oft, um ihr Netzwerk zu erweitern und um nützliche Kontakte für ihre Karriere zu knüpfen.

Oder schauen wir auf den Bereich Medizin: Obwohl nachweislich mehr Mädchen die Abiturnote eins schaffen und somit den geforderten Numerus Clausus für eine Zulassung zum Medizinstudium nachweisen können, gibt es in unseren Kliniken und Praxen noch immer mehr Männer in Führungspositionen als Frauen.

Was müsste sich gesellschaftlich ändern, damit gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit selbstverständlich wird?

Wir brauchen mehr partnerschaftliche Aufteilung und flexible Arbeitszeitmodelle für beide Geschlechter. Neben der unsäg-

lichen Diskussion um „Lifestyle-Teilzeit“ kommt mir hier der wichtigste Grund für Teilzeit-Arbeit viel zu kurz: Noch immer verbringen zumeist Frauen sehr viel (Arbeits-)Zeit mit der Betreuung von Kindern und*oder kümmern sich um ihre Angehörigen. Auch unsere derzeitigen Steuermodelle begünstigen noch immer ein Rollenmodell, welches es oft finanziell sinnvoller macht, dass Ehefrauen, die zumeist weniger verdienen als ihre Ehemänner, in Teilzeit einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, aber tatsächlich einen großen Teil zusätzliche Care-Arbeit leisten, die eben nicht finanziell vergütet wird.

Hinzu kommt, dass es in vielen Unternehmen noch immer nicht transparent zugeht, wenn es um die Bezahlung geht.

Noch immer ist in Deutschland die Frage nach Gehältern fast ein Tabuthema. Es braucht hier die Offenlegung von Gehaltsstrukturen, klare Kriterien für Bonuszahlungen und verbindliche Gleichstellungsziele in jedem Unternehmen – unabhängig von der Anzahl der



Foto: Wolfgang Borrs

Birgit Kömpel (Mitte) mit Bundesfrauensprecherin Jutta König und Verbandsratsmitglied Armin Dötsch bei der EPD-Aktion in Berlin.

Beschäftigten.

Besonders wichtig ist auch das Aufbrechen von Rollenbildern. Hier sind uns viele Länder deutlich voraus. Ein Blick beispielsweise nach Skandinavien zeigt, wie es gehen kann.

Die frühzeitige Förderung von Mädchen in MINT-Berufen muss weiter ausgebaut werden. Unsere Mädchen brauchen weibliche Vorbilder, an denen sie sich orientieren können. Aber genauso wichtig ist auch die Neubewertung von sozialen Berufen, in denen noch immer vornehmlich Frauen beschäftigt sind. Wir sind

uns alle einig, dass die Krankenschwester, Pflegerin oder auch Erzieherin gesellschaftlich wichtige Berufe sind. Aber warum ist die Arbeit eines Industriemechanikers deutlich besser bezahlt als die einer Pflegekraft?

In Schweden beispielsweise werden Lehrer*innen an Grundschulen mindestens so entlohnt, wie die Kolleg*innen an den weiterführenden Schulen, was dazu führt, dass sie nicht nur deutlich angesehener sind, sondern auch die Geschlechterverteilung anders aussieht, als bei uns.

Interview: Nadine Ruf

Hessisches Kultusministerium vereinfacht den Zugang zum Referendariat für zukünftige Lehrer*innen

Quereinstieg ins Lehramt mit nur einem Fach

Seit dem vergangenen Mai ermöglicht das Land Hessen als eines der ersten Bundesländer den Quereinstieg in den pädagogischen Vorbereitungsdienst (Referendariat) für Lehrkräfte mit einem Unterrichtsfach. Damit soll mehr Interessierten für den Lehrer*innenberuf der Weg geöffnet und der Lehrkräftemangel bekämpft werden.

Mit dem Quereinstieg wird der Weg an die Schulen auch für Personen geöffnet, die bisher aufgrund eines fehlenden zweiten Faches nicht die Möglichkeit hatten, über den Vorbereitungsdienst Lehrerin oder Lehrer zu werden. Seit Start des Programms sind in Hessen auf diesem Weg über 90 neue Lehrkräfte eingestellt worden, die sich jetzt in Ausbildung an Schulen befinden. Zwei angehende Lehrkräfte, die diese Chance genutzt haben, traf Bildungsminister Armin Schwarz Mitte März am Lessing-Gymnasium in Lampertheim. Er nahm am Musikunterricht einer der beiden Lehrkräfte teil und tauschte sich mit beiden über

ihre Erfahrungen aus. Dabei unterstrich er den erfolgreichen Start des Programms.

Schulen weiter stärken durch einfacheren Zugang

Schwarz betonte: „Für Menschen, die erst im Laufe ihrer beruflichen Karriere ihre Leidenschaft für das Lehren entdecken, war der Weg vor eine Klasse bisher oft kompliziert. Vor allem, wenn sich aus ihren Erfahrungen nur ein Schulfach ableiten ließ. Mit dem neuen Programm ebnen wir nicht nur diesen Menschen den Weg in den Unterricht. Ganz besonders stärken wir die Schulen, die künftig leichter Lehrkräfte für Fächer finden, in denen

sie besonderen Bedarf haben. Davon profitieren auch unsere Schülerinnen und Schüler, die sich auf zusätzliche Profis und leidenschaftliche Lehrer*innen freuen dürfen.“

Voraussetzungen für den Quereinstieg

Voraussetzung für den Quereinstieg ist ein Universitätsabschluss (Master, Diplom, Magister). Die Ausbildungszeit dauert mit 21 Monaten ebenso lang wie der bisherige Vorbereitungsdienst, auch die Module entsprechen dem Quereinstieg mit zwei Fächern. Auch für Lehrkräfte aus dem Ausland mit nur einem studierten Fach ist damit ein Einstieg in den hessischen



Foto: contrastwerkstatt / Adobe Stock

Wer Lehrer werden will, musste bisher Kenntnisse in zwei Schulfächern nachweisen. Seit letztem Jahr hat Hessen die Voraussetzungen gelockert – es reicht ein Fach.

Schuldienst möglich. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, nach dem Abschluss berufs begleitend die Zulassung für ein

zweites Unterrichtsfach zu erwerben.

Quelle: Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen



Sozialberatung

Sollte nichts Anderes vermerkt sein, finden die Sozial-Beratungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Sozialrechts-Beratungstermine durch die Sozialjurist*innen werden über die Sozialberater*innen oder die Landesgeschäftsstelle vermittelt.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Susanne Namaschk, Bürozeiten: montags bis freitags von 10 bis 15 Uhr, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Mitgliedschafts-Anliegen und Infos über Aktivitäten jeden ersten und dritten Montag im Monat, von 15 Uhr bis 17 Uhr, Tel.: 0561/14 657.

Kreisverband Osthessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Geschäftsstelle: Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Mitgliedschafts-Anliegen und Infos über Aktivitäten jeden ersten und dritten Montag im Monat, von 15 bis 17 Uhr, Tel.: 0561/14 657.



Glückwünsche



Foto: ortis / Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 8.4.: Thomas Homberger, Edertal; 15.4.: Müslüm Arslan, Lich; 20.4.: Carsten Stöckemann, Altenstadt; 21.4.: Sabine Jendrzej, Bad Wildungen; 25.04.: Sonja Hettler, Wesertal.

65 Jahre: 3.4.: Herbert Tauschmann, Kastellau; 18.4.: May-Angele Burke-Boz, Rödermark.

70 Jahre: 6.4.: Cornelia Renner, Neustadt; 11.4.: Renate Bieker, Amöneburg; 24.4.: Elke Wültener, Rauschenberg; 27.4.: Cornelia Ostarek, Aarbergen; 28.4.: Ulrike Riemenschneider-Kausche, Franckenberg.

75 Jahre: 5.4.: Hans Helmut Klimasch, Fulda; 6.4.: Karl Maletz, Wiesbaden; 10.4.: Franz-Werner Eisenbacher, Calden; 23.4.: Ernst Ludwig Müller, Gladenbach; 30.4.: Ursula Koch, Wettenberg.

80 Jahre: 4.4.: Marija Punek, Kaufungen.

85 Jahre: 19.4.: Horst Hilmes, Bebra.

91 Jahre: 5.4.: Gerda Kränzler, Usingen.

93 Jahre: 1.4.: Irma Wehrheim, Oberursel.

94 Jahre: 12.4.: Rosemarie Bick, Rotenburg; 16.4.: Aron Neufeld, Waldsolms.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen sind ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.

Kreisverbände Marburg-Biedenkopf und Hofgeismar-Kassel neu strukturiert

Kräfte bündeln, Effizienz steigern

Die beiden nördlichen Kreisverbände Marburg-Biedenkopf und Hofgeismar-Kassel des SoVD-Landesverbandes Hessen stellen sich neu auf. Dies bedeutet, dass die beiden Kreisverbände zukünftig ihre Kräfte bündeln und gemeinsam arbeiten werden. Ziel ist es, die Angebote für Mitglieder langfristig zu sichern und gleichzeitig effizienter zu organisieren.

Der SoVD-Bundesverband hat eine Neustrukturierung der Sozial- und Rechtsberatung, etwa im Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Schwerbehindertenrecht, in die Wege geleitet. Um eine gleichbleibend hohe Qualität zu gewährleisten, wird die Rechtsvertretung inzwischen stärker zentral organisiert. Sie erfolgt künftig durch hauptamtlich angestellte Jurist*innen. Die fachliche Steuerung sowie Kontrolle liegt nun direkt beim Bundesverband. Damit sollen Beratungsabläufe vereinheitlicht, Wartezeiten verkürzt und die Interessenvertretung weiter professionalisiert werden.

Darüber hinaus fehlt es immer mehr an ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, nicht nur im Norden des Hessischen Lan-

desverbandes. „Dass wir uns der Zeit anpassen müssen, fällt niemandem leicht“, sagt Helga Kläs, Vorsitzende des Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf. Irmgard Fohr, Vorsitzende des Kreisverbandes Hofgeismar-Kassel, ergänzt: „Wir hoffen, dass die Rechtsvertretung künftig noch optimaler verläuft. Durch die neue Struktur profitieren unsere Mitglieder von einer professionellen Begleitung aus einer Hand.“

Trotz der organisatorischen Veränderungen bleibt die persönliche Mitgliederbetreuung vor Ort ein wichtiges Anliegen. Die Aktiven der beiden Kreisverbände sind ab sofort jeweils am ersten und dritten Montag eines Monats von 15 bis 17 Uhr unter Tel.: 0561/14 657 erreichbar. „Für Fragen rund

um die Mitgliedschaft oder zu unseren Aktivitäten könnt Ihr Euch weiterhin gerne an uns wenden“, betont Annette Müllot-Carvajal vom Kreisverband Hofgeismar-Kassel.

Für Anliegen der Sozial- und Rechtsberatung, etwa bei Anträgen, Widersprüchen oder Klageverfahren, ist diese Telefonnummer jedoch nicht vorgesehen. Auskünfte dazu sowie Terminvereinbarungen erfolgen über den Landesverband Hessen unter der Tel.: 0611/85 108.

Mit der Neuaufstellung wollen die beiden Kreisverbände ihre Arbeit zukunftsfähig gestalten und zugleich sicherstellen, dass Mitglieder weiterhin kompetente Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen erhalten.

Umfrage in Hessen zur Glaubwürdigkeit von Gesundheitsinformationen im Netz

Stimmt die Online-Diagnose?

Eine repräsentative forsa-Befragung in Hessen im Auftrag der AOK zeigt: Die Online-Recherche zu akuten Symptomen oder einem gesundheitlichen Verdacht führt nicht immer zu einem befriedigenden Ziel. Im Nachhinein können sich scheinbar objektive Fakten als falsch herausstellen.

66 Prozent der hessischen Bevölkerung befragen häufig oder zumindest gelegentlich das Internet zu gesundheitlichen Themen. Weitere 22 Prozent tun dies selten. Aber kaum jemand verlässt sich auf die ersten brauchbaren Fundstücke: 89 Prozent stimmen voll und ganz oder eher zu, dass sie mehrere Quellen überprüfen, um sicherzugehen, dass die Informationen korrekt sind.

29 Prozent, die online nach Gesundheitsinformationen suchen, fällt dies schwer – vor allem, weil eine kommerzielle Beeinflussung vermutet wird. Fast dieselbe Anzahl erkennt nur schwer, welche Quellen überhaupt verlässlich sind. Bei 42 Prozent der Online-Suchenden führt dies dazu, dass sich ihr Vertrauen in Gesundheitsinformationen im Netz verringert hat. Viele fühlen sich bei der Suche auch verunsichert. „Googeln ist einfach, einen KI-Bot zu befragen ebenso – aber die Informationsflut zu filtern und richtig einzuordnen kann sehr anspruchsvoll sein“, meint Dr. Christoph-Gerard Stein, Mediziner bei der AOK Hessen.

Immerhin sieben Prozent der Hess*innen, bei denen sich Informationen im Nachhinein als



Foto: deagreez / Adobe Stock

Auf Informationen aus dem Internet sollte man sich im Krankheitsfall lieber nicht verlassen.

falsch herausstellten, haben medizinische Hilfe erst später aufgesucht – weil sie sich darauf verlassen hatten. „Deswegen ist es immer besser, bei Beschwerden eine hausärztliche Praxis aufzusuchen, denn medizinischer Sachverstand und eine richtige körperliche Untersuchung können durch nichts ersetzt werden“, so Stein weiter. Ärzt*innen stehen ohnehin auf dem ersten Platz als Informationsquelle (78 Prozent), danach kommen Apotheken (35 Prozent) und Krankenkassen (33 Prozent). Das Vertrauen

in Ärzt*innen ist überwältigend hoch (sehr stark: 51 Prozent / eher stark: 43 Prozent).

Wenn es um den Verdacht auf Krebs geht oder eine medizinisch festgestellte Diagnose dieser Art: Die Hessische Krebsgesellschaft bietet fundierte Beratung, Begleitung und Entlastung krebserkrankter Menschen und ihrer Angehörigen an. Da erübrigt sich eine Online-Recherche möglicherweise. Beratungstermine können kurzfristig vereinbart werden. Sie sind vertraulich und kostenfrei.

Quelle: AOK Hessen

Rheinland-Pfalz belegt Spitzenplatz in der Civey-Umfrage bei Zukunftsängsten

Angst vor sozialem Abstieg

Die Angst vor einem sozialen Abstieg ist in Deutschland weit verbreitet. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage, die der SoVD beim Meinungsforschungsinstitut Civey in Auftrag gegeben hat. Rheinland-Pfalz belegt dabei den traurigen Spitzenplatz unter den westdeutschen Bundesländern mit 40 Prozent.

Aktuell liegt die Armutsgefährdungsquote in Rheinland-Pfalz bei rund 17,1 Prozent. Jedoch zeigen sich deutliche regionale Unterschiede auf. In der Westpfalz, zu der auch Kaiserslautern gehört, liegt sie sogar bei 19,5 Prozent, wohingegen sie in Rheinhessen deutlich niedriger ist. Betroffene Gruppen sind vor allem ältere Menschen, Alleinerziehende und kinderreiche Familien.

Genau diese Gruppen gehören auch in der Civey-Umfrage zu den Personenkreisen, die besonders große Angst vor einem sozialen Abstieg haben.

„Die Umfrage bestätigt im Prinzip die Eindrücke, die uns täglich von unseren Mitgliedern in den SoVD-Beratungsstellen geschildert werden. Es ist alarmierend, dass insbesondere junge Menschen, Frauen, Arbeiterinnen und Arbeiter, die unser Land täglich am Laufen halten,

sowie Haushalte mit Kindern, von denen unsere Zukunft abhängt, überdurchschnittlich häufig Abstiegsängste haben“, fasst Norbert Weber, Landesvorsitzender SoVD Rheinland-Pfalz / Saarland, zusammen.

Der SoVD-Landesverband fordert von der Politik unter anderem eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung des Mindestlohns, Entgeltersatzleistungen für pflegende Angehörige und eine effektivere Bekämpfung der Kinderarmut zum Beispiel durch das Zusammenfassen verschiedener Leistungen und ein automatisierter Auszahlungsweg, um verdeckter Armut zu begegnen.

„Aber auch mit Hinblick auf die Landtagswahl in wenigen Wochen, erwarten wir von einer neuen Landesregierung, dass sie gezielte regionale Unterstützungsmaßnahmen umsetzt, dazu gehört die Unterstützung

der Gemeinden bei der Verbesserung des ÖPNV-Angebots, den Ausbau der sozialen Wohnraumförderung und einen noch stärkeren Fokus auf verbesserte Bildungsangebote“, führt Weber aus.

Der SoVD Rheinland-Pfalz / Saarland ist besorgt über die hohe Quote bei der Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen.

Abschließend formuliert Norbert Weber: „Sowohl bürokratische Hürden als auch ein falsches Schamgefühl hält Menschen davon ab, ihnen zustehende Sozialleistungen zu beantragen. Wir müssen als Gesellschaft davon wegkommen Menschen nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen zu bewerten. Niemand soll sich dafür schämen müssen Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dafür steht der SoVD Rheinland-Pfalz / Saarland.“

Podiumsdiskussion des Ortsverbandes Lauterecken zum Thema Einsamkeit

Einsamkeit als Herausforderung

Am 28. Februar diskutierten Fachleute und Vertreter*innen aus der Regional- und Landespolitik auf Einladung des SoVD vor über 80 Leuten über ein wachsendes Problem: Immer mehr Menschen fühlen sich einsam, Junge genauso wie Alte.

Einsamkeit sei kein Thema einer Generation, so der Ortsvorsitzende Helmut Burkhardt, sondern auch Ausdruck eines zerfallenden Zusammenhalts und schlussendlich eine Gefahr für die Demokratie.

Rose Sözer, Bundesreferentin, und Isabelle Seltenreich, Vorstandsmitglied der Landeschülerinnen- und Landeschülervertretung RPS, betonten, dass Corona zu einer Zuspitzung der Situation führte. Auf die mentale Gesundheit müsse in Schulen viel mehr eingegangen werden.

Dr. Denis Alt, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung Rheinland-Pfalz, wies darauf hin, dass die Politik auf mehr praktische Lösungen wie die Gemeindegewerkschaft Plus und Digitalbotschafter*innen setze. Johannes Huber, Landrat für Kusel, zählte regionale An-



Die Podiumsteilnehmer*innen, v. li.: Johannes Huber, Elisabeth Schneider, Helmut Burkhardt, Moderator Christian Dirb (AWO), Rose Sözer, Isabelle Seltenreich, Dr. Denis Alt und Albrecht Bähr.

gebote für alle Altersgruppen auf. Eine große Herausforderung im ländlichen Raum sei aber vor allem die Mobilität.

Elisabeth Schneider, Gemeindegewerkschaft Plus, sieht ihre Aufgabe vor allem darin, Senior*innen miteinander zu

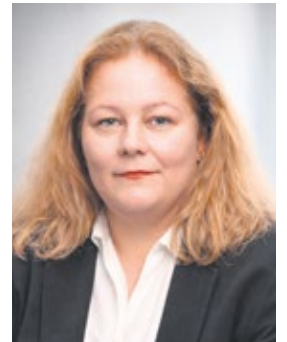
vernetzen.

Albrecht Bähr, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Pfalz und Vorsitzender der LIGA der freien Wohlfahrtspflege RP, warnte, dass innere und äußere Sicherheit nicht mehr wert sein dürften als soziale Sicherheit.



Editorial

Liebe Mitglieder,



Nadine Ruf

seit Anfang Februar bin ich Teil des SoVD. Als hauptamtliche Bevollmächtigte bin ich zuständig für die Landesverbände Rheinland-Pfalz / Saarland und Hessen. Ich habe BWL studiert und danach u. a. im Hessischen Landtag und als Geschäftsführerin für den Landesausländerbeirat Hessen gearbeitet. Ich bin schon mein ganzes Leben ehrenamtlich engagiert, zum Beispiel in der Kommunalpolitik, im Mieterbund und aktuell als Vorsitzende der AWO Wiesbaden. Mit meinem Mann und meinen drei Töchtern lebe ich in einem Wiesbadener Vorort in meinem Großelternhaus.

Kurz nach meinem Start veröffentlichte der SoVD die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die sich mit der Angst vor sozialem Abstieg beschäftigte. Die Ergebnisse sind alarmierend. Fast 40 Prozent der Befragten blickt mit Sorge auf das Jahr 2026 und befürchtet finanzielle Einbußen sowie Einschränkungen bei sozialer Teilhabe. Diese Angst, auch vor einer sozialen Ausgrenzung, zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen, einzelne stechen dabei jedoch besonders hervor.

*Wer unter 40 ist, weiblich, alleinerziehend und*oder viele Kinder hat, wird besonders häufig von diesen Sorgen geplagt.*

Zudem zeigen sich regionale Unterschiede: In Ostdeutschland liegt der Anteil der stark Besorgten bei rund 42 Prozent, im Westen bei rund 38 Prozent. Rheinland-Pfalz liegt mit 40 Prozent leider an der Spitze in Westdeutschland.

*Diese Ergebnisse unterstreichen die Eindrücke, die in den SoVD-Sozialberatungsstellen geschildert werden und verdeutlichen das Ausmaß sozialer Verunsicherung in unserem Land. Es ist alarmierend, dass insbesondere junge Menschen, Frauen und Arbeiter*innen, die unser Land tagtäglich am Laufen halten, sowie Haushalte mit Kindern, von denen die Zukunft Deutschlands abhängt, überdurchschnittlich häufig Abstiegsängste äußern.*

Deshalb ist es wichtig, dass es Verbände wie den SoVD gibt, die sich für die Interessen dieser Menschen einsetzen. Wir müssen, auch in breiten Bündnissen, für konkrete Verbesserungen werben. Dazu gehören ein höherer Mindestlohn, eine sichere Rente, mehr und gezieltere Investitionen in Bildung sowie verlässliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der SoVD ist ein starker und verlässlicher Partner und ich freue mich sehr, Teil dieses Teams zu sein.

Ihre Nadine Ruf, Landesbevollmächtigte

Landesvorstand traf sich

Der Landesvorstand traf sich in der ersten Märzwoche zur Klausurtagung in Lauterecken. Nach einer Stadtführung standen vor allem die zukünftige Ausrichtung und Planung des Landesverbandes auf der Tagesordnung. An der Tagung nahmen auch die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen teil.

Der 2. Landesvorsitzende Rochus Hauck wurde für seine langjährige Treue zum SoVD geehrt, für 30 Jahre Mitgliedschaft sowie 15 Jahre ehrenamtliches Engagement.



V. li.: Der 1. Landesvorsitzende Norbert Weber, Rochus Hauck, und die Landesbevollmächtigte Nadine Ruf.



Aus den Orts- und Kreisverbänden



OV Homburg-Saarbrücken und Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler



Ortsverband Rülzheim



Ortsverband Berzhahn

Ortsverbände Homburg-Saarbrücken und Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler

Am 28. Februar waren die beiden Ortsverbände zusammen mit der Landesfrauensprecherin Monika Six mit einem gemeinsamen Infostand in der Fußgängerzone St. Ingbert an der Engelbertskirche vertreten. Zahlreiche interessierte Besucher*innen nutzten die Gelegenheit, sich über den Equal Pay Day und die weiterhin bestehende Entgeltlücke

zwischen Frauen und Männern zu informieren. Nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt der Gender Pay Gap in Deutschland 16 Prozent. Im Mittelpunkt standen sachliche Informationen zu Ursachen, rechtlichen Rahmenbedingungen und bestehenden Handlungsoptionen. Viele Gespräche zeigten, dass das Thema weiterhin auf großes Interesse stößt und als gesellschaftlich relevant wahrgenommen wird.

Ortsverband Rülzheim

Der SoVD Rülzheim beteiligte sich aktiv am bundesweiten Aktionstag zum Equal Pay Day mit zwei Infoaktionen im Ort: Am frühen Vormittag wurden an den vier örtlichen Kindergärten Flyer sowie Schuhlöffel als symbolische Giveaways verteilt. Ziel war es, bereits im Alltag auf das Thema Entgeltgleichheit von Frauen und Männern aufmerksam zu machen und entsprechendes Infomaterial weiterzugeben.

Am Nachmittag setzte der Ortsverband die Aktion am Bahnhof in Rülzheim fort. Dort wurden Passant*innen direkt

angesprochen und über die Hintergründe des Equal Pay Day informiert. Insgesamt konnten rund 150 Giveaways verteilt werden. (S. Foto, v. li.: Bei der Kampagne waren ehrenamtlich im Einsatz: Wolfgang Röhrling, Norbert Weber, Helga Wüst und Jürgen Stoffel. Es fehlt Christa Scheid.)

Ortsverband Berzhahn

Am 18. Februar fand wieder das traditionelle Heringessen am Aschermittwoch statt und die Mitglieder, viele inzwischen Stammgäste der Veranstaltung, kamen gerne.

Tage vorher hatten die fleißi-

gen Helfer*innen die Heringe geschnippelt, abgeschmeckt, eingelegt und probiert, bis die Mischung perfekt war. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen. Die Gäste waren begeistert, die Teller wurden leer geputzt, und die Stimmung war so gut wie das Essen.

Ein ganz herzliches Dankeschön geht an alle, die mit angepackt haben – ob in der Küche, beim Aufbau, beim Servieren oder im Hintergrund.

Und eines steht schon fest: Auch im nächsten Jahr wird es wieder ein Heringessen geben. Die Vorfreude darauf hat schon begonnen.



Termine

Ortsverband Rülzheim

Vorschau: 9. Mai, 8 Uhr: Tagesausflug nach Darmstadt, Abfahrt am Rathaus und anschließend an der SoVD-Garage. Frühstück auf der Hinfahrt, freie Zeit in Darmstadt, Ankunft in Rülzheim circa 19.45 Uhr. Genaue Infos im Flyer, erhältlich beim Vorstand oder online auf: www.sovd-ruelzheim.de.



Ehrenamtliche Richter

Dirk Müller wurde mit Wirkung ab 7. Januar für die Dauer von fünf Jahren zum ehrenamtlichen Richter am Landessozialgericht in Saarbrücken berufen. Der Landesverband gratuliert herzlich.



Glückwünsche

60 Jahre: 5.4.: Sören Kettmann, Mainz; 13.4.: Annette Becker, Neustadt, 15.4.: Jürgen Hanses, Nieder-Olm; 19.4.: Andreas Masur, Karlsruhe; Tunay Tekin, Bad Kreuznach; 21.4.: Esther Hirsch, Rheinzabern; Astrid Zick, Odenbach.

65 Jahre: 1.4.: Elke Grothe, Neunhausen; 8.4.: Martina Meyerer, Kuhardt; 11.4.: Katharina Adam, Nonnweiler; 12.4.: Kersten Hachmeister, Nonnweiler; Hartmut Lobien, Birkenfeld; 19.4.: Klaus Dieter Hinz, Oppenheim; 21.4.: Monika Broschart, Waldfischbach-Burgalben.

70 Jahre: 1.4.: Cornelia Sipusic, Ingelheim am Rhein; 3.4.: Margit Jakoby, Bexbach; 21.4.: Martina Seul, Saarbrücken.

75 Jahre: 26.4.: Elisabeth Finkensieper, Gerolsheim; Gudrun Nutz, Rülzheim; 28.4.: Heinz Dudenhöffer, Rülzheim.

85 Jahre: 4.4.: Richard Becker, Marpingen; 14.4.: Jakob Steiner, Schwedelbach; 15.4.: Helmut Dreschmitt, Waldalgesheim.

92 Jahre: 28.4.: Susanne Ruffing, Spiesen-Elversberg.

93 Jahre: 24.4.: Marie-Luise Hartenburg, Worms.

94 Jahre: 14.4.: Gerda Zada, Mannheim.



Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern unter Tel.: 0631/73 657. Dort nennt man Ihnen den*die zuständige*n Berater*in.

Zur groben Orientierung über die Zuständigkeiten:

- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinland-Pfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung. In **Germersheim** findet eine Sprechstunde nach Terminvereinbarung in der Bergstraße 21 statt
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Keller unter Tel.: 06351/13 14 141 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova unter Tel.: 0151/43 13 59 02 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung. In **Bad Kreuznach** findet eine mo-

natliche Sprechstunde jeden letzten Mittwoch im Monat, nach vorheriger Terminvereinbarung im Lotte-Lemke-Haus, Saline-Theodorshalle 22 statt.

- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr unter Tel.: 0151/43 10 67 54 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite, zum Beispiel Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58 sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e.V. Sozialrechtsberatungen vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an.

Sozialrechtsberater Sven Keller steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich. Sprechtagen werden nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98 abgehalten; Änderungen vorbehalten.

Spiesen-Elversberg: 8. April, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 8. April, 13.30–16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.

Nonnweiler: 22. April, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (das Sozialbüro ist links), Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 22. April, 14–16.30 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

SoVD-Vorstandsvorsitzende und SoVD-Landesverband suchten Dialog

SoVD beim CDU-Parteitag

Anlässlich des CDU-Bundesparteitages am 21. und 22. Februar auf dem Messegelände in Stuttgart präsentierte sich der SoVD-Bundesverband mit Verstärkung aus dem Landesverband Baden-Württemberg mit einem Infostand auf der dazugehörigen Ausstellung.

Die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier kam mit zahlreichen Politiker*innen am SoVD-Stand, oder im Plenum

ins Gespräch. So konnte unter anderem auch Peter Weiß, Bundeswahlbeauftragter für Sozialversicherungswahlen beim

SoVD, begrüßt werden.

Die bewährte Standorganisation und -betreuung hatte die Landesbevollmächtigte Heike Sommerauer-Dörzapf, die seit Januar neben dem Landesverband Baden-Württemberg auch für die Geschäftsführung des Landesverbandes Bayern verantwortlich ist, übernommen.

Das Standteam um Michaela Engelmeier wurde weiterhin verstärkt durch Dr. Gerd Leipold, ehemals Executive Director von Greenpeace International, sowie der Landesbevollmächtigten Nadine Ruf, die seit Februar die Geschäftsführung der Landesverbände Rheinland-Pfalz/Saarland und Hessen übernommen hat.

Dem SoVD ist es durch diese Veranstaltungsbeteiligung gelungen, seine Positionen als demokratischer und politisch unabhängiger Verband zum Wohle aller Betroffenen den Vertreter*innen der CDU zu vermitteln.



V.l.: Nadine Ruf, Heike Sommerauer-Dörzapf, Peter Weiß, Michaela Engelmeier und Dr. Gerd Leipold.

Ortsverband Mannheim-Mitte zum Austausch in der Landesgeschäftsstelle

Zusammenarbeit besprochen

Das Vorstandsteam vom Ortsverband Mannheim-Mitte traf sich zu einem Gespräch mit dem Team der Landesgeschäftsstelle am Nachmittag des 2. März in der Windeckstraße 9 in Mannheim. Der Ortsvorsitzende hatte einige Fragen zu diversen Themen hinsichtlich verbandlicher Abläufe und einer effizienteren Zusammenarbeit mitgebracht.

Viele Fragen konnten bei dem Treffen direkt von der Landesbevollmächtigten Heike Sommerauer-Dörzapf beantwortet werden oder wurden von ihr zur Erledigung aufgenommen.

Auch die neue Landesvorsitzende Gabriele Katzmarek nutzte ihren ersten offiziellen „Antrittsbesuch“, um ihre Person, ihr künftiges Wirken und die Ziele als Landesvorsitzende vorzustellen.

Sommerauer-Dörzapf hieß Katzmarek mit einem Blumenstrauß ganz herzlich willkommen.

Die Landesbevollmächtigte und das gesamte Team freuen sich sehr über diese personelle Verstärkung, da Heike Sommerauer-Dörzapf seit fast zweieinhalb Jahren vertretungsweise diese Vakanz in Personalunion als Geschäftsführerin ausgefüllt hatte.

Der SoVD-Landesverband Baden-Württemberg agiert nun ab sofort mit „Frauenpower“ mit einer hauptamtlichen und ehrenamtlichen „Doppelspitze“.



Mitglieder des Ortsvorstandes Mannheim-Mitte mit Heike Sommerauer-Dörzapf, Gabriele Katzmarek, Dario Becci und Christine Weidenauer vom Team der Landesgeschäftsstelle.



Editorial

Liebe Mitglieder,

mit großer Dankbarkeit und ebenso großem Respekt habe ich das Amt der Landesvorsitzenden des SoVD Baden-Württemberg übernommen. Dieses Vertrauen freut mich sehr und verpflichtet mich zugleich, die erfolgreiche Arbeit unseres Verbandes engagiert fortzuführen und gemeinsam mit Ihnen weiterzuentwickeln.

Der Sozialverband steht seit jeher für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und eine starke Stimme für die Menschen, die auf Unterstützung, Beratung und politische Interessenvertretung angewiesen sind. In Baden-Württemberg engagieren sich zahlreiche ehren- und hauptamtliche Mitstreiter*innen tagtäglich dafür, dass diese Werte mit Leben gefüllt werden. Ihnen allen gilt mein besonderer Dank. Ohne Ihr Engagement wäre unsere Arbeit nicht denkbar.

In meiner neuen Funktion möchte ich zuhören, verbinden und gestalten. Zuhören, um die Anliegen unserer Mitglieder in ihrer ganzen Vielfalt wahrzunehmen – ob es um Rente, Pflege, Inklusion, Teilhabe, bezahlbaren Wohnraum oder eine gerechte Gesundheitsversorgung geht. Verbinden, um die Kräfte in unseren Ortsverbänden zu stärken, voneinander zu lernen und gemeinsam neue Ideen zu entwickeln. Und gestalten, um unsere sozialpolitischen Forderungen klar und wirksam in die Landespolitik einzubringen.

Baden-Württemberg ist ein starkes Bundesland – wirtschaftlich, innovativ und vielfältig. Doch nicht alle Menschen profitieren gleichermaßen von diesem Wohlstand. Viele unserer Mitglieder erleben tagtäglich, wie schwierig es ist, von einer kleinen Rente zu leben, eine bedarfsgerechte Pflege zu organisieren oder mit einer Behinderung gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Hier ist der SoVD unverzichtbar: als kompetenter Berater, als verlässlicher Unterstützer und als engagierter Interessenvertreter gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit wird darin liegen, die Sichtbarkeit unseres Verbandes weiter zu erhöhen. Wir wollen deutlich machen, dass soziale Gerechtigkeit kein Randthema ist, sondern das Fundament eines solidarischen Gemeinwesens. Dazu gehört auch, dass wir uns aktiv in gesellschaftliche Debatten einbringen – sachlich, konstruktiv und mit klarer Haltung für die Rechte benachteiligter Menschen.

Gleichzeitig möchte ich die Verbandsarbeit vor Ort stärken. Unsere Ortsverbände sind das Herz des SoVD. Hier entstehen Begegnungen, Beratung, Gemeinschaft und konkrete Hilfe. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Ehrenamt weiterhin bestmöglich unterstützt wird – durch Qualifizierung, gute Vernetzung und eine moderne Verbandsstruktur, die den Anforderungen der Zukunft gerecht wird.

Besonders wichtig ist mir auch der Dialog mit Ihnen, liebe Mitglieder. Ihre Erfahrungen, Ihre Kritik und Ihre Ideen sind wertvolle Impulse für unsere Arbeit. Ich lade Sie herzlich ein, diesen Dialog aktiv mitzugestalten – sei es in Veranstaltungen, Arbeitskreisen oder im persönlichen Gespräch. Gemeinsam können wir die Richtung bestimmen, in die sich unser Landesverband weiterentwickelt.

Die kommenden Jahre werden sozialpolitisch herausfordernd: demografischer Wandel, steigende Lebenshaltungskosten und der Fachkräftemangel in der Pflege stellen uns vor große Aufgaben. Umso wichtiger ist ein starker Sozialverband, der die Interessen seiner Mitglieder konsequent vertritt und sich klar für soziale Sicherheit und Teilhabe positioniert.

Ich freue mich darauf, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen zu gehen. Lassen Sie uns die Werte des SoVD – Solidarität, Gerechtigkeit und Menschlichkeit – auch künftig entschlossen vertreten und mit neuem Elan in die Zukunft tragen.

Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen.



Gabriele Katzmarek

Ihre Gabriele Katzmarek,
1. Landesvorsitzende

Mitgliedertreffen des Ortsverbandes Mannheim-Mitte im Monat März mit Jahresplanung und Ehrungen

Themenvorschläge für Vorträge gesammelt

Am 7. März um 11 Uhr fand das erste Mitgliedertreffen des Ortsverbandes Mannheim-Mitte im Restaurant Stollenwörthweier statt. Aus organisatorischen Gründen wird in diesem Jahr die obligatorische Frühjahrs-Hauptversammlung mit Wahlen im Herbst abgehalten.

Vorsitzender Günter Gawlik begrüßte die Anwesenden und hieß die neue Landesvorsitzende Gabriele Katzmarek, die gemeinsam mit der Landesbevollmächtigten Heike Sommerauer-Dörzapf unter den Gästen war, herzlich willkommen.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen berichtete Günter Gawlik über die Aktivitäten des Ortsverbandes, stellte seinen aktiven Ortsvorstand vor und gab einen Überblick über die

geplanten Veranstaltungen für das laufende Jahr. So ist neben einem Sommer- und Herbstfest und den regelmäßigen Stammtischen eine Reise für den Mai angesetzt (siehe Rubrik Termine).

Für die musikalische Unterhaltung der Veranstaltung sorgten in bewährter Form die beiden Mitglieder Thomas Heuer und als Gitarrist Uwe Grau.

Weiterhin wurden die beiden Mitglieder Paul Diringer für 35 Jahre sowie Manfred Borg für 15 Jahre Mitgliedschaft beim



Die Teilnehmer*innen des Mitgliedertreffens bekamen Besuch aus der Landesgeschäftsstelle.

SoVD mit einer Urkunde und einem kleinen Präsent von der Landesvorsitzenden sowie dem Ortsvorsitzenden geehrt.

Abschließend ergriff der Schriftführer des Ortsverbandes, Martin Rheinländer, das Wort, um sich bei den Anwesenden unter anderem nach deren Interesse zu sozialrechtlichen Themen oder sonstigen Vorschlägen zu erkundigen, damit das Verbandsleben weiter belebt werden kann. Diese könne man bei künftigen Treffen

aufgreifen und gegebenenfalls gemeinsam mit einer Expertin oder einem Experten diskutieren.

Gegen 15 Uhr ging das sehr informative und unterhaltsame Mitgliedertreffen zu Ende.

V. li.: Jubilar Paul Diringer, Ortsvorsitzender Günter Gawlik, Landesvorsitzende Gabriele Katzmarek und Jubilar Manfred Borg.



5 Termine

Ortsverband Mannheim-Mitte

Vorschau: 10.–17. Mai: Mehrtagesfahrt mit der AWO an die Ostsee, Weissenhäuser Strand. Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen. Anmeldung zeitnah beim 1. Vorsitzenden Günter Gawlik, per Post: Waldspitze 20, 68239 Mannheim, per E-Mail an: guenter.gawlik@sovd-bawue.de oder unter Tel.: 0621/48 17 94 59 oder Tel.: 0176/20 24 53 35 (erreichbar Mo–Fr, 9–19 Uhr).

Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim

Vorschau: 2. Mai, 14 Uhr: Frühlingsfest zum Muttertag im Basermannhaus, Marstallstraße 51, 68723 Schwetzingen.

Vorschau: 17.–23. Juli: Sechs-Tage-Fahrt nach Büchelberg bei Passau (auch für Nichtmitglieder). Unterkunft im Hotel Beinbauer, DZ 780 Euro, EZ Zuschlag 90 Euro, inkl. Halbpension und umfangreichem Ausflugsprogramm, unter anderem nach Altötting und Passau, eine große Rundfahrt im Bayerischen Wald, eine Schifffahrt auf dem Moldaustausee. Mehr Infos und Anmeldung bei Jahnke Reisen, Hockenheim, Tel.: 06205/48 68 oder per E-Mail an: buero@jahnke-reisen.de unter Angabe der Reisennummer 26/495.

Glückwünsche



Foto: Alekss/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Zugleich wünschen wir den kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

65 Jahre: 6.4.: Andreas Karle, Bodman-Ludwigshafen; 10.4.: Thomas Kühler, Weinheim; 23.4.: Gabriele Aust, Markdorf; 24.4.: Uwe Winter, Geislingen; 29.4.: Marlies Langer, Ravensburg; 30.4.: Lutz Schmurdy, Konstanz.

70 Jahre: 6.4.: Angelika Flick, Hockenheim.

80 Jahre: 30.4.: Robert Schimmel, Schwetzingen.

85 Jahre: 1.4.: Walter Spengler, Albstadt; 18.4.: Doris Groß, Illingen und Maria Auer, Tettang; 26.4.: Irmgard Schaufler, Hockenheim.

90 Jahre: 15.4.: Irmgard Neubauer, Höpfingen.

91 Jahre: 1.4.: Anton Strauß, Winterlingen; 10.4.: Katharina Ehnle, Schwenningen.

97 Jahre: 7.4.: Lieselotte Apel, Albstadt.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Sprechstunden

Eine persönliche Sozialberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialberater*innen statt. Neben telefonischer Beratung sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online-/Video-Beratungen möglich. Aufgrund derzeit eingeschränkter Kapazitäten können wir eine zeitnahe Erledigung rechtlicher Angelegenheiten (Anfragen zu Rechtsberatungen/-vertretungen) nicht gewährleisten.

Mit einer Bearbeitungszeit von mehreren Wochen müssen Ratsuchende momentan leider rechnen. Bei Abschluss einer Mitgliedschaft bitten wir dies zwingend zu berücksichtigen.

Sozialberatung in Albstadt / Raum Bodensee-Alb

Die persönliche Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt am dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 16 Uhr, nur nach vorheriger Terminvereinbarung bei Beraterin Christine Weidenauer unter Tel.: 0176/40 13 99 50.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Terminvereinbarungen erfol-

gen über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Terminvereinbarungen erfolgen über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung in Mannheim

Die Sozialberatung findet in der Windeckstraße 9 in 68163 Mannheim statt, nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Ortsverband Höpfingen / Raum Neckar-Odenwald

Eine Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Karin Lokotsch, Tel.: 06283/54 39. Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag im Monat von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“, Heidelberger Straße 18 in 74746 Höpfingen statt. **Nächster Termin: 10. April.**

Sozialberatung im Ortsverband Hockenheim

Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats (außer im August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172. **Nächster Termin: 29. April.**

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden jeden Mittwoch von 10 bis 16 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart statt. Bitte unbedingt vorher einen Termin über die Landesgeschäftsstelle vereinbaren unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die Terminvereinbarung zur telefonischen Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 172 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68163 Mannheim unter der gleichen Telefonnummer zur Verfügung.

Dieter Stegmann setzt sich seit Jahrzehnten für Behindertenrechte ein

Bundesverdienstkreuz erhalten

Seit mehr als 40 Jahren setzt sich Dieter Stegmann, langjähriger Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e. V. (LAGS), mit großer Leidenschaft und fachlicher Kompetenz für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein. Für seine Verdienste wurde er vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Anfang Februar überreichte die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, Dr. Claudia Schilling, Dieter Stegmann die Auszeichnung im Festsaal im Haus der Bürgerschaft. Stegmann sei eines der Gesichter und eine wichtige Stimme der Bremer Behindertenbewegung, sagte Sozialsenatorin Schilling und betonte, dass er ein Vorbild und ein Beispiel dafür sei, dass Teilhabe kein Privileg, sondern ein Recht ist.

Dieter Stegmann, 1953 geboren, selbst mit schweren Behinderungen lebend, begann seinen beruflichen Weg als Diplom-Sozialpädagoge bei compart Bremen e. V. und gehörte ab 1984 dem LAGS-Vorstand an, von 2008 bis 2020 als Erster Vorsitzender. Auch im Bremer Behindertenparlament setzte sich Stegmann aktiv dafür ein, die Lebensbedingungen von



Foto: Sozialressort Senat Bremen

Große Ehre für Dieter Stegmann: Sozialsenatorin Dr. Claudia Schilling überreichte ihm das Bundesverdienstkreuz.

Menschen mit Behinderungen nachhaltig zu verbessern. Mit seiner Überzeugung, dass der Fokus auf den Möglichkeiten der Menschen und dem Rechts-

anspruch auf Teilhabe liegen sollte, gestaltete Dieter Stegmann zentrale Gesetze und Beteiligungsformate maßgeblich mit. *Quelle: Senatspressestelle*

Spezialfälle für außerordentliches Kündigungsrecht von Versicherungen

Umzug berechtigt zur Kündigung

Normalerweise lassen sich Versicherungen einmal im Jahr „ordentlich“ kündigen, bevor sich die Verträge automatisch verlängern. Ein Kündigungsrecht gibt es außerdem immer dann, wenn ein Versicherungsfall eingetreten ist. Auch bei einem Umzug sowie dem Verkauf von Auto oder Haus haben Versicherte die Chance, vorzeitig aus bestimmten Versicherungsverträgen auszusteigen.

Bei Wohnortwechsel

Wer in eine andere Stadt zieht, kann die Hausratversicherung kündigen, wenn dabei der Beitrag durch die Zuordnung in eine neue Tarifzone steigt. Spätestens einen Monat, nachdem die erhöhte Beitragsrechnung zugestellt wurde, muss die Kündigung beim Versicherer vorliegen. Wirksam wird sie dann einen Monat nach Zugang beim Versicherungsunternehmen.

Bei Haus- oder Autokauf

Beim Verkauf eines Hauses kann die oder der Käufer*in, die Wohngebäudeversicherung kündigen. Und zwar erst dann, wenn sie oder er als Eigentümer*in im Grundbuch eingetragen ist. Ab diesem Zeitpunkt läuft die einmonatige Kündigungsfrist.

Wer ein Auto kauft und dieses nicht zuvor abgemeldet wur-

de, übernimmt zunächst auch den für das Fahrzeug gültigen Versicherungsvertrag. Allerdings kann die oder der neue Besitzer*in mit Ummeldung eine neue Police abschließen. Der bisherige Versicherungsvertrag endet dann automatisch.

Wichtig: Verkauft man sein Auto, rät die Verbraucherzentrale dazu, dieses vor dem Verkauf selbst bei der Zulassungsstelle abzumelden. Damit endet dann auch der Versicherungsvertrag und man erhält die zu viel gezahlten Beträge erstattet. Auf jeden Fall sollte man aber den Übergabezeitpunkt des Autos schriftlich festhalten.

Ebenfalls sollte im Kaufvertrag die Pflicht der Käuferin bzw. des Käufers zur unverzüglichen Ummeldung vereinbart werden. Denn sofern die bzw. der Käufer*in vor Ummeldung

einen Unfall verursacht, muss Ihre Versicherung für den Schaden aufkommen und es kann zu einer Hochstufung kommen.

Bei Todesfall

Bei Todesfall der oder des Versicherungsnehmer*in enden manche Versicherungsverträge automatisch, andere wiederum können von der Erbin bzw. dem Erben übernommen werden. So endet zum Beispiel die Privathaftpflichtversicherung mit dem Tod, sofern eine Einzelversicherung bestand. Im Falle einer Familienversicherung genießen die mitversicherten Personen so lange Versicherungsschutz, bis der nächste Beitrag fällig wird, sofern der Vertrag nicht vom Erben fortgesetzt wird. Eine Kfz-Versicherung geht auf die Erbin bzw. den Erben des Autos über.

Quelle: VZ Bremen

Verzeichnis der Inklusionsbetriebe 2025

Alle wichtige Adressen und Infos aktualisiert

REHADAT hat – wie in den Vorjahren – das aktuelle Verzeichnis der Inklusionsbetriebe in Deutschland veröffentlicht. Henry Spradau, Mitglied des Gesellschaftspolitischen Ausschusses des SoVD Bundesverbandes und jahrelang engagiert im Landesteilhabeberrat, erklärt den Nutzen der Publikation und der REHADAT.

REHADAT ist ein 1989 eingeführtes, zentrales und unabhängiges Informationssystem zur beruflichen Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen, gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales aus Mitteln der Ausgleichsabgabe; Träger ist das Institut der deutschen Wirtschaft e. V.

REHADAT bietet barrierefrei und unentgeltlich verschiedene Internetportale zu unterschiedlichen Themen an. Die Informationen richten sich an alle Betroffenen und am Thema „berufliche Teilhabe“ Interessierten.

Das Verzeichnis der Inklusionsbetriebe enthält eine Beschreibung der Angebote, ist nach Bundesländern gegliedert und innerhalb der Bundesländer nach Postleitzahlen. Ferner steht eine Branchensuche zur Verfügung.

Inklusionsbetriebe, -firmen, -abteilungen haben den besonderen sozialen Auftrag, Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen zu schaffen und inklusive und gleichberechtigte Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Der Anteil schwerbehinderter Mitarbeiter*innen liegt in Inklusionsbetrieben zwischen 30 und 50 Prozent. Sie bieten Arbeitsplätze zu tariflichen oder ortsüblichen Entgelten an und ermöglichen den Einstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Zu den Zielgruppen gehören Menschen mit Schwerbehinderung, deren Eingliederung in den sonstigen allgemeinen Arbeitsmarkt auf Schwierigkeiten stößt. Gründe dafür können die Art und Schwere der Behinderung sein sowie zusätzliche Umstände, wie zum Beispiel Alter, Langzeitarbeitslosigkeit, mangelnde Qualifizierung. Inklusionsbetriebe haben Anspruch auf finanzielle Hilfen wie Investitions- und Personalkostenzuschüsse.

Beratung zur Förderung und Gründung von Inklusionsbetrieben leisten die Integrationsämter (www.integrationsaemter.de), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Inklusionsfirmen, bag if (www.bag-if.de) und die Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte, FAF gGmbH (www.faf-gmbh.de).

Rechtlich geregelt sind die Inklusionsbetriebe und ihre Fördermöglichkeiten im Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX).

Das Verzeichnis ist aufrufbar unter: www.rehadat.de/export/sites/rehadat-2021/lokale-downloads/rehadat-publikationen/verzeichnis-inklusionsbetriebe.pdf.

REHADAT veröffentlicht und pflegt regelmäßig seine Inhalte, zum Beispiel im Dezember 2025 zuletzt das Verzeichnis der Inklusionsbetriebe für 2025, im Februar 2026 einen Newsletter usw. – zu finden unter: www.rehadat.de/mediathek/publikationen.



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Ziel der Inklusionsbetriebe ist es, den Teilnehmer*innen einen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Nachruf

Wir haben die traurige Pflicht, mitzuteilen, dass unser früherer Kreisverbandsrevisor,

Günter Wolff,

am 31. Januar verstorben ist.

Herr Wolff trat am 1. Juni 1997 in den damaligen Reichsbund ein und engagierte sich jahrzehntelang ehrenamtlich für die Belange sozial Benachteiligter.

Er war lange Jahre abwechselnd als Revisor und Beisitzer im Ortsverband Lehe/Mitte, dem heutigen Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd, sowie als Revisor im Kreisverband tätig. Auch die Arbeit auf Landesverbandsebene unterstützte er ehrenamtlich als Ersatz-Landesrevisor.

Wenn bei einem Projekt Unterstützung gesucht wurde, war er immer gut gelaunt und zuverlässig dabei.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

**Der Kreisvorstand des Kreisverbandes Bremerhaven,
Karl-Otto Harms, 1. Kreisvorsitzender**



Glückwünsche



Foto: smileus / Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich und wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.

Ehrenamt sucht ...

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421/16 38 490;
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006.



Sozialrechtsberatung



Foto: Anja / Adobe Stock

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband, Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen, Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Anleinplicht für Hunde während der Brutzeit im unbebauten Stadtgebiet Bremens

Wildnachwuchs Ruhe gönnen

Vom 15. März bis zum 15. Juli gilt wieder Anleinplicht für Hunde außerhalb des bebauten Stadtgebiets, denn dann ist wieder Brut- und Setzzeit. In diesen Wochen bringen viele Wildtiere ihren Nachwuchs zur Welt – und der braucht besonderen Schutz.

Rehkitze, Bodenbrüter und andere Jungtiere retten sich bei Gefahr nicht durch Flucht – sie ducken sich ins Gras und verharren regungslos. Für freilaufende Hunde sind sie dadurch kaum zu sehen. Schon ein kurzes Aufscheuchen kann für die kleinen Tiere schwerwiegende Folgen haben.

Die Anleinplicht gilt auf Äckern, Wiesen und Feldwegen, in größeren Baumbeständen sowie auf Deichen außerhalb des bebauten Stadtgebiets – etwa in der Hemelinger Marsch. Das ganze Jahr über besteht Anleinplicht in Fußgängerzonen, Garten-, Park- und Grünanlagen wie dem Bürgerpark, den Wallanlagen oder am Osterdeich sowie in Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten wie dem Hollerland, den Blockland-Burgdammer Wiesen, dem Wer-



Foto: Daniel / Adobe Stock

Rehkitze verstecken sich bei Gefahr und sind damit herumstreunenden Hunden hilflos ausgesetzt.

derland und den Borgfelder Wümmewiesen.

Wer einen Hund hat, trägt Verantwortung – auch für die Natur. Hundebesitzer*innen

leisten mit dem Anleinen in dieser sensiblen Zeit einen konkreten Beitrag zum Schutz der heimischen Tierwelt. *Quelle: Senat für Inneres und Sport HB*



Termine



Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Blumenthal

18. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen / Jahreshauptversammlung mit Wahlen im „Zum grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Vegesack

23. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum F 20, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

Kreisverband Bremerhaven Ortsverband Geestemünde

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen bei den Veranstaltungen der Ortsverbände

Leherheide und Bremerhaven Nord-Süd.

Ortsverband Bremerhaven-Leherheide

10. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Infoveranstaltung, Kirchengemeinde, Heideschulweg 9, 27578 Bremerhaven.

Vorschau: 8. Mai, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen des Gesamtvorstandes und Ehrungen, Gemeindezentrum Leherheide, Bremerhaven.

Anmeldung bei Alfred Bultmann, 1. Vorsitzender, Tel.: 0471/80 27 98 oder Norbert Krajewski, 2. Vorsitzender, Tel.: 0471/66 370, Ort: Ev. Gemein-

dezentrum Leherheide, Heideschulweg 9, 27578 Bremerhaven.

Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

14. April, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahl des Gesamtvorstandes.

Jeden 2. Dienstag im Monat, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen.

Ort: Altbürgerhaus, Neulandstraße 48, 27576 Bremerhaven.

Ansprechpartner*in: 1. Ortsvorsitzender Horst Cordes, Tel.: 0471/29 00 801, und 2. Ortsvorsitzende Birgit Schild, Tel.: 0471/80 43 67.

JHV mit Wahlen – TOP

Die Tagesordnungspunkte sind:

- Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisor*innen.
- Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung.
- Wahl des Ortsvorstandes.
- Wahl der Revisor*innen.
- Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung.
- Entlastung des Ortsvorstandes.

Newsletter

Mitglieder, die einmal monatlich (außer der Sommer-Ausgabe) den E-Mail-Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten wollen, senden bitte einen Hinweis an: newsletter@sovd-hb.de.



Hamburger Spitzenwerte im Kinderrechte-Index 2025 täuschen über Realität

Kinderarmut wächst weiter

Der Hamburger Senat feierte zu Jahresbeginn eine angebliche Spitzenposition im Kinderrechte-Index 2025. Doch ein genauer Blick in den Bericht des Deutschen Kinderhilfswerks zeigt vor allem eines: erhebliche Missstände, strukturelle Lücken und politischen Stillstand beim Kampf gegen Kinder- und Familienarmut.

Im bundesweiten Vergleich zeigt der Kinderrechte-Index die Stadt Hamburg in einigen Bereichen – etwa Beteiligung, Bildung und Freizeit – in der Spitzengruppe, doch die Realität zahlreicher Kinder und Familien in der Stadt sieht anders aus. „Das Label ‚Spitzenposition‘ darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in Hamburg eine der höchsten Armutsgefährdungsquoten von Kindern und Jugendlichen im Ländervergleich haben“, stellt SoVD Landeschef Klaus Wicher fest. „Eine Quote von 24,9 Prozent im Jahr 2024, also fast jedes vierte Kind, ist kein Grund zu jubeln – besonders wenn sie 5,4 Prozentpunkte über der Armutsgefährdung der Gesamtbevölkerung liegt und zu den größten Unterschieden zwischen Kindern und Erwachsenen zählt. Im Gegenteil: Das ist ein echtes Armutszeugnis.“

Der Kinderrechte-Index benennt klar, dass es in Hamburg keine öffentlich dargelegte und umfassende Landesstrategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut gibt. Ebenso



Foto Jenny Sturm / AdobeStock

Mehr Kinderrechte her!

fehlt ein Landesprogramm, das gezielt kommunale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut aufbaut, verstetigt und weiterentwickelt. Diese Lücken bleiben unbeantwortet – trotz seit Jahren bekannter Armutsrisiken für Kinder in unserer Stadt. „Solange es keine klare Strategie und verbindliche Programme zur Armutsbekämpfung gibt, sind wir weit davon entfernt, die UN-Kinderrechtskonvention ernsthaft umzusetzen“, so Wicher.

Der Index stellt außerdem fest, dass Hamburg im Jahr 2023

rund 3,4 Angebote der offenen Jugendarbeit pro 1.000 Kinder und Jugendliche hatte, was über dem Bundesdurchschnitt liegt. Doch dieser statistische Wert darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass genau diese Angebote aktuell gefährdet sind: Der SoVD Hamburg sowie mehrere Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung in Hamburg warnen seit längerem vor mittelfristigen Kürzungen und dem drohenden Zusammenbruch sozialer Infrastruktur, weil die Finanzierung nicht bedarfsgerecht gesichert wird.

Für junge Menschen sind diese Treffpunkte nicht nur Freizeitangebote, sondern wichtige Orte sozialer Teilhabe, Beratung und persönlicher Entwicklung. „Kinderarmut darf nicht normaler Begleiter des Aufwachsens in unserer Stadt sein“, warnt Wicher. „Wir brauchen mehr als schöne Indexwerte und die Selbstbeweihräucherung des Senats: Wir brauchen echte Verbesserungen im Alltag junger Menschen.“



Editorial

Liebe Mitglieder,
liebe Interessierte,

wenn wir über soziale Gerechtigkeit sprechen, geht es immer auch um Zukunftschancen. Und diese entscheiden sich oft sehr früh im Leben – dort, wo Kinder aufwachsen, lernen und ihren Weg ins Erwachsenenleben beginnen.

Zu Beginn des Jahres hat der Hamburger Senat seine Platzierung im Kinderrechte-Index 2025 als Erfolg gefeiert. Doch hinter guten Einzelwerten verbirgt sich eine Realität, die kein Grund zu feiern ist, sondern ein sozialpolitischer Skandal: Fast jedes vierte Kind in unserer reichen Stadt ist armutsgefährdet. Hamburg gehört damit im Ländervergleich zu den Schlusslichtern. Eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut fehlt, soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche ist nicht verlässlich abgesichert. Kinderrechte verwirklichen sich nicht durch Rankings, sondern durch konkrete Verbesserungen im Alltag – durch sichere Angebote der Jugendhilfe, gute Bildungschancen und echte Teilhabe für alle jungen Menschen.

Wie entscheidend frühzeitige Unterstützung ist, zeigt auch der Blick auf das Übergangssystem von der Schule in Ausbildung und Beruf. Produktionsschulen leisten hier seit Jahren unverzichtbare Arbeit. Umso besorgniserregender ist es, dass genau diese Angebote unter Finanzierungsdruck geraten und bürokratische Hürden wachsen, obwohl der Bedarf steigt. Denn Kinderarmut endet nicht automatisch mit dem Schulabschluss – sie setzt sich fort, wenn Bildungswege abbrechen und Chancen versperrt bleiben. Dass laut unserer aktuellen Civey-Umfrage besonders jüngere Menschen pessimistisch in die Zukunft blicken, zeigt die Folgen dieser Entwicklung deutlich. Wer jungen Menschen heute keine verlässlichen Chancen eröffnet, gefährdet das Vertrauen in soziale Sicherheit von morgen. Eine soziale Stadt muss deshalb entlang der gesamten Bildungs- und Lebensbiografie unterstützen: von der frühen Kindheit über die Jugend bis zum Einstieg ins Berufsleben. Investitionen in junge Menschen sind keine freiwillige Leistung, sondern Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit.



Foto: Jonas Walzberg

Klaus Wicher

Ihr Klaus Wicher, Landesvorsitzender

Hamburger Produktionsschulen leiden unter Streichungen und zu viel Bürokratie

Übergangssystem unter Druck

Der Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf bleibt für viele junge Menschen in Hamburg schwierig. Trotz Reformen im Übergangssystem steigt die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss oder berufliche Perspektive weiter. Besonders betroffen sind junge Menschen mit schwierigen Startbedingungen. Genau hier setzen Produktionsschulen an – doch sie geraten zunehmend unter Druck.

Produktionsschulen bieten Jugendlichen mit schwierigen Startbedingungen praxisnahe Qualifizierung, schulische Förderung und erste Erfahrungen im Arbeitsalltag. Viele Teilnehmende kommen aus Armutsfamilien, benötigen Jugendhilfe oder haben bislang keinen erfolgreichen Bildungsweg beschritten. In kleinen Lerngruppen erwerben sie Grundlagenwissen, trainieren Bewerbungen und sammeln Erfahrungen im Kundenkontakt.

Trotz dieser wichtigen Arbeit kämpfen die Einrichtungen mit unsicherer Finanzierung und wachsender Bürokratie. Statt die Angebote auszubauen, wur-

den Plätze reduziert und Zugangsbedingungen verschärft. Für die Träger fehlt eine verlässliche Planungsgrundlage, obwohl der Bedarf steigt. „Wer es ernst meint mit Chancengleichheit, muss in die Zukunft benachteiligter junger Menschen investieren“, betont der SoVD Landesvorsitzende Klaus Wicher. Er fordert: „Produktionsschulen müssen strukturell abgesichert und Schulabschlüsse ausdrücklich ermöglicht werden. Diese jungen Menschen brauchen Stabilität, Zeit und echte Perspektiven auf Ausbildung und gesellschaftliche Teilhabe.“

Angeichts des Fachkräfte-

mangels sei es zudem gesellschaftlich kurzsichtig, Potenziale ungenutzt zu lassen. „Wir fordern eine auskömmliche Grundfinanzierung, weniger bürokratische Hürden sowie eine klare politische Unterstützung für Produktionsschulen“, erklärt Wicher. Ziel müsse sein, jungen Menschen echte Zukunftschancen zu eröffnen – und gleichzeitig dem wachsenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu begegnen. Denn ein funktionierendes Übergangssystem entscheidet nicht nur über individuelle Lebenswege, sondern auch über sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Stadt.

Podcast: Trumpismus, Zölle und Zeitenwende

In der neusten Podcast-Folge ordnet Metin Hakverdi, Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit der Bundesregierung, die aktuelle Weltlage ein. Im Gespräch mit SoVD-Landeschef Klaus Wicher und Pressesprecherin Susanne Rahlf gibt er Einblick in die politische Haltung der Amerikaner und ihr Verhältnis zu den Nachbarn Kanada und Mexiko. Gesprochen wird außerdem über die Auswirkungen der Weltpolitik auf die soziale Lage für die Menschen in Deutschland. Hakverdi erklärt, warum ein starker Binnenmarkt so wichtig ist und die Diskussionen um Renten- und Bürgergeldkürzungen oder Streichungen beim Zahnersatz für ihn von vorgestern sind. Ein Insidergespräch mit vielen neuen Informationen!

Hier finden Sie den aktuellen SoVD-Podcast und alle weiteren Folgen: www.sovd-hh.de/news-service/sovd-podcast



Foto: SPD Fraktion

Metin Hakverdi

SoVD-Sozialkaufhaus wird ehrenamtlich betrieben

Verstärkung gesucht

Der SoVD Hamburg sucht Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten! Ohne die freiwilligen Helfer*innen kommt nun mal kein Sozialkaufhaus aus. Auch bei Cappello am Osdorfer Born werden weitere helfende Hände gesucht.

Derzeit sorgt ein vierköpfiges Team dafür, dass der Laden läuft, aber es braucht mehr. Wer also Spaß am Verkaufen hat, gerne aufräumt und mit Menschen ein bis dreimal in der Woche einige Stunden zusammenkommt, der kann zu den Öffnungszeiten bei Cappello vorbeischaun und sich direkt vor Ort melden. Für den SoVD Hamburg ist klar, dass es weitergehen muss: „In diesem Sozialkaufhaus findet man alles, was man zum Leben braucht: Kleidung für Groß und Klein, Geschirr, Schmuck, Töpfe oder Toaster – und das zu ganz günstigen Preisen“, sagt Klaus Wicher dazu. „Einerseits geben wir gut Erhaltenes weiter – das schont Umwelt und Portmonaie. Andererseits helfen wir Menschen, die sich nicht immer alles leisten können.“ Unterstützen Sie die gute Sache, unser freundliches Team freut sich auf Sie!

Cappello Sozialkaufhaus, Bornheide 76 (gelbes Haus), Mo. 12–16 Uhr, Mi. 10–15 Uhr, Fr. 12–15 Uhr, Tel.: 040/35 77 28 80.



Landesvorsitzender Klaus Wicher und eine ehrenamtliche Mitarbeiterin mit einer Journalistin des Abendblatts (re.) im Cappello.

JHVs mit Wahlen

Im April finden in den SoVD-Treffs Ottensen und Winterhude die Jahreshauptversammlungen mit der Delegiertenwahl für die Landesverbandstagung in 2027 statt. **Bitte denken Sie an Ihre Mitgliedskarte!**

13. April, 16 Uhr: **Winterhude**, Epiphaniengemeinde, Wiesen-damm 125, 22303 Hamburg.

22. April, 14 Uhr: **Ottensen**, DRK-Freizeittreff „Haus Ottensen“, Holstenring 6, 22763 Hamburg.



Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, unter Tel.: 040/61 16 070, per E-Mail: info@sovd-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

- SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/61 16 070, Fax: 040/61 16 07 50, Beratungszeiten: Mo.–Di. 9–16 Uhr, Do. 9–18 Uhr (Unterlagen können auch Mi. 9–16 und Fr. 9–14 Uhr eingereicht werden).
- SoVD-Beratungszentrum Harburg in den Räumen des Mietervereins, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg. Öffnungszeiten: Di. 9–12 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Altona in den Räumen des Mietervereins, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di. und Do. 9–12 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt im Kulturhaus Eidelstedt, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeiten: jeden 2. und 4. Mittwoch, 9–12 Uhr. Nächste Termine: 8. und 22. April.
- SoVD-Beratungszentrum Bergedorf im DGB-Gewerkschaftszentrum, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeiten: Fr. 10–12 Uhr.



V. li.: Susanne Langhagel und Sigrid Karrasch hatten eine Botschaft für die Hamburger Frauen dabei.

Die SoVD-Frauen waren zum Equal Pay Day mit einem Infostand präsent

Lohnlücke in Hamburg größer

Pünktlich zum Equal Pay Day waren die Hamburger SoVD-Frauen am 27. Februar unterwegs und leisteten Aufklärungsarbeit zu der immer noch bestehenden Ungleichheit bei der Bezahlung von Frauen und Männern.

„Schön, dass ihr hier seid!“ – mit diesen Worten bedankte sich eine Passantin am SoVD-Infostand in der Ottenser Hauptstraße nach einem längeren Gespräch mit Landesfrauensprecherin Susanne Langhagel. Gut zu erkennen an den leuchtend roten SoVD-Mützen

diskutierten die SoVD-Frauen bei strahlendem Sonnenschein mit den Passant*innen über die Lohnlücke, die in Hamburg mit 17 Prozent sogar noch um einen Prozentpunkt höher ist als im Rest der Republik. Ein Termin, der für Susanne Langhagel wohl noch für lange Zeit

gesetzt bleibt: „Immer wieder stellen wir fest, dass in Teilen unserer Gesellschaft diese Tatsache nicht angekommen ist. Umso wichtiger ist es, über diese Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern zu sprechen und für mehr Transparenz in der Arbeitswelt zu werben.“

Ergebnisse der Civey-Umfrage des SoVD zeigen auch in Hamburg wachsende Angst

Sorge vor dem sozialen Abstieg

Hamburg gilt als wohlhabende Metropole. Doch hinter den positiven Wirtschaftsdaten wächst bei vielen Menschen die Unsicherheit. Eine aktuelle Umfrage im Auftrag des SoVD zeigt: Fast jede*r dritte Hamburger*in hat Angst, im Jahr 2026 sozial abzustiegen.

Konkret äußern 13,9 Prozent sehr große und weitere 21,2 Prozent große Sorgen um ihren sozialen Status. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Einbußen. Viele befürchten auch weniger gesellschaftliche Teilhabe, steigende Einsamkeit oder eine schlechtere Infrastruktur im eigenen Umfeld. Besonders auffällig: Jüngere Menschen blicken deutlich pessimistischer in die Zukunft. Unter den 16- bis 49-Jährigen empfindet fast die Hälfte die eigene soziale Situation als unsicher.

Nach Einschätzung des SoVD Landeschefs Klaus Wicher ist diese Entwicklung ein Warnsignal: „Die zunehmende Verunsicherung erfasst längst nicht mehr nur Menschen mit niedrigem Einkommen, sondern reicht bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein.“ Steigende Lebenshaltungskosten, hohe Mieten und tiefgreifende Veränderungen der Arbeitswelt – etwa durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz – verstärken das Gefühl mangelnder Planungssicherheit.

Besonders Familien stehen unter Druck: Nahezu jede



Foto: Ljupco Smokovski / Adobe Stock

Die gegenwärtigen Entwicklungen schüren bei vielen Menschen die Angst, in Zukunft wirtschaftlich schlechter gestellt zu sein.

zweite Familie sorgt sich um ihre gesellschaftliche Teilhabe. „Viele Eltern fühlen sich nicht ausreichend unterstützt und wünschen sich verlässlichere familienpolitische Leistungen“, so Wicher. „Hier gilt es, seitens der Politik Vertrauen zurückzugewinnen und soziale Sicherheit zu stärken.“

Auch abhängig Beschäftigte berichten zunehmend von Abstiegsängsten. Mehr als die Hälfte der Arbeiter*innen sowie ein großer Teil der An-

gestellten sehen ihre soziale Position gefährdet. Für Wicher ist klar: „Soziale Sicherheit ist kein Randthema. Gerade in einer wohlhabenden Stadt wie Hamburg muss Politik dafür sorgen, dass steigende Kosten, strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt und soziale Ungleichheit nicht zu wachsender Zukunftsangst führen. Denn gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen Vertrauen in ihre eigene Zukunft haben.“



Foto: Monika Lück

Im City Carré Magdeburg versammelten sich Mädchen und Frauen zur Aktion „One Billion Rising“.

„One Billion Rising“ macht auf Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam

Tanz-Flashmob in Magdeburg

Sachsen-Anhalt In Magdeburg, Stendal, Halberstadt und anderen Orten von Sachsen-Anhalt tanzten Frauen und Mädchen im Rahmen des weltweiten Aktionstages „One Billion Rising“, um gemeinsam ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen zu setzen. Jährlich am 14. Februar ruft das Magdeburger Aktionsbündnis aus Frauen- und Gleichstellungsprojekten, Vereinen und Verbänden dazu auf.

„One Billion Rising“ (deutsch: Eine Milliarde erhebt sich) ist eine weltweite Tanz-Protest-Aktion für ein Ende von Gewalt an Frauen und Mädchen. Hauptteil des Programmes im City Carré Magdeburg war daher das gemeinsame, angeleitete Tanzen (Tanz-Flashmob) zu den Kampagnen-Liedern „Break the Chain“ und „One Billion“.

Zu diesem Anlass sprachen die Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Magdeburg und

des Landes Sachsen-Anhalt, Heike Ponitka, und Sarah Schulze, die Frauenbeauftragte der Pfeifferschen Stiftungen, sowie eine Vertreterin des Frauenschutznetzwerkes zu den Passant*innen, die sich zu der Aktion dazugestellt hatten.

Wie wichtig dieser Aktionstag ist, zeigt der Anstieg von Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Auch in Sachsen-Anhalt ist laut der Kriminalstatistischen Auswertung Häusliche Gewalt

(Jahresbericht 2024) ein Anstieg der Fallzahlen seit 2020 bei Gewalt in der Partnerschaft um 31 Prozent und bei familiärer Gewalt um 37,8 Prozent zu verzeichnen. Im Bereich der Polizeiinspektion Magdeburg zeigen die Zahlen sogar einen Anstieg von 46,9 Prozent von 1.435 in 2020 auf 2.108 in 2024 bei Partnerschaftsgewalt sowie ein Anstieg von 41,4 Prozent von 723 in 2020 auf 1.022 in 2024.

Sitzung des Landesfrauenausschusses mit Rückblick und Planung fürs neue Jahr

Frauen stecken Ziele für 2026 ab

Sachsen-Anhalt Die Frauen des Landesfrauenausschusses trafen sich zu ihrer ersten Sitzung am 13. Februar in der Landesgeschäftsstelle. Zunächst hielt Monika Lück, Landesfrauensprecherin, Rückschau auf das vierte Quartal 2025.

Laut Bericht der Landesfrauensprecherin gab es im letzten Quartal 2025 ein Treffen mit dem Frauencafé „Sozial stärken“ in Stendal, einen Besuch mit Erfahrungsaustausch der SoVD-Frauen und der Selbsthilfegruppe „Barrierefreies Tangermünde“ beim Rolliclub in Halberstadt, den Besuch einer Gedenkstunde im Landtag von Sachsen-Anhalt anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, einen Stadtspaziergang in Stendal aus gleichem Anlass sowie die Teilnahme bei der Einweihung einer Orangen Bank zum Gedenken an eine durch ihren Partner getötete Frau in Magdeburg.

Ein weiteres Thema war die Vorbereitung und Durchführung des Equal Pay Day 2026 am 27. Februar. Von den zehn Kreisverbänden des Landesverbandes Mitteldeutschland beteiligten sich sechs an der Aktion (s. Bericht Seite 12). Mit Mützen und Flyern ausgestattet, machten Mitglieder Passant*innen über die noch immer bestehende Lohnlücke zwischen Mann und Frau aufmerksam.

Ein letzter Tagesordnungspunkt beinhaltete Termine für das erste Halbjahr wie die internationale Tanzaktion „One Billion Rising“ (s. Bericht oben), die Festveranstaltung zum Frauentag, den Tag der offenen Tür im Berufsbildungswerk Stendal,



Foto: Monika Lück

V. li.: Conny Rath und Ines Eisenhut schauen sich Mützen und Flyer zum Equal Pay Day an.

den Tag der Begegnung und das Politforum Landtagswahlen Sachsen-Anhalt.



Editorial

Liebe Mitglieder,

das Ergebnis von Studien wie dem Deutschland-Monitor klingt alarmierend: Knapp 40 Prozent der Bundesbürger*innen – in Ostdeutschland sogar 49 Prozent – sind unzufrieden mit dem Funktionieren des demokratischen Systems. Zwei Gründe werden hierzu immer wieder genannt: der Vertrauensverlust in die Politik und das Gefühl mangelnder Repräsentation.

Weil das demokratische Instrument des Bürgerrates in anderen Ländern so erfolgreich ist, hatte die Ampelkoalition den ersten Bürgerrat auf Bundesebene einberufen. Das Thema war bewusst unverfänglich gewählt: 160 repräsentativ ausgeloste Bürger*innen aus verschiedenen Teilen des Landes diskutierten wochenlang und begleitet von Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis über die Frage, wie gesunde, faire und nachhaltige Ernährung für 83 Millionen Menschen gelingen kann.

Vor zwei Jahren legten sie ihren Abschlussbericht vor: neun konkrete Empfehlungen – von kostenlosem Schulesnack über ein staatliches Lebensmittelsiegel bis zur Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse, Finanzierungsvorschläge inklusive.

Umso ernüchternder ist das Ergebnis zwei Jahre später: Kein einziger der neun Vorschläge ist umgesetzt worden. Der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses erklärte hierzu: Für ein Votum, das über eine „bloße Kenntnisnahme“ hinausgeht, habe sich „keine Mehrheit“ gefunden. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner löste die Stabsstelle Bürgerräte im Bundestag still und leise auf. Damit ist das Forum auf Bundesebene tot. Dabei hatten CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag dessen Fortsetzung ausdrücklich vereinbart.

Wer die Frage stellt, warum immer mehr Menschen Politiker*innen als entrückte Vertreter*innen einer elitären Kaste wahrnehmen, die sich am liebsten selbst inszenieren und allenfalls Lobbyisten ihr Ohr leihen, findet im Umgang mit dem bundesweiten Bürgerrat die Antwort. Hier wurde ein Instrument erprobt, das funktioniert – wissenschaftlich evaluiert, von den Teilnehmer*innen als bereichernd erlebt, von der Bevölkerung mehrheitlich befürwortet. Aber konservative Spitzenpolitiker*innen räumten es weg, weil es unbequem war. Weil es bedeutet hätte, ein wenig Kontrolle abzugeben. Weil Bürger*innen, die ernsthaft mitdenken, unbequeme Fragen stellen.

Gleiches dürfte sicher auch auf die von Ex-Bundeskanzler Scholz regelmäßig durchgeführte Bürgertreffs in den Ländern zutreffen, die bisher von der neuen Bundesregierung nicht fortgesetzt worden sind.

Das ist nicht nur eine verpasste Chance. Es ist ein Symptom. Und Symptome, die man ignoriert, verschwinden nicht. Sie verschlimmern sich.

Darüber nachzudenken, sollte sich lohnen.

Joachim Heinrich

**Mitglied Geschäftsführender Landesvorstand Mitteldeutschland
Vorsitzender Sozialpolitischer Ausschuss**

Zecken-Saison beginnt

Im Frühjahr werden die Zecken wieder aktiv. Infizierte Tiere können FSME und Borreliose übertragen. Daher empfiehlt die Ständige Impfkommision (STIKO) eine FSME-Impfung für Personen, die sich in FSME-Risikogebieten (www.rki.de/fsme-karte) aufhalten und für Personen, die z. B. in der Forst- oder Landwirtschaft arbeiten. Auch bei einer Reise in bestimmte Urlaubsländer ist eine vorbeugende Impfung sinnvoll. Welche das sind, steht ebenfalls auf den Seiten des RKI beziehungsweise in den Reiseinformationen des Auswärtigen Amtes.



Aus den Kreisverbänden



Foto: Monika Lück

Kreisverband Stendal und SHG „Barrierefreies Tangermünde“

Kreisverbände Sachsen-Anhalt

Am Equal Pay Day 2026 beteiligten sich sechs Kreisverbände des SoVD-Landesverbandes Mitteldeutschland. In den Kreisverbänden Mittelbe, Stendal, Wanzleben, Quedlinburg, Wernigerode und der Burgenlandkreis machten Ehrenamtliche auf die Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern aufmerksam, bei der Entlohnung, der Care-Arbeit sowie der Vertretung in Politik und Wirtschaft.



Kreisverband Wernigerode



Kreisverband Wanzleben



Kreisverband Quedlinburg



Foto: Monika Lück

Kreisverband Mittelbe



Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, dritte Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratungstermine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de.

Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, eine Terminvereinbarung ist erforderlich.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Sprechstunden siehe Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt,

Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Bei dringenden Angelegenheiten kontaktieren Sie den Vorsitzenden Jörn Sanftleben unter Tel.: 0151/21 89 64 57 oder Monika Lück unter Tel.: 0162/47 17 156.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 0391/25 38 897. Sprechzeiten nach Absprache, letzter Mittwoch im Quartal, 10–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere

Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–18 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Am Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.



Termine

Kreisverband Halle

29. April, 14 Uhr: Mitgliederversammlung, GZS Tagungsraum, 4. Etage.

Vorschau: 19. Mai, 9–12 Uhr: letzte Sprechstunde, GZS, SoVD-Büro, Halle.

Kreisverband Schönebeck

Dienstags, 9–12 können die Reisettermine abgeholt werden, Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck.

Kreisverband Wernigerode

7. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff, Heltauer Platz 1, Wernigerode.

Vorschau: 12. Mai: Bustour, Details bei Anmeldung unter Tel.: 03943/63 26 31.

Neue gesetzliche Regelungen erleichtern den lokalen Austausch von Solarstrom

Strom für die Nachbarschaft

Wer eine Photovoltaikanlage betreibt, darf Solarstrom ab 1. Juni ohne umfangreiche bürokratische Vorgaben an seine Nachbar*innen abgeben. Arian Freytag, Experte von der Energieberatung der Verbraucherzentrale, zeigt und bewertet die neuen Möglichkeiten des Energy Sharing.

Wer privat mehr Strom erzeugt als verbraucht, speist den Überschuss meistens in das örtliche Stromnetz ein. In nicht wenigen Fällen wird mehr als die Hälfte des erzeugten Stroms eingespeist. Strom mit der eigenen Solaranlage zu produzieren kostet etwa elf bis 15 Cent pro Kilowattstunde. Für alle neuen Anlagen liegt die Einspeisevergütung aber inzwischen bei weniger als acht Cent. Solarstrom einzuspeisen ist damit normalerweise nicht kostendeckend.

„Nun ermöglicht der Gesetzgeber allen, die eine Photovoltaik-Anlage betreiben, den lokal erzeugten Strom direkt mit einem oder mehreren Nachbar*innen zu teilen“, fasst Arian Freytag zusammen. Mit der Neuregelung im Energiewirtschaftsgesetz entsteht erstmals eine rechtliche Grundlage für das Energy Sharing. Sie erlaubt es, nicht nur erneuerbaren Strom innerhalb lokaler Energiegemeinschaften gemeinsam zu nutzen. Wer den Strom abgibt, darf außerdem ein angemessenes Entgelt hierfür vereinbaren.

Wichtig: Energy Sharing verpflichtet nicht zur vollständigen Stromversorgung der beteiligten Nachbarn. Deshalb benötigen diese Haushalte zusätzlich einen Stromliefervertrag mit einem selbst gewählten Stromanbieter, der die Strommengen liefert, die nicht aus der Solaranlage kommen. Bereits geltende Stromlieferverträge können bestehen bleiben.



Foto: RealPeopleStudio / Adobe Stock

Wer mit der eigenen Solarstromanlage Energie produziert, darf Überschüsse jetzt auch an seine Nachbar*innen verkaufen.

Damit Strommengen richtig zugeordnet werden können, funktioniert Energy Sharing nur dann, wenn alle beteiligten Haushalte mit intelligenten Messsystemen ausgestattet sind.

„Selbst erzeugten Solarstrom an Nachbarn abzugeben, kann sich als Alternative zur Einspeisevergütung etablieren“, resümiert Arian Freytag. Aber: Ein Teil der Einnahmen aus der nachbarschaftlichen Abgabe des Stroms muss an den örtlichen Verteilnetzbetreiber abgeführt werden. Dazu gehört das Netzentgelt, die Umlagen für Kraft-Wärmekopplung und Offshore-Windenergie sowie die Konzessionsabgabe. „In der Summe können diese Nebenkosten des Energy Sharing zehn bis 15 Cent pro Kilowattstunde betragen“, so Freytag. Bei einem durchschnittlichen Strompreis von etwa 30 Cent pro Kilowattstunde ist Energy Sharing trotzdem interessant.

Ab 1. Juni 2026 müssen Verteilnetzbetreiber Energy Sharing innerhalb ihres lokalen Netzes ermöglichen. Ab Juni 2028 muss dies auch mit Beteiligten in direkt benachbarten Netzgebieten möglich sein. Energy Sharing ist ausschließlich für Strom aus erneuerbaren Energien möglich, und kann aus Erzeugungs- oder Energiespeicheranlagen stammen.

Energy Sharing muss zwischen den Beteiligten vertraglich ver-

einbart werden. Dazu sind zwei Verträge erforderlich: ein Vertrag regelt den Umfang der gemeinsamen Nutzung und der zweite ist ein Stromliefervertrag.

Arian Freytag, Experte von der Energieberatung der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern fasst zusammen, warum Energy Sharing für Privathaushalte an Bedeutung gewinnen kann:

„Solarstrom künftig unbürokratisch an den Nachbarn verkaufen zu können, ist ein weiterer Baustein, um erneuerbare Energien kostengünstig in Wohngebieten zu etablieren, und hat Potenzial die Energiewende in Privathaushalten voranzubringen. Für den privaten Anlagenbetreiber bietet sich eine neue verlässliche Einnahmequelle, die die Wirtschaftlichkeit der Anlage steigert, und zugleich bei den Abnehmern die Stromkosten sinken lässt.“

Fragen zum Thema Erneuerbare Energien beantwortet die Energieberatung der Verbraucherzentrale. Die Beratung findet online, telefonisch, per Video oder in einem persönlichen Gespräch statt. Fachleute informieren anbieterunabhängig und individuell. Für einkommensschwache Haushalte mit entsprechendem Nachweis sind alle Beratungsangebote kostenfrei. Mehr Infos gibt es auf www.verbraucherzentrale-energieberatung.de oder unter der bundesweit kostenfreien Hotline 0800/80 98 02 400 sowie in Vorträgen. *Quelle: Verbraucherzentrale M-V*



Foto: Marco2811 / Adobe Stock

Private Photovoltaikanlagen setzen sich immer mehr durch.



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Frühjahr 2026 ist in unserer Verbandsarbeit gekennzeichnet von der weiteren Intensivierung der Maßnahmen, die beim letzten Bundesverbandstag beschlossen wurden: Glasnost und Perestrojka, Offenheit und Wandel.

Erinnern wir uns. Die Strukturen des Verbandes sollten modernisiert werden, die Rolle des Ehrenamtes sollte gestärkt werden.

Die Mitgliederzahl sollte wesentlich gesteigert werden. Dazu sollten Strukturen verschlankt, die Außendarstellung des Bundesverbandes verbessert und insgesamt der Bekanntheitsgrad des SoVD gesteigert werden. Wie wir alle auf diesem Weg vorangekommen sind, davon kann sich jede und jeder überzeugen.

Nunmehr befinden wir uns in der Vorbereitung des nächsten Bundesverbandstages. 2026 finden die Wahlen in den Strukturen unterhalb des Landesverbandes statt. Im Frühjahr 2027 werden dann die Wahlen in den Landesverbänden eine gute Vorbereitung für die Wahlen und Beschlussfassungen der Bundesverbandstagung im November 2027 sein.

Wir gehen davon aus, dass die notwendigen Arbeiten im Bundesverband zügig und zielorientiert durchgeführt werden und wir noch im Jahr 2026 die Wahlen unterhalb der Landesverbandsebene durchführen können.

Wir haben in unseren Kreisverbänden funktionierende und erfolgreich arbeitende Vorstände und engagierte Mitglieder, sodass die etwas verlängerte Wahlperiode nicht zu Problemen in der Arbeit mit unseren Mitgliedern, in der Sozial- und Rechtsberatung und den Diskussionen unserer Wahlbausteine für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im September 2026 mit Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien führen wird.

Der SoVD-Landesvorstand wird seine Mitglieder umgehend informieren, sobald die Voraussetzungen für satzungsgemäße Wahlen vorliegen.

Wir wünschen allen unseren Mitgliedern und den mit unserem SoVD verbundenen Frauen und Männern ein gutes Frühjahr. Wir haben es uns alle nach einem zwar nicht typischen, aber auch so nicht seltenen pommerschen Winter verdient.

Ihr Dr. med. Helmholt Seidlein, SoVD-Landesvorsitzender



Helmholt Seidlein

Aufruf zur Prävention am Welttag des Hörens 2026

Hörschäden vorbeugen

Gesundheitsministerin Stefanie Drese warb zum Welttag des Hörens am 3. März für präventive Maßnahmen zur Vermeidung von Hörschädigungen sowie regelmäßige Hörtests bei Ärzt*innen der Fachrichtung Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde.

Der Welttag des Hörens lenkt den Fokus auf die Bedeutung guten Hörens für Sicherheit im Alltag, Lebensqualität und soziale Teilhabe.

Ministerin Stefanie Drese wies darauf hin, dass zur Vorbeugung von Hörschäden zunächst einmal ein Bewusstsein für Lärm sowie das eigene Verhalten bestehen müsse. „Häufige Lärmbelastungen erhöhen das Risiko, eine Schwerhörigkeit zu entwickeln“, verdeutlichte Drese. Deshalb sei es wichtig, in beruflichen und privaten Lärmsituationen einen Schallschutz zu tragen. „Darüber hinaus sind eine gesunde Ernährung, der Verzicht auf das Rauchen, Stressabbau, aber auch aktive Lärmpausen oder die gezielte Verringerung des Alltagslärms entscheidend, um die Hörfähigkeit langfristig zu erhalten.“

Fortsetzung auf Seite 14

Aufruf zur Prävention am Welttag des Hörens 2026

Hörschäden vorbeugen

Fortsetzung von Seite 13

Regelmäßige Hörtests seien wichtig, um Gewissheit zu haben, wie es in unterschiedlichen Lebensphasen um das eigene Gehör steht. So kann nach Angabe von Drese ein therapiebedürftiger Hörverlust frühzeitig identifiziert, individuell behandelt und professionell versorgt werden. Drese betonte: „Die Auswirkungen einer Hörminderung betreffen nicht nur unser Gehör, sie können sich auch unmittelbar auf die Lebensqualität und unser seelisches Wohlbefinden auswirken“. Eine unbehandelte Schwerhörigkeit könne etwa Veränderungen im sozialen Verhalten befördern. Gespräche im Freundes- und Kollegenkreis, Telefonate oder kulturelle Aktivitäten würden zunehmend als anstrengend oder frustrierend empfunden – und deshalb häufig vermieden mit erheblichen Auswirkungen wie gesellschaftlicher Isolation, Depressionen oder Arbeitsunfähigkeit,

Quelle: M-V Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport

5 Termine

Kreisverband Greifswald

15. April, 14 Uhr: Frühlingsveranstaltung mit Kaffee und Kuchen, ab 17 Uhr Abendessen, Haus der Begegnung, Trelleborger Weg 37, 17493 Greifswald, **Anmeldung bis 2. April** unter Tel.: 03834/840488 (dienstags und donnerstags, 9–11.30 Uhr).

Kreisverband Rostock

13. April: Ausflug zur mecklenburgischen Seenplatte mit Bootsfahrt, Mittagessen und Kaffeetrinken, Abfahrt: 9 Uhr Warnemünde, 9.15 Uhr Lichtenhagen, 9.30 Uhr Evershagen. Kostenbeitrag pro Person 25 Euro, einzahlbar im Büro. **Anmeldung erforderlich bis 3. April** (falls es noch genügend Plätze gibt) unter Tel.: 0381/7696130; Tel.: 0177/8743828 oder per E-Mail an: info@sovd-rostock.de.

Rechtsberatung

Greifswald: 14.4.: **Bergen:** 21.4.: **Röbel:** 28.4.: Es berät Donald Nimsch.

Güstrow: 22.4.: **Grevesmühlen:** 29.4.: Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/7601090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Kontakt

Kreisverband Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/840488.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/682087.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/510175.

Kreisverband Müritzt: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/129617.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/713323.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/444231.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7696130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/203481.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5.OG (hinter der Glastür rechts, erster Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20090348.

Bildung und gute Laune beim Februartreff im Kreisverband Schwerin

Im Alter ist noch vieles möglich

Zu einer gelungenen Veranstaltung hatte der SoVD-Kreisverband Schwerin im Februar eingeladen. Die Vorsitzende **Andrea Preuß-Borowsky** begrüßte herzlich die zahlreichen Gäste und die Referentin **Christine Dechau**, Geschäftsführerin des Schweriner Seniorenbüros.

Christine Dechau stellte das neue Programm der Senioren-Akademie Schwerin „Aktiv im Alter“ (1. Semester 2026) vor – mit einem eindrucksvollen Überblick über die zahlreichen Bildungs- und Freizeitangebote für ältere Menschen.

In Schwerin leben rund 35.000 Senior*innen, das sind etwa ein Drittel der Bevölkerung. Entsprechend vielseitig ist das Angebot – doch die Informationen darüber erreichen nicht immer alle Interessierten. Hier sind Politik und Verwaltung gefordert, gemeinsam mit engagierten Einrichtungen neue Wege der Ansprache zu finden.

Die Senioren-Akademie Schwerin besteht seit 1995 als Projekt des Schweriner Seniorenbüros. Träger ist der Landesring Mecklenburg-Vorpommern des Deutschen Seniorenring e.V., gefördert durch das Land und die Stadt Schwerin. Die Kursleiter*innen sind selbst im Ruhestand – sie unterrichten Gleichgesinnte und zeigen, dass Lernen und Teilhabe keine Frage des Alters sind.

Kreisvorsitzende Andrea Preuß-Borowsky nahm das Thema auf in ihrem Überblick und gleichzeitigem Appell an alle Senior*innen: „Alt werden heißt heute etwas anderes als noch vor einer Generation. Viele ältere Menschen verstehen ihr Leben nicht als Rückzug, sondern als neue Phase der Aktivität. Sie gestalten ihren Alltag eigenständig, engagieren sich in Initiativen, Vereinen oder Projekten – und zeigen, dass gesellschaftlicher Beitrag keine Frage des Alters, sondern der Haltung ist.“

Nach dem Berufsleben beginnt für viele eine Zeit, in der Freiräume entstehen: für Themen, die vorher zu kurz kamen.



Angelika Nagel-Trumpp erhielt den ersten, Ulrich Haesener den dritten und Silke Schöll den zweiten Preis.

Ob in Bürgervereinen, in der Nachbarschaftshilfe, bei Umweltprojekten oder als Lesepatin, Mentor oder Freizeitcoach – ältere Menschen übernehmen Verantwortung, bringen Erfahrung ein und stärken das Netz des Zusammenhalts. Sie beweisen, dass Engagement auch im Alter eine Quelle von Sinn und Energie ist.

Selbstbestimmt leben – das bedeutet, das eigene Leben bewusst zu gestalten, Entscheidungen zu treffen und aktiv zu bleiben. Immer mehr Kommunen schaffen Strukturen, um das zu unterstützen: Treffpunkte, Lernorte, Mitmachplattformen oder Beteiligungsforen, in denen ältere Menschen ihre Ideen einbringen können. Dabei geht es nicht nur um Angebote für Ältere, sondern um Räume, die sie mitgestalten. Wo Beteiligung auf Augenhöhe gelingt, entsteht das Gefühl, gebraucht zu werden – und das ist ein Schlüssel für Lebensfreude und gesellschaftliche Teilhabe.

Gleichberechtigung im Alter heißt auch, mit Vorurteilen zu brechen. Noch immer gelten Ältere in politischen oder digitalen Zusammenhängen

häufig als weniger kompetent. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: viele nutzen moderne Technik selbstverständlich, tauschen sich in Netzwerken aus oder geben ihr Wissen weiter. Generationsübergreifendes Lernen – etwa wenn Ältere und Jüngere gemeinsam Projekte planen – schafft Vertrauen und öffnet neue Perspektiven für beide Seiten.

Mitverantwortung schließlich bedeutet, sich einzumischen und das Gemeinwohl mitzugestalten. Ohne das ehrenamtliche Engagement der Älteren wäre vieles in Gemeinden und Städten nicht denkbar: sie organisieren Feste, leiten Vereine, setzen sich für Umweltfragen oder soziale Gerechtigkeit ein. Ihr Engagement zeigt, dass Verantwortung altert, aber nicht vergeht – sie wächst mit der Erfahrung.“

Für heitere Momente sorgte der zweite Teil der Veranstaltung: Zahlreiche Gäste, darunter Vorstandsmitglieder, trugen fantasievolle Hüte, und die drei originellsten Kopfbedeckungen wurden prämiert., darunter als erster Preis ein Hut aus Abwaschschwämmchen.



V. li.: Andrea Preuß-Borowsky und Referentin Christine Dechau.



Volker Großmann als Pfarrer.

Gewerkschaften und Sozialverbände treten dafür ein, das Sicherheitsversprechen des Sozialstaats für alle einzulösen

SoVD im Bündnis starker Sozialstaat in Niedersachsen

In Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Ein starker Sozialstaat ist die Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben. In jüngster Zeit wird dieser Sozialstaat auf unterschiedlichen Ebenen in Frage gestellt und angegriffen. Deshalb haben sich in Niedersachsen Gewerkschaften und Sozialverbände zum „Bündnis starker Sozialstaat“ zusammengeschlossen. Im Einzelnen gehören dazu: Die AWO Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft, der Paritätische Niedersachsen, die Diakonie in Niedersachsen, die Landesarmutskonferenz Niedersachsen, die Caritas in Niedersachsen, der Kinderschutzbund Niedersachsen, der SoVD, die Lebenshilfe, der Sozialverband VdK, der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften EVG, GdP, GEW, IG BAU, IGBCE, IG Metall, NGG und ver.di.

Das Bündnis setzt sich ein für ein Rentenniveau, das den Lebensstandard sichert, tritt ein für ein entschiedenes Handeln gegen Kinderarmut, für bezahlbaren Wohnraum, für existenzsichernde Löhne, für eine gute medizinische Versorgung, für eine verlässliche soziale Infrastruktur, für den Erhalt des Acht-Stunden-Arbeitstages, für mehr Unterstützung für junge Menschen ohne Ausbildung, für die Integration von Erwerbslosen und für eine Bleibperspektive für Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und den Folgen des Klimawandels geflohen sind.

„Ein starker Sozialstaat ist das Versprechen an die Bürger*innen, dass sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege und im Alter nicht alleingelassen werden. Die soziale Absiche-

rung ist das Fundament für eine demokratische und zukunftsfähige Gesellschaft – diese aufzugeben wäre verantwortungslos und kurzsichtig“, sagt Andrea Wemheuer, die Landesbezirksleiterin von ver.di Niedersachsen-Bremen. „Der Sozialstaat ist nicht nur ein Kostenfaktor, sondern stabilisiert die Demokratie, fördert den sozialen Zusammenhalt und trägt zu einer solidarisches, gerechten und resilienten Gesellschaft bei. Damit er zukunftsfähig wird, muss ein Kulturwechsel vom Misstrauen zum Vertrauen erfolgen. Nur so kann Bürokratieabbau gelingen“, sagt Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen. „Das Existenzminimum muss neu und fair berechnet werden. Die Armut ist in Niedersachsen seit 2010 bereits von

14,4 auf 16,6 Prozent gestiegen. Die Armen werden ärmer und die Reichen immer reicher“, sagt Fabian Steenken, der Geschäftsführer der Landesarmutskonferenz Niedersachsen.

Zur Finanzierung eines starken Sozialstaats fordert das Bündnis: Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine gerechte Erbschaftssteuer, die konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung, eine paritätische Bürgerversicherung und die Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung.

Das Bündnis möchte mit den Forderungen eine Diskussion in der Gesellschaft und in der Politik anstoßen. Des Weiteren sind Veranstaltungen und Aktionen in diesem Kontext geplant.

**Ein starker
Sozialstaat
ist das
Fundament der
Demokratie!**



BÜNDNIS STARKER SOZIALSTAAT

Stark! Sozial! Gerecht!

Abbildung: Bündnis starker Sozialstaat Niedersachsen

Insgesamt 19 Gewerkschaften und Sozialverbände haben sich zum „Bündnis starker Sozialstaat“ in Niedersachsen zusammengeschlossen. Öffentlichkeitswirksam setzen sie sich gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit und sichere Lebensbedingungen für alle Menschen ein.

SoVD befürchtet Verschärfung der Versorgungskrise / Außerdem drohen höhere Folgekosten bei ausbleibender Behandlung

„Kürzung bei Psychotherapien ist unverantwortlich“

Die Vergütung für ambulante Psychotherapien soll um 4,5 Prozent gekürzt werden. Das hat der Bewertungsausschuss entschieden. Der SoVD in Niedersachsen sieht darin ein fatales Signal angesichts des ohnehin schon großen Versorgungsengpasses bei Psychotherapien. Er fordert eine Rücknahme der Kürzungen.



Foto: bnenin / Adobe Stock

Die beabsichtigte Kosteneinsparung bei der Vergütung von ambulanten Psychotherapien wäre aus SoVD-Sicht fatal: Damit werde riskiert, dass Behandlungen weiter verzögert werden oder ganz ausbleiben.

Wer heutzutage einen Psychotherapie-Platz sucht, muss häufig monatelang warten, weil es zu wenig Therapeut*innen gibt. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist die Lage dramatisch: Jede*r Fünfte unter 18 Jahren hat mit psychischen Problemen zu kämpfen. Jetzt hat der Bewertungsausschuss auf Initiative des GKV-Spitzenverbands eine Honorarkürzung um 4,5 Prozent bei ambulanten Psychotherapien beschlossen.

„Diese Entscheidung ist unverantwortlich und verschärft die bestehende Versorgungskrise“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Denn: „Die Kürzungen werden dazu führen, dass sich noch weniger Therapeut*innen niederlassen und Angebote für gesetzlich Versicherte vorhalten. Therapien können sich dann nur noch diejenigen leisten, die sie

auch privat bezahlen können.“ Das Ziel, im Gesundheitswesen Kosten einzusparen, dürfe nicht zulasten derjenigen umgesetzt werden, die dringend Hilfe benötigen. „Neben Kindern und Jugendlichen brauchen auch immer mehr Senior*innen oder Menschen mit Behinderung Unterstützung bei Depressionen oder spezielle Behandlungen. Gerade für sie ist es schwierig, in einem Flächenland wie Niedersachsen in der Nähe eine*n Therapeut*in zu finden“, erläutert der niedersächsische SoVD-Chef. Die Kürzungen seien ein fataler Schritt in die falsche Richtung: „Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Therapeut*innen. Wer hier spart, riskiert höhere Folgekosten durch verzögerte oder ausbleibende Behandlung. Damit sparen die Krankenkassen am Ende nichts“, ist sich Swinke sicher.

Von Equal Pay bis Equal Care: Ehrenamtliche engagieren sich für Entgeltgleichheit und den Abbau von Benachteiligungen

SoVD-Aktive rücken Gleichstellung in den Fokus

Auch dieses Jahr haben viele SoVD-Ehrenamtliche anlässlich von Equal Pay Day (EPD), Aktionstag für Entgeltgleichheit, Equal Care Day, Aktionstag, der auf die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit aufmerksam macht, und Frauentag Aktionen in ihren Kreis- und Ortsverbänden organisiert. Bei den Veranstaltungen und in Gesprächen an Infoständen lenkten sie den Blick auf die noch immer bestehenden Ungleichheiten in unserer Gesellschaft. Die Bandbreite der Aktionen ist beeindruckend: Politische Veranstaltungen, eine Kunstaktion, ein informativer Kinonachmittag, „Red Dinner“-Infostände oder Vorträge waren dabei. Aus Platzgründen präsentieren wir hier nur eine Auswahl der Aktivitäten.



Foto: SoVD Diepholz

Auf dem Wochenmarkt organisierte der SoVD Diepholz ein vor-mittägliches „Red Dinner“ und machte auf den EPD aufmerksam.



Foto: SoVD Vahrenwald-List

Der SoVD Vahrenwald-List war auf der Lister Meile präsent.



Foto: SoVD Altenwathlingen

SoVD Hodenhagen und SoVD Heidekreis organisierten zum EPD eine politische Veranstaltung, an der viele Ortsverbände teilnahmen.



Foto: Annette Krämer / SoVD Burgdorf

Gut besuchter Kinonachmittag in Burgdorf anlässlich des EPD (Film: „Sternstunde ihres Lebens“) – gemeinsam organisiert vom SoVD, der Gleichstellungsbeauftragten und dem Kinoinhaber.



Foto: SoVD Verden

Engagierte aus dem SoVD Verden informierten über den EPD und die Unterstützung des SoVD.



Foto: Dr. Heinrich Schepers / SoVD Emsland

224 Frauen nahmen am Frauentag in Papenburg an einer Veranstaltung des SoVD teil. Während der Veranstaltung sammelten die Teilnehmerinnen eine Spende von über 1.000 Euro für den Verein Leukin.



Foto: SoVD Sievershausen

Beim Frauenfrühstück des SoVD Sievershausen gab es einen Impulsvortrag von Hella Mahler vom Landesfrauenrat Niedersachsen: „Frau und Beruf – Gleichberechtigung?“.



Foto: Hermann Schlieker / SoVD Holzminden

Engagierte aus verschiedenen SoVD-Kreisverbänden bei der Veranstaltung des Equal Pay Day-Bündnisses in der hannoverschen Innenstadt (siehe dazu auch Seite 10).



Foto: SoVD Osterholz

Zwei Vorstandsmitglieder aus dem SoVD-Kreisverband Osterholz verteilten am Frauentag Rosen an Passantinnen und machten so auf die Bedeutung des Weltfrauentags aufmerksam.



Foto: SoVD Stade

„Statuen werden Väter“: Kreative Aktion zum Equal Care Day in der Innenstadt von Stade.



Foto: SoVD Kirchweyhe

Beim Frauenfrühstück in Kirchweyhe informierte die SoVD-Frauensprecherin in einem Vortrag über die Geschichte des Weltfrauentags sowie die langfristigen Auswirkungen von Ungleichheit für Frauen.



Foto: SoVD Bassum

Einen gut sichtbaren und ansprechenden Infostand hatten die Engagierten im Ortsverband Bassum gemeinsam vorbereitet.



Foto: SoVD Hannover-Mitte

Der SoVD Hannover-Mitte informierte über die SoVD-Beratung.



Foto: SoVD Osnabrücker Land

Am EPD führten SoVD-Engagierte auf dem Wochenmarkt in Quakenbrück zahlreiche informative Gespräche.



IHRE STIMME ZÄHLT

Gestalten Sie mit uns die Zukunft!

Start: 1. Mai 2026

Jetzt schon vormerken: Am 1. Mai starten wir unsere **Mitgliederbefragung**. Denn: Wir möchten uns immer weiter verbessern – gemeinsam mit Ihnen! Deshalb interessiert uns Ihre Meinung. Weitere Informationen finden Sie in der nächsten Ausgabe des „Niedersachsen-Echos“. Machen Sie mit!

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen



Große Lücke zwischen Angebot und Nachfrage / Höhere Förderung notwendig

Mangel an barrierefreien Wohnungen

Eine Analyse des Online-Portals „ImmoScout24“ zeigt deutlich: Der Bedarf an barrierefreien Wohnungen ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Gleichzeitig ist das Angebot zu gering. Hinzu kommt, dass entsprechender Wohnraum sehr teuer ist. Der SoVD sieht auch in Niedersachsen eine Zuspitzung der Lage und fordert von der Landesregierung schnelles Handeln, um die Situation zu verbessern.

Wenn es um barrierefreie Wohnungen geht, ist die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage enorm: Laut „ImmoScout24“ suchen 75 Prozent mehr Menschen barrierefreien Wohnraum als noch vor zehn Jahren.

Derzeit leben bundesweit in etwa drei Millionen Haushalten Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung. Obwohl Prognosen davon ausgehen, dass diese Zahl künftig weiter steigt, sind momentan nur rund 560.000 barrierefreie Wohnungen auf dem Markt. „Die Zahlen machen klar, wie dramatisch die Situation auf dem Wohnungsmarkt gerade für Mieter*innen mit Behinderung oder Pflegebedürftige ist.“

Das sehen wir auch täglich in unserer Beratung. Eine barrierefreie und auch bezahlbare Wohnung zu finden, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das lässt die Menschen verzweifeln“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Aus Sicht des SoVD ist es gut, dass zwischen 2021 und 2025 rund 3.800 barrierefreie Wohnungen in Niedersachsen entstanden sind. „Das ist aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Fakt ist, dass gerade mal elf Prozent der Wohnungen, die in den vergangenen Jahren neu gebaut wurden, ohne Barrieren sind. Das ist ein Armutszeugnis“, so Swinke. Dabei sei es weder mit enormen Kosten noch mit großem Aufwand verbunden, Wohnraum so zu gestalten, dass er für Mobilitätseingeschränkte nutzbar ist. „Expert*innen sagen ganz klar, dass Barrierefreiheit in vielen Fällen allein durch eine intelligente Planung umsetzbar ist“, betont der Vorstandsvorsitzende. Deshalb müsse es auch seitens der Landesregierung verbindliche Standards geben, bei denen Barrierefreiheit von Anfang an mitgedacht wird. Darüber hinaus brauche es aber auch Offenheit und Mut bei allen Beteiligten, eingetretene Pfade zu verlassen.



Foto: Shortprime Studio / Adobe Stock

Bundesweit sind es rund drei Millionen Haushalte, in denen Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung leben.

„Außerdem ist eine Erhöhung der Fördermittel dringend notwendig. Nur so kann die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage geschlossen werden“, ist sich der niedersächsische SoVD-Chef sicher.

Gesetzlich Krankenversicherte können Angehörige beitragsfrei mitversichern

Anspruch auf Familienversicherung?

Unter bestimmten Voraussetzungen können gesetzlich Krankenversicherte Familienmitglieder beitragsfrei mitversichern. Ob ein Anspruch auf eine Familienversicherung besteht, hängt wesentlich vom monatlichen Einkommen der Person ab, die versichert werden soll.

Wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt werden, können gesetzlich Krankenversicherte Ehepartner*innen, eingetragene Lebenspartner*innen und Kinder mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland mitversichern. Diese sind dann familienversichert – und zwar beitragsfrei. „Das gilt auch für Stief- und

Enkelkinder, wenn Versicherte für mehr als die Hälfte des Unterhalts aufkommen“, erläutert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Grundsätzlich können Kinder bis zum 18. Lebensjahr familienversichert werden, bis zum 23. Lebensjahr, wenn sie nicht selbst berufstätig sind. Im Falle einer Berufs- oder Schulausbildung, wie zum

Beispiel einem Studium, oder wenn ein freiwilliges Jahr geleistet wird, ist eine Familienversicherung bis 25 möglich.

„Familienmitglieder können allerdings nur beitragsfrei mitversichert werden, wenn ihr monatliches Gesamteinkommen einen bestimmten Betrag nicht überschreitet. Dieser liegt 2026 bei 565 Euro beziehungsweise 603 Euro bei einem Minijob“, weiß Lorenz. Zum Einkommen zählen regelmäßige Einkünfte – beispielsweise auch die Rente oder mindestens einmal jährlich gezahlte Beträge wie Weihnachtsgeld.

Weitere Fragen zum Thema beantworten die Berater*innen des SoVD. Die Adressen und Kontaktdaten der Beratungszentren sind unter www.sovd-nds.de/beratung/beratungszentren abrufbar. Termine für Beratungsgespräche können auch unkompliziert über das Mitglieder-Service-telefon des SoVD unter 0511 65610721 vereinbart werden.



Foto: Elin Schweiger

Bei allen gesetzlichen Krankenkassen ist eine Familienversicherung unter bestimmten Voraussetzungen gleichermaßen möglich.

BERATUNG

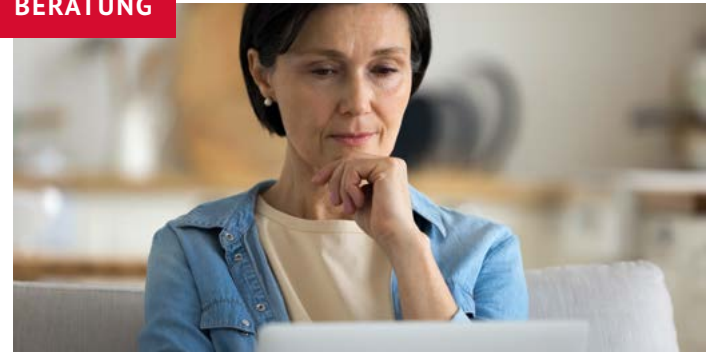


Foto: fizkes / Adobe Stock

SoVD-Online-Vortrag: „Pflegergrad, Begutachtung & Co.“

Wenn es um die häusliche Pflege geht, haben Betroffene häufig Fragen, die sie verunsichern. Deshalb bietet der SoVD am Freitag, 23. April, einen Online-Vortrag zum Thema „Pflegergrad, Begutachtung & Co.: Was muss ich bei der Pflege zu Hause beachten?“ an. Von 16 bis 17.30 Uhr informiert Referentin Katharina Lorenz über Wissenswertes und beantwortet die Fragen der Teilnehmenden. Die Veranstaltung ist Teil der kostenlosen digitalen SoVD-Vortragsreihe für alle Interessierten und findet über Zoom statt. Eine Anmeldung ist bis zum 20. April unter weiterbildung@sovnd-nds.de möglich. Den Teilnahmelink erhalten Angemeldete spätestens am Tag der Veranstaltung.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovnd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Zu Transidentität, Druck und Diskriminierung

Neue Folge des SoVD-Podcasts

In der neuen Folge des SoVD-Podcasts „Kein Ponyhof“ geht es um Transidentität – um Menschen, die sich nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren und welchen Druck sie erleben.

Die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel erzählen einen Praxisfall: Kai kämpft um Kostenübernahme für eine Brustentfernung, doch die Krankenkasse weigert sich, weil Kai sich keinem Geschlecht zuordnet. Der SoVD setzt sich ein – und gewinnt.

Zu Gast: Moriz Jordan vom Queeren Zentrum Göttingen, selbst Transmann, der Betrof-

fene berät. Die Moderatorinnen und Jordan erklären einfach, welche Hürden es gibt, wie Diskriminierung wirkt und geben Tipps, wie Unterstützer*innen helfen können.

Hören Sie rein, um zu verstehen, wie Respekt und Unterstützung helfen können – und wie Sie Menschen in Ihrem Umfeld zur Seite stehen können!

Der Podcast erscheint immer am dritten Donnerstag im Monat und ist auf allen gängigen Podcast-Plattformen sowie unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar. Dort gibt es auch Folgen zu den Themen Pflege, Behinderung und Rente.



Fotos: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge des SoVD-Podcasts.

Gemeinsam gegen Einsamkeit: SoVD vernetzt Akteur*innen im Kreis Stade

SoVD bringt Engagierte zusammen

Unter dem Titel „Nicht Einsam – Gemeinsam“ fand Ende März in der Festhalle Jork eine Veranstaltung des SoVD-Kreisverbandes Stade statt. Ein ehrenamtliches Organisations-Team hatte die Veranstaltung wochenlang vorbereitet. Ziel dieser Veranstaltung war eine Vernetzung mit anderen Engagierten, um möglicherweise gemeinsame Aktionen zu initiieren und voneinander zu lernen. Auch die Öffentlichkeit konnte daran teilnehmen und Denkanstöße mitnehmen.

Es gibt viele Ehrenamtliche in Niedersachsen, die sich um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kümmern. Viele bemühen sich, zu unterstützen, zu integrieren und ein wenig Freude zu verbreiten. Jeder Verein, jede Organisation plant für sich, arbeitet für sich. Die SoVD-Veranstaltung wollte diese verschiedenen Akteur*innen sichtbar machen und darüber informieren, welche Initiativen und Maßnahmen andere anbieten, um dem Problem der zunehmenden Vereinsamung zu begegnen. Es galt, das Publikum zu inspirieren, zu motivieren und neue Perspektiven zu eröffnen. Der Vorsitzende des SoVD-Kreisverbandes, Uwe Merckens, konnte viele Gäste aus Politik und befreundeten Vereinen begrüßen. Dazu gehörten unter anderem Bundes- und Landtagsabgeordnete von SPD und CDU, Vertreter*innen der Parteien SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, KWG und Die Linke sowie Bürgermeister aus den Kommunen im Land-



Foto: SoVD Stade

Nach dem Impuls-Vortrag überreichte Merckens Bernhard Sackarendt eine SoVD-Tasche mit der Aufschrift „Gemeinsam gegen einsam.“

kreis Stade. Von den befreundeten Vereinen nahmen teil: AWO, DRK, Die Brücke, MGH (Mehr-Generationen-Haus Horneburg), Methusalem, Keiner is(s)t allein, Seniorenhaus Horneburg, Paritätischer Betreuungsverein und Silbernetz. Auch einige SoVD-Ortsverbände aus dem Kreisverband Stade hatten Vertreter*innen geschickt.

Festredner war der SoVD-Verbandsratsvorsitzende Bernhard

Sackarendt. Er ging in seinem Vortrag auf die Einsamkeit vieler Menschen in unserer Gesellschaft ein. Sackarendt betonte, dass es die Einsamkeit nicht nur bei älteren Menschen gibt, sondern auch viele junge Menschen und andere Gruppen mit diesem Problem kämpfen. Im Anschluss an den Impuls-Vortrag hatten alle teilnehmenden Vereine die Möglichkeit, ihr Engagement vorzustellen.

TELEFON-BERATUNG

SoVD informiert kostenfrei

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 15. April, von 10 bis 11.30 Uhr eine offene und kostenlose Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts. Interessierte können dann unter der Telefonnummer 0531 2444 192 anrufen. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Fragen der Anrufer*innen beantworten. Bei stärkerem Beratungsbedarf können im Anschluss auch weiterführende Telefonate vereinbart werden. Anonym werden besonders interessante Gespräche dieser Beratung am Freitag, 1. Mai, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – zugleich per Livestream und App – ausgestrahlt. Die Sendung wird am 5. Juni ab 14 Uhr wiederholt. So können sich auch Interessierte, die während der Telefonberatung verhindert waren, informieren.

Vom Slalom-Gold zur nächsten Trophäe: Skiläuferin Helena Klintschar ausgezeichnet

Behindertensportlerin 2026

Für Helena Klintschar gleicht es einer Sensation. Die 18-jährige Skiläuferin wurde bei der festlichen Gala des Behinderten-Sportverbandes Niedersachsen (BSN) im stilvollen Ambiente des GOP Variété-Theaters Hannover zur „Behindertensportlerin des Jahres“ 2026 gekürt.

Die Siegestrophäe wurde von Ministerpräsident Olaf Lies im Beisein von BSN-Präsident Karl Finke sowie Ruderlegende und Laudatorin Kathrin Boron überreicht. Unter großem Beifall der 230 geladenen Gäste und im Konfettiregen auf der GOP-Bühne nahm Klintschar die Skulptur freudestrahlend entgegen. Der Sieg ist für Helena Klintschar ein echter Meilenstein in ihrer noch jungen sportlichen Karriere. Zuletzt hat sie bei den Special Olympics Winter World Games 2025 in Turin die Konkurrenz in der Fortgeschrittenenklasse hinter sich gelassen. Überraschend gewann sie die Goldmedaille im Slalom sowie Bronze im Riesenslalom. Seit sie mit vier Jahren zum ersten Mal auf Skiern stand, arbeitet sie konstant an ihrem großen Ziel: ihre Technik zu perfektionieren und auf der Piste immer schneller zu werden – trotz des seltenen Claes-Jensen-Syndroms und einer Sehbeeinträchtigung.

Zum 26. Mal ehrte der BSN seine erfolgreichen Athlet*innen mit seiner renommierten Wahl und Gala. Hinter Helena Klintschar, die insgesamt 20,32 Prozent der rund 22.000 Stim-

men erhielt, kam Jule Lammers mit 19,74 Prozent auf Platz zwei. Dritte wurde Kyra Liepach (17,70) vor Julian Füllgraf (16,04), Jan Malte Brelage (14,54) und Sören Seebold (11,66).



Foto: Volker Minkus / BSN

Helena Klintschar ist „Behindertensportlerin des Jahres 2026“.

WHATSAPP-BERATUNG

Neue Termine im April

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde!

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht.

Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 28. April, von 15 bis 16 Uhr statt.



Foto: Stefanie Jäkel

Sportverband lud SoVD zum Gespräch über die Olympia-Bewerbung ein

Paralympics nach NRW holen?

Michael Nordhaus, Geschäftsführer des BRSNW, des Behinderten- und Rehabilitationssportverbandes Nordrhein-Westfalen e. V., hatte den SoVD NRW im Februar zu einem Austausch nach Duisburg eingeladen, um über die Olympia- und Paralympia-Bewerbung Deutschlands zu sprechen.

Im Mittelpunkt des Treffens stand die Bewerbung von 17 NRW-Kommunen als mögliche Austragungsorte für die Olympischen und damit auch die Paralympischen Sommerspiele. Angepeilt werden die Jahre 2036, 2040 oder 2044. Und Köln soll in jedem Fall eine zentrale Rolle als „Leading City“ bekommen.

Einzigartige Bühne

„Wir können Paralympics“, bekräftigte Michael Nordhaus bei seiner Präsentation der Bewerbung. Für viele Sportler*innen mit und ohne Behinderung könne NRW so zu einer einzigartigen Bühne werden. Auch könne kein anderes Bundesland eine ähnliche Sport- und Betreuungsinfrastruktur für paralympische Sportler*innen bereitstellen wie NRW. „Wenn wir die Chancen gemeinsam nutzen, dann kann das wirklich ein Motor für Inklusion sein“, gibt sich Nordhaus überzeugt.

Sichtbar werden

„Es wäre schön, die Spiele in unsere Region zu holen und die besten Athlet*innen aus der ganzen Welt zu Gast zu haben“, ergänzt Marc Lembeck. Er ist ehemaliger Profisportler und mehrfacher Paralympics-Teilnehmer. Zum BRSNW kam er als Talentscout und ist mittlerweile Leiter des Bereichs Leistungssport, also immer noch dem Profi-Sportnachwuchs verpflichtet. Auch er gab sich im Gespräch mit dem SoVD NRW davon überzeugt, dass Paralympische Spiele in NRW dabei helfen würden, dem Thema Teilhabe viel mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.



V. li.: BRSNW-Bereichsleiter Marc Lembeck, BRSNW-Geschäftsführer Michael Nordhaus, SoVD NRW-Landesgeschäftsführer Jens Eschmann, Landespressesprecher Matthias Veit sowie Abteilungsleiter Sozialpolitik und Kommunales, Dr. Michael Spörke (vorne).

Natürlich gebe es zum einen die Faszination des Sports, mitzuerleben, zu welchen unglaublichen Spitzenleistungen manche Menschen mit oder ohne Behinderung in der Lage sind. „Aber in diesen magischen Momenten zeigt sich auch, dass wir alle zusammen eine Gemeinschaft bilden, in der es jede*r verdient hat, sichtbar zu sein, mit all seinen bzw. ihren Fähigkeiten, Besonderheiten und Bedürfnissen selbstverständlich dazuzugehören“, so Lembeck im Nachgang des Treffens.

Enorme Herausforderungen

Dr. Michael Spörke vom SoVD NRW kennt die besondere Atmosphäre, die es bei Großveranstaltungen in Arenen und Stadien geben kann, aus eigener Anschauung, machte im Gespräch mit dem BRSNW aber auch deutlich, dass ein Zuschlag für die Rhein-Ruhr-Region mit

enormen Herausforderungen verbunden wäre. Die zentrale Frage sei ganz klar die Finanzierung. Angesichts der Haushaltsprobleme auf kommunaler Ebene, wo selbst grundlegende Leistungen der Daseinsvorsorge zum Teil unter Finanzierungsvorbehalt stünden, müsse eindeutig geklärt sein, woher das zusätzlich benötigte Geld kommen soll und sichergestellt sein, dass es nicht anderswo und schon gar nicht im sozialen Bereich gekürzt werde (siehe auch das ausführliche Interview rechts).

Eigenes Bild machen

„Die Menschen sollen und können sich ein eigenes Bild machen und dann abstimmen, das ist schon mal positiv hervorzuheben“, so Landesgeschäftsführer Jens Eschmann nach der Präsentation des BRSNW zur Bewerbung. Am 16. April werde es in den betroffenen NRW-Städten einen Bürgerentscheid geben. „Da sollte man auf jeden Fall sein Votum abgeben, egal in welche Richtung. Das ist ein schönes Beispiel für lebendige Demokratie.“ Positiv bewerte er außerdem, dass bereits 100 Prozent der benötigten Sportstätten vorhanden seien.

Bei einem Votum für die Region Rhein-Ruhr würde es in die nächste Runde gehen, aber die Konkurrenz ist groß. Am 26. September will der Deutsche Olympische Sportbund eine Entscheidung treffen.



Interview

Finanzierung ist zentral

Sport ist eine wichtige Form gesellschaftlicher Teilhabe. Gerade mit Blick auf die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele gibt es viele Schnittmengen, insbesondere wenn es um Inklusion und Barrierefreiheit geht. Das betont Dr. Michael Spörke, Leiter Sozialpolitik und Kommunales des SoVD NRW, im Interview.

Wie steht der SoVD NRW grundsätzlich zu der Idee, Olympische und Paralympische Spiele nach NRW zu holen?

Wir lehnen die Bewerbung nicht grundsätzlich ab und geben auch keine Wahlempfehlung ab. Aber wir knüpfen eine mögliche Unterstützung an klare Bedingungen. Solche Spiele können eine große Chance sein – für den paralympischen Sport, für Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen und für gesellschaftliche Teilhabe. Entscheidend ist jedoch, wie sie umgesetzt und finanziert werden.



Dr. Michael Spörke

Worin sehen Sie die größten offenen Punkte?

Die zentrale Frage ist die Finanzierung. Wir erleben in NRW, auf kommunaler Ebene und im Bund, erhebliche Haushaltsprobleme. Viele notwendige Leistungen der Daseinsvorsorge stehen bereits unter Finanzierungsvorbehalt. Deshalb muss klar beantwortet werden: Wer bezahlt die Spiele? Woher kommen die zusätzlichen Mittel? Und vor allem: Es darf nicht zulasten sozialer Leistungen oder anderer dringender notwendiger Aufgaben gehen.

Neben der Finanzierung – was ist Ihnen noch wichtig?

Die Infrastruktur. Schon heute erleben die Menschen täglich, dass der öffentliche Nahverkehr vielerorts nicht zuverlässig und nicht durchgehend barrierefrei ist. Wenn Millionen Gäste ins Land kommen, muss das System funktionieren – und zwar für alle. Es darf keine provisorischen Sonderlösungen geben, die nur für die Dauer der Spiele eingerichtet werden. Wir brauchen nachhaltige Verbesserungen, die auch nach den Spielen Bestand haben.

Gilt das auch für die Sportstätten?

Ja, unbedingt. Barrierefreiheit darf kein Zusatzprogramm nur für die Paralympics sein. Olympische Spiele und Paralympics müssen von Anfang an gemeinsam und inklusiv gedacht werden. Spielstätten müssen dauerhaft barrierefrei ausgestattet sein und das für alle, nicht nur für die Athlet*innen. Was einmal verbessert wird, muss bleiben.

Spielen auch soziale Aspekte wie Ticketpreise eine Rolle?

Natürlich. Wenn Eintrittskarten sehr teuer sind, entsteht eine neue Zugangshürde. Es sollte geprüft werden, ob es Kontingente oder vergünstigte Tickets für Menschen mit geringem Einkommen gibt. Spiele dürfen kein Event nur für diejenigen sein, die es sich leisten können.

Sehen Sie trotz aller offenen Fragen auch Chancen?

Ja, durchaus. Unter den richtigen Voraussetzungen können Olympische und Paralympische Spiele ein echtes Fest der Teilhabe sein und einen nachhaltigen Schub für Barrierefreiheit auslösen. Aber dafür braucht es klare Konzepte, transparente Finanzierung und den politischen Willen, die Verbesserungen dauerhaft umzusetzen. Falls die Region den Zuschlag bekäme, würden wir das sehr genau und kritisch begleiten. Und wir als Sprachrohr von Menschen mit Behinderungen erwarten dann auch, entsprechend miteinbezogen zu werden.

Was möchten Sie den Bürger*innen mit Blick auf den anstehenden Bürgerentscheid mitgeben?

Informieren Sie sich gründlich. Fragen Sie in Ihrer Kommune nach: Was ist konkret geplant? Welche Investitionen sind vorgesehen? Welche Chancen und Risiken gibt es?

Countdown zum Protest

Bis zum 5. Mai – dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung – sind es nur noch wenige Wochen. Nach der großen Resonanz im vergangenen Jahr nimmt der SoVD NRW dieses Datum auch 2026 wieder zum Anlass, in ganz NRW auf die mangelnde Barrierefreiheit im ÖPNV aufmerksam zu machen. Geplant ist diesmal wieder ein niedrigschwelliges, dezentrales Mitmachformat, das es möglichst vielen Menschen ermöglicht, ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Forderungen einzubringen. Weitere Informationen folgen auf der Homepage des SoVD NRW.

Zahlreiche Aktionen des SoVD zum Equal Pay Day 2026 in den nordrhein-westfälischen Städten

Gleiche Bezahlung und keine Benachteiligung!

An vielen Orten im ganzen Land und an verschiedenen Tagen war der SoVD NRW anlässlich des Equal Pay Day mit seinen Forderungen sichtbar. Ehrenamtliche aus den Kreis- und Ortsverbänden informierten an den SoVD-Ständen die Bürger*innen über die Tatsache, dass Frauen immer noch weniger verdienen als Männer und verteilten entsprechende Broschüren.

Am 6. März zeigten sich die Mitglieder des **Frauenpolitischen Ausschusses** des SoVD NRW (s. Foto, v. li.: Elke Köhn, Julia Kuhn, Jutta König, Martina Barz und Heike Harich) in der Innenstadt von **Düsseldorf**, quasi schon im Countdown zum Weltfrauentag am 8. März. Nicht nur die Infobroschüren gingen dabei gut weg, auch die SoVD-Schuhlöffel kamen gut an. Das passende Motto dazu liegt auf der Hand: Klein beigeben, sich kleinmachen, die Situation in Job, Familie, bei der Care-Arbeit einfach hinnehmen nach dem Motto „War doch schon immer so?“ Nein: „Den Schuh ziehen



Screenshot WDR

Ortsverband Dortmund-Vörde

wir uns nicht an!“

Auch die gemeinsame Veranstaltung der **Ortsverbände Hürth und Frechen** zum Equal Pay Day am 27. Februar im Hürth Park war sehr erfolgreich. Zum Thema Lohngerechtigkeit gab

es interessante Austauschgespräche, unter anderem kamen zwei junge Schüler zum Stand, die schon gut über das Thema Bescheid wussten, da es in der Schule besprochen worden war. Sie zeigten sich interessiert an der politischen Arbeit des SoVD.

Zu Besuch kam auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hürth, Silke Naumann, und überbrachte Grüße von Bürgermeister Dirk Breuer. Herzlichen Dank an die ehrenamtlichen Helfer*innen sowie an die herzliche Unterstützung von Silvia Dresen aus dem Ortsverband Nord. (S. Foto, v. li.: vorne Karin Urbach, Ingrid Ehl und Wolfgang Eckhoff, hinten Jürgen Mehler, Silvia Dresen und Maria Poppinga.)

Am gleichen Tag waren auch Mitglieder der **Ortsverbände Neuenrade und Plettenberg** auf dem Wochenmarkt in Plettenberg mit einem Infostand aktiv und informierten über geschlechtsspezifische Lohnlücken.

Währenddessen war der SoVD **Dortmund-Vörde** in der Stadt unterwegs und wurde dabei vom WDR-Fernsehen begleitet. Vorsitzende Elke Heine gab ein Interview zum Thema. Der Filmbeitrag der WDR Lokalzeit „Equal Pay Day in Dortmund“ ist in der ARD-Mediathek abrufbar unter: www1.wdr.de/lokalzeit/fernsehen/dortmund/equal-pay-day-in-dortmund-100.html.

Auch der **Kreisverband Recklinghausen** und der **Ortsverband Waltrop** waren präsent. (S. Foto, v. li.: Renate Zimmer, Karin Schäpers, Martina Barz, Rolf Jordan, der stellvertretende Bürgermeister Waltrops, Klaus Beie, Jutta Wrobel, Gabriele Becker-Grüning und Frauensprecherin Heike Harich, vorne Kreisvorsitzende Gabriele Helbig.)

Am 1. März widmete sich der **Ortsverband Werl** dem Thema EPD im Rahmen seiner Präsenz auf der Infomesse Viva 60+ (s. Foto, v. li.: Helga Radau, Margret Simon, Hildegard Severin, Roswitha Fisch, Marianne Elwing und Karin Bäcker.)

Mit einer gut besuchten Aktion zum Equal Pay Day am 27. Februar machte auch der **Ortsverband Oberes Versetal** auf die weiterhin bestehende Ungleichheit bei der Bezahlung von Frauen und Männern aufmerksam. Die Veranstaltung stieß auf großen Anklang bei den Bürger*innen und sorgte



Frauenpolitischer Ausschuss in Düsseldorf



Ortsverband Werl

für zahlreiche Gespräche und einen intensiven Austausch.

Viele der Besucher*innen zeigten sich überrascht darüber, dass Frauen in Deutschland im Durchschnitt noch immer weniger verdienen als Männer. Umso wichtiger ist es gewesen, mit leicht verständlichen Informationen und persönlichen Gesprächen auf dieses soziale Missverhältnis hinzuweisen.

Der SoVD-Ortsverband zog ein durchweg positives Fazit der Aktion.

Über die Aktionen des **Kreisverbandes Lübbecke** und des **Ortsverbandes Rahden** vor Ort hatte die Neue Westfälische vorab berichtet. „Es ist Zeit, dass Transparenz bei Gehältern zur Selbstverständlichkeit wird – in jedem Unternehmen, jeden Tag“, erklärte Kreisfrauen-

sprecherin Susanne Sassenberg gegenüber der Zeitung.

Der **Kreisverband Bochum-Hattingen** war gemeinsam mit der Stadt Bochum am 7. März aktiv (s. Foto: Bundesfrauensprecherin Jutta König mit Elke Köhn).



KV Bochum-Hattingen



Ortsverbände Hürth und Frechen



Kreisverband Lübbecke



Kreisverband Recklinghausen und Ortsverband Waltrop



Ortsverband Oberes Versetal



OVs Neuenrade und Plettenberg



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Lübbecke

Mehr als 100 Mitglieder kamen zur Mitgliederversammlung in die Stadtschule. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Bernhard Kostka und einem kleinen Imbiss folgte die Tagesordnung mit Jahres- und Kassenbericht sowie Entlastung des Vorstandes. Die anschließende Wahl leitete Günter Steinmeyer, ehemaliger 1. Vorsitzende des Ortsverbandes Lübbecke und jetziger Schatzmeister des Kreises. Einstimmig wiedergewählt wurden: Bernhard Kostka, 1. Vorsitzender; Nina Bollmeier, 2. Vorsitzende; Martina Hüffmeier, 1. Schatzmeisterin; Jürgen Ramm, 2. Schatzmeister; Gaby Neubauer, 1. Schriftführerin; Ada Kostka, 2. Schriftführerin; Irmtraud Flachmann, 1. Frauensprecherin; Ulla Wortmann, 2. Frauensprecherin; Petra Hoppe und Lothar Röhr, Revisor*in; Angelika Möller, Heike Seger, Anke Spilker, Hans Hermann Peitz, Günter Steinmeyer und Andreas Hoppe, Beisitzer*innen (s. li. Foto, Vorsitzender Bernhard Koska hinten Mitte).

Des Weiteren wurden 16 Delegierte und acht Ersatzdelegierte zum Kreisverbandstag am 26. September gewählt.

Kreisvorsitzender Detlev Sassenberg hob als Gast in seinem Bericht hervor, dass der Kreisverband mit circa 10.500 Mitglieder zum größten Kreisverband im SoVD NRW angewachsen ist. Darin ist Lübbecke



Ortsverband Lübbecke

mit circa 2.430 Mitgliedern weiterhin der größte Ortsverband. Die angeschlossenen 35 Ortsverbände haben 133 Veranstaltungen durchgeführt, die von 6.250 Mitgliedern besucht wurden – ein wahrhaft lebendiger Kreisverband!

Als Gast geladen war auch Kreisfrauensprecherin Susanne Sassenberg. Sie berichtete über geplante Aktionen in der Lübbecke und Rahdener Innenstadt zum Thema Equal Pay Day (s. Bericht Seite 12).

Nach den Wahlen und Berichten wurden Jubilar*innen geehrt: für 20 Jahre Marlies Kottkamp und Hermann Ramm, für 25 Jahre Günter Bösch und Friedrich Lübbert, für 30 Jahre Renate Struck und Ursula Zwingelberg, für 35 Jahre Rosemarie Gottwald und für 40 Jahre Inge Klüte (s. re. Foto, rechts Detlev und Susanne Sassenberg).

Für ihre langjährigen Verdienste im Ehrenamt für 10 Jah-

re erhielt Irmtraud Flachmann eine Auszeichnung und für 15 Jahre Ulla Wortmann.

Kreisverband Witten

Tolle Stimmung herrschte beim SoVD-Frauenachmittag zur Weiberfastnacht im Saalbau Witten. Rund 200 überwiegend weibliche Mitglieder waren der Einladung gefolgt und verwandelten den Saal in eine Hochburg karnevalistischer Lebensfreude.

Bei Kaffee und Kuchen wurde zunächst geplaudert, bevor das abwechslungsreiche Bühnenprogramm begann, durch das Moderator Stefan Rodefild führte. Besonders freute sich der Kreisverband über den Besuch der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier, der Bundesfrauensprecherin Jutta König sowie des Bürgermeisters Dirk Leistner (SPD).

Ein Höhepunkt war die Büttenrede von „De Polizist“, der mit spitzer Zunge und treffsicheren Pointen den Alltag humorvoll aufs Korn nahm. Für weitere humoristische Glanzlichter sorgte die Comedy-Show mit Parmarotti, der mit italienischem Temperament begeisterte, sowie Ewald der Aalhornmann mit seinem ungewöhnlichen Instrument. Musikalisch sorgte die Gesangsshow von Pascal Krieger für ausgelassene Stimmung. Schwungvoll präsentierte sich zudem die Tanzgruppe der KG Grün-Weiß. Begleitet wurde das gesamte Programm von der Jürgens' Timeless Partyband, die für den passenden musikalischen Rahmen sorgte. Nach dem offiziellen Teil spielte die Band zum Tanz auf.

Ortsverband Lemgo

Der SoVD Lemgo hat einen neuen Vorstand gewählt, der sich auf den Foto präsentiert, (v. li.: hinten: Kerstin Topp, 1. Vorsitzende; Elisabeth Schmelzer, Frauensprecherin; Zophia Rejall, Schriftführerin; Barbara Trapp, stellvertretende Schriftführerin; Andreas Trapp, Kassierer; Petra Lüpke, Beisitzerin; Marc Topp, 2. Vorsitzender; vorne: Angela Töl-



Ortsverband Lübbecke



Kreisverband Witten



Ortsverband Recklinghausen-Suderwich

ke, stellvertretende Kassierer; Dr. Ulrich Ketz, Beisitzer; Ruth Waldtmann, Revisorin, und Zoe Topp, Revisorin).

Ortsverband Plettenberg

Der SoVD Plettenberg traf sich an Weiberfastnacht mit 30 Personen zum Kaffee im Evangelischen Gemeindehaus.

Ortsverband Recklinghausen-Suderwich

Die diesjährige Hauptversammlung fand am 24. Februar in der Mensa der Gesamtschule statt. Nach dem gemeinsamen

Kaffeetrinken standen unter anderem Neuwahlen an. Wahlleiterin war die Frauensprecherin des Kreises Recklinghausen, Heike Harich. Der gesamte bisherige Vorstand unter Vorsitz von Friedhelm Steckel wurde wiedergewählt. Als Protokollführer kam Emil Schlaak neu dazu.

Die Versammlung endete mit einem Grünkohlessen.

Ortsverband Bochum Nord-West

Am 11. Februar hielt der

Fortsetzung auf Seite 14



Ortsverband Plettenberg



Ortsverband Lemgo



Wir gratulieren

Waldemar Ullrich aus Essen ist seit dem 1. April 1946 im SoVD – kein Aprilscherz, sondern ein echter Rekord. Der SoVD NRW gratuliert von Herzen und bedankte sich für diese wirklich außergewöhnliche Treue. Der Verband wünscht Ullrich und seiner Ehefrau, die ebenfalls seit vielen Jahren Mitglied ist, von Herzen alles Gute.



Aus den KV / OV

Fortsetzung von Seite 13

Ortsverband die Jahreshauptversammlung ab. Nach den Rechenschaftsberichten wurde unter der Leitung der Kreisvorsitzenden Jutta König ein neuer Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender bleibt Fredi Boczkowski, Stellvertreterin ist Brigitte Kaminski, Schatzmeister Helmut Kropp, Schriftführerin Birgit Boczkowski-Reke, Frauensprecherin Heike Kropp, Beisitzer*innen sind Ludwig Keller, Marita Wemmer und Rosi Rinas, Revisoren Thomas Antenbrink (Sprecher) und Winfried Kowalski.



Ortsverband Bochum Nord West



Herzlichen Glückwunsch



Foto: Smileus/Adobe Stock

Allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen im April wünscht der SoVD Nordrhein-Westfalen e. V. auf diesem Wege alles Gute und dankt für die Treue zum Verband. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht werden können.

KV Bergisches Land: Hannelore Böhm (93).

KV Bielefeld: Manfred Langner (90), Marianne Mügge-Nemitz (90), Karl-Heinz Cottmann (91), Gerhard Niewöhner (91), Klara Hartmann (93), Hannelore Isenberg (94).

KV Bochum-Hattingen: Gisela Clauss (96).

KV Dortmund: Lotte Gombel (91), Heinrich Lotzmann (91), Edeltraut Nikutta (91), Gertrud Friebe (94), Helmut Dziwis (97).

KV Düsseldorf: Josef Anders (90), Josefine Srugies (90), Dirk Bakker (91), Josefa Schulz (101).

KV Westliches Ruhrgebiet / Niederrhein: Manfred Welzel (90), Irmgard John (91), Erna Wellkamp (91).

KV Essen: Günter Grey (93).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Josef Kruszona (90), Anneliese Blichke (95), Werner Schemkes (95), Werner Buchhaupt (96).

KV Gütersloh: Werner Flügge (90).

KV Hamm-Unna: Fritz Voss (90), Helga Herold-Braune (91), Willi Demmer (92), Katharina Globert (93), Willi Gruß (94), Paula Steckel (95).

KV Herford: Gisela Aßbrock (90), Herbert Kruse (94), Alfred Meier (95), Brunhilde Schulz (96), Hildegard Kuschel (101).

KV Herne: Rudolf Haschek (91).

KV Iserlohn-Hagen: Peter Nöldner (90).

KV Köln-Bonn-Aachen: Erika Kronschnabl (90), Elfriede Melsbach (90), Hildegard Munke (90), Norbert Muschner (91), Horst Meyers (94), Edeltraut Raebel (95).

KV Lippe: Eveline Berkemann (90), Inge Ludwig (90), Reinhard Hantzsch (91), Margit Frodermann (95).

KV Lübbecke: Lieselotte Becker (90), Christa Bekemeier (90), Erika Halbe (90), Friedhelm Lappe (90), Irma Tempelmeier (90), Sonja Dreher (91), Anneliese Wiegmann (91), Gerda Borchering (92), Helga Buschmann (92), Anneliese Hilker (92), Edmund Mühlwinkel (92), Gerhard Weigelt (92), Gertrud Wißbröker (92), Willi Steinkamp (93), Erna Braun (94), Helga Hartmann (94), Anneliese Gülker (95).

KV Märkischer Kreis: Brunhilde Würdemann (90), Helga Bartsch (92), Gertrud Weiland (95), Egon Mai (96), Ingrid Becker (98), Alfred Hoppe (98), Josefine Schmidt (98), Gertrud Harte (99).

KV Minden: Gerhard Bick (90), Gisela Hagemeier (90), Werner Wudke (90), Ingrid Schmidt (91), Gerhard Reimann (93), Gertrud Giese (98).

KV Recklinghausen: Irmgard Gries (96).

KV Witten: Dieter Affhüpper (91), Johannes Espenhahn (94), Waldemar Gauck (94), Erna Meyer (94).



Termine der Kreis- und Ortsverbände

Ortsverband Asemissen-Leopoldshöhe-Oerlinghausen

10. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, „B-vier“, Parkstraße 6, 33818 Leopoldshöhe.

Ortsverband Bielefeld-Mitte

10. April, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Clubheim Bolbrinkers, Bolbrinkersweg 33, 33617 Bielefeld. **Anmeldung erforderlich.**

Ortsverband Bochum-Wattenscheid

Jeden 3. Donnerstag, 17 Uhr: Mitgliederversammlung, Gaststätte Pütz, An der Papenburg 11, 44866 Bochum.

Ortsverband Brackwede-Mitte

Jeden 2. Samstag, 10 Uhr: Mitgliedertreffen im Nachbarschaftstreff der Diakonie, Uthmannstraße 13, 33647 Bielefeld.

Ortsverband Dortmund-Eving

Jeden 1. Montag im Monat, 16 Uhr: Mitgliedertreffen i Vereinshaus St. Barbara, Kappenberger Straße 2-4, 44339 Dortmund.

Ortsverband Dortmund Ost-West

9. April, 16.30 Uhr: Jahreshauptversammlung im Wilhelm Hansmann Haus, Märkische Straße 21, 44141 Dortmund.

Ortsverband Ennigloh-Muckum

25. April, 16 Uhr: Vortrag über Schockanrufe (Polizei).

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

Jeden 1. Mittwoch im Monat, 17 Uhr: Stammtisch im Café „Extrablatt“, Rüttenscheider Straße 58, 45130 Essen.

Ortsverband Gelsenkirchen-Altstadt

Jeden 2. Mittwoch im Monat, 18 Uhr: Mitgliederversammlung. Aktuelle Infos und Anmeldung unter Tel.: 0209 / 17 16 18 19 oder E-Mail an: berndegonbecker@gmx.de. Goldene Gans, Alter Markt 10, 45879 Gelsenkirchen.

Jeden 4. Donnerstag im Monat, 18 Uhr: Stammtisch an wechselnden Orten. Info und Anmeldung

unter Tel.: 0176 / 20 94 76 81.

Ortsverband Halver

15. April, 14.30 Uhr: Treffen im Bürgerzentrum, Mühlenstraße 2, 58553 Halver.

Ortsverband Herne / Wanne-Eickel

Gruppe Wanne-Eickel: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 14 Uhr: Frauenstunde; 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Flora Marzina Seniorenzentrum, Hauptstraße 360, 44649 Herne.

Gruppe Herne: Jeden 2. Dienstag im Monat, 16 Uhr: Mitgliedertreffen, Thomas-Morus-Haus, Widumerstr. 23 a, 44627 Herne.

Kreisverband Köln-Bonn-Aachen

24. April, 14.30 Uhr: Frauenarbeitskreis-Treffen, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Parterre, 1. Raum links, Anmeldung bei: Waltraud Brandt, Tel.: 0221 / 61 43 79, E-Mail: brandt.w27@gmail.com.

Ortsverband Lübbecke

22. April: Besuch des Strohmu-seums Twistringern.

Ortsverband Lütgendortmund

21. April, 18 Uhr: Gaststätte „Zur alten Post“, Theresenstraße 4, 44388 Dortmund.

Ortsverband Marl

1. April, 15 Uhr: Mittwochs-treff, Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl.

Ortsverband Marxloh

23. April, 17 Uhr: Jahres-

hauptversammlung mit Wahlen in Anjas Schützenhof, Friedrich-Ebert-Straße 52, 47179 Duisburg. **Anmeldung bis 16. April** bei Klaus Seidel, Tel.: 02801 / 98 74 661.

Ortsverband Neuenrade

Jeden 1. Dienstag im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken im Café „Karl“, Am Stadtgarten 4, 58809 Neuenrade.

Ortsverband Plettenberg

9. April, 14.30 Uhr: Kaffee & Info, Evangelisches Gemeindehaus, Kirchstraße 2, 58840 Plettenberg.

Ortsverband Rödinghausen

11. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung im Haus des Gastes. Anmeldung bei Gisela Möller, Tel.: 05226 / 88 79 003 oder 0177 / 54 61 798.

Ortsverband Schildesche

20. April, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung, Gemeindehaus Johannisstraße 13. **Anmeldung erbeten.**

Ortsverband Wellensiek

Jeden 3. Freitag im Monat, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Dahlemer Weg 26-28. Anmeldung bei Helga Sack unter Tel.: 05206 / 92 39 876, E-Mail: helgasack@yahoo.de.

Ortsverband Waldbröl / Siegkreis-Oderberg

8. April, 15 Uhr, Mitgliedertreffen, Sitzungssaal der AWO, Schladerner Straße 10-12, 51545 Waldbröl.

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Robert Pyka (Dortmund), Werner Broska (Gelsenkirchen-Bottrop), Horst Kostrezewa (Hamm-Unna), Ursula Kredig (Herford), Bernd Huy, Helmut Stellmacher (Köln-Bonn-Aachen), Martina Blom, Heinz Büttemeier, Helmut Exter, Dieter Grunwald, Wilhelm Koch, Ursula Wagner (Lübbecke), Heinrich Borchering, Hartmut Wegner (Minden), Brigitte Hasler (Witten).

45 Jahre: Hermann Speit (Gütersloh), Helmut Grothaus (Minden), Dieter Affhüpper, Walter Butterweck (Witten).

50 Jahre: Anneliese Hölischer (Herford), Heinz-Detlef Fromme (Lübbecke).

80 Jahre: Waldemar Ullrich (Essen).

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovde-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovde-nrw.de.

Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sovde.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Die-richs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel. **Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Fotos oder Texte.**

Sozialpolitischer Aschermittwoch des Landesverbandes in Neumünster

Ein Zeichen gegen Sozialabbau

Mit einem starken Auftritt hat der SoVD Schleswig-Holstein beim 2. Sozialpolitischen Aschermittwoch erneut Kraft und Entschlossenheit für den Erhalt des Sozialstaates gezeigt. Rund 300 ehrenamtlich Engagierte aus allen Teilen Schleswig-Holsteins kamen in der Stadthalle Neumünster zusammen, um gemeinsam ein Zeichen gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit zu setzen.

Den inhaltlichen Kern der Veranstaltung bildete ein eindringlicher Vortrag von Dr. Ulrich Schneider, langjähriger Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Er warnte in seiner Rede: „Wir erleben einen Angriff auf den Sozialstaat, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht erlebt haben“ – und hob dabei hervor, dass Deutschland als sozialer Rechtsstaat auf der Kippe steht.

Seine Kritik belegte Schneider mit handfesten Zahlen: So lebten derzeit etwa 17 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, während ein Prozent der reichsten Deutschen rund 30 Prozent des Vermögens besitzt. Zugleich wächst die Anzahl der Milliardär*innen trotz wirtschaftlicher Unsicherheiten stetig.

In diesem Kontext kritisierte Schneider auch aktuelle Vorschläge in der öffentlichen Debatte – etwa ein soziales Pflichtjahr für Rentner*innen oder Sonderabgaben für bestimmte Altersgruppen – als Ablenkungsmanöver von den Grundproblemen wachsender Ungleichheit.

In seiner Eröffnungsrede nahm Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender des SoVD Schleswig-Holstein, die aktuelle Sozialpolitik kritisch unter die Lupe. Sein klares Fazit: „Klartext statt Schlagzeilenrhetorik“ sei nötig, wenn es um die Zukunft sozialstaatlicher Leistungen gehe.

Bornhalm machte deutlich, dass viele Menschen in Schles-



alle Fotos: Julia Petersen

Fast 300 ehrenamtlich Aktive aus allen Teilen Schleswig-Holsteins kamen nach Neumünster.



Trotz der ernstesten Vorträge war die Stimmung bei den Teilnehmenden überaus gut.

wig-Holstein tatsächlich um ihren sozialen Halt im Alter, im Krankheitsfall oder bei Erwerbslosigkeit bangen. Er kritisierte, dass zentrale Leistungen wie etwa das Elterngeld bei

Teilen der Fachöffentlichkeit als „nice to have“ abgetan würden – eine Haltung, die nach Ansicht des Verbandes die Lebenswirklichkeit vieler Familien verkennt.

Trotz der ernstesten politischen Botschaften kam beim Aschermittwoch auch die Stimmung nicht zu kurz. Traditionelle bayerische Begleitung mit Bier, Brezeln und Blasmusik sorgte für einen lebendigen Rahmen. Die Marschband aus Schwarzenbek heizte den Anwesenden mit Klassikern und bekannten Melodien musikalisch ein. Ein humorvoller Höhepunkt war der Auftritt des staatlich anerkannten Pantomimen und Comedians „Dr. von Hase“, der mit seiner „medizinischen Zaubersprechstunde“ zeigte, dass Lachen ein wichtiges Element im Umgang mit gesellschaftlicher Frustration sein kann.



Dr. Ulrich Schneider (Mi.) heizte dem Saal mit seinen klaren Worten zum Sozialstaat mächtig ein. Daneben Landesgeschäftsführer Tim Holborn (li.) und der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm.



Liebe Mitglieder,

von 2020 bis 2025 sind die Lebensmittelpreise in Deutschland um 34 Prozent gestiegen – für viele Haushalte längst mehr als eine bloße Statistik. Es ist die Realität an der Supermarktkasse. Besonders hart trifft es Menschen mit kleinem Geldbeutel, deren Einkommen mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten konnte.

Während die Einkommen nur erhalten zulegen, kennen die Mieten seit Jahren nahezu nur eine Richtung: nach oben. Gerade Haushalte mit geringen Einkünften geraten immer stärker unter Druck. Bezahlbarer Wohnraum ist vielerorts keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern ein knappes Gut. Zwischen 2010 und 2023 stiegen die Bestandsmieten um rund ein Drittel.

Und die Lage könnte sich weiter verschärfen: In Schleswig-Holstein sollen die Klimaziele vier Jahre früher als gesetzlich vorgesehen erreicht werden. Dieses Ziel ist richtig – doch die notwendigen Maßnahmen, etwa im Gebäudebestand, können erhebliche zusätzliche Kosten verursachen. Wenn sich diese in steigenden Mieten niederschlagen, trifft es erneut vor allem wirtschaftlich benachteiligte Menschen.

All das zeigt deutlich: Für viele sind grundlegende Lebenshaltungskosten längst zu einer sozialen Belastungsprobe geworden. Wer wenig Einkommen hat, lebt zunehmend am Limit – und muss ohnmächtig zusehen, wie steigende Preise und Mieten den finanziellen Spielraum immer weiter einengen. Dringendes Handeln ist überfällig. Bezahlbares Wohnen und faire Lebenshaltungskosten für alle sollten in einem Sozialstaat selbstverständlich sein.

Umso größer ist die Enttäuschung, dass weder das angekündigte Klimageld umgesetzt, noch Entlastungen bei der Stromsteuer für Privathaushalte beschlossen wurden. Nicht wenige Menschen fühlen sich vom Staat im Stich gelassen.

Hinzu kommt eine Entwicklung, die das Gerechtigkeitsempfinden vieler erschüttert: In Deutschland konzentriert sich ein Großteil des Vermögens auf eine kleine Spitze. Die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte besitzen rund 60 Prozent des Gesamtvermögens, während die untere Hälfte zusammen nur über wenige Prozent verfügt. Die unteren 20 Prozent besitzen faktisch kein Vermögen, etwa neun Prozent der Haushalte sind sogar verschuldet. Gleichzeitig ist der Beitrag großer Vermögen zum Steueraufkommen gering. Die Hauptlast der Staatseinnahmen tragen Lohn- und Mehrwertsteuer – und damit vor allem die breite Mitte und Menschen mit kleineren Einkommen.

Diese Debatte berührt den Kern unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es geht um Vertrauen. Es geht um Fairness. Und es geht um die Glaubwürdigkeit unseres Sozialstaates. Deshalb braucht es jetzt klare politische Konsequenzen.

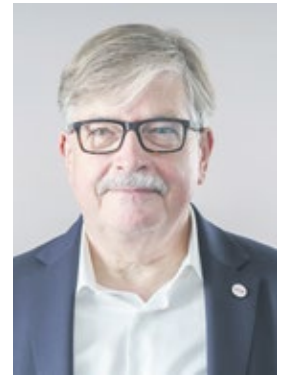
Erstens: Bezahlbares Wohnen muss oberste Priorität haben – durch konsequenten Mieterschutz, mehr sozialen Wohnungsbau und eine Begrenzung überzogener Mietsteigerungen.

Zweitens: Kleine und mittlere Einkommen müssen spürbar entlastet werden – durch faire Energiepreise, eine gerechte Steuerpolitik und die verlässliche Umsetzung angekündigter Ausgleichszahlungen wie des Klimageldes.

Drittens: Starke Schultern müssen stärker tragen. Große Vermögen und sehr hohe Einkommen müssen wieder angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Wer über erhebliche Vermögenswerte verfügt, darf sich seiner Verantwortung für das Gemeinwohl nicht entziehen.

Ein leistungsfähiger Sozialstaat ist kein Kostenfaktor. Er ist die Grundlage für Stabilität, Zusammenhalt und wirtschaftliche Stärke. Wer ihn erhalten will, muss ihn gerecht finanzieren. Die kommenden Reformen werden zum Prüfstein: Entweder stärkt die Bundesregierung den Sozialstaat und sorgt für mehr Fairness – oder sie riskiert weiterwachsendes Misstrauen in Politik und Staat.

Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender



Alfred Bornhalm

Sven-Picker-Inklusionspreis 2026

Mit dem Sven-Picker-Inklusionspreis zeichnet der SoVD Schleswig-Holstein einmal im Jahr Personen oder Organisationen aus, die sich für das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen besonders verdient gemacht haben. Im vergangenen Jahr ging die Ehrung zum Beispiel an den Pferdehof Phönix aus Ostholstein.

Auch in diesem Jahr soll der Preis rund um den 10. Oktober übergeben werden. Haben Sie einen Vorschlag? Mögliche Preisträger*innen sind Personen, Einrichtungen oder auch Firmen, die sich in besonderem Maße für Menschen mit Behinderungen einsetzen – im Alltag, im Berufsleben oder auch auf andere Weise. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro verknüpft.

Ihre Vorschläge sollten in einem direkten Bezug zu Schleswig-Holstein stehen. Falls Sie eine Idee haben, freuen wir uns auf Ihre Kontaktaufnahme bis zum 31. Mai, entweder per Mail an presse@sovd-sh.de oder auf dem Postweg: SoVD Schleswig-Holstein, Stichwort „Sven-Picker-Inklusionspreis“, Maria-Merian-Straße 7, 24145 Kiel.

Die Auszeichnung wird am 10. Oktober verliehen, dem Geburtstag von Sven Picker. Bis zu seinem Tod im Jahr 2020 hat Picker den SoVD Schleswig-Holstein in vielen Jahren als Landesvorsitzender geprägt. Auch auf Bundesebene hat er sich für die Belange des SoVD stark eingebracht.

Digitale Gesandte aus der Region Dithmarschen über ihre Motivation

Brückenbauer*in mit Herz

Das Projekt Digitale Gesandte qualifiziert engagierte Ehrenamtliche, um ältere Menschen beim Einstieg in die digitale Welt zu begleiten. Zwei frisch ausgebildete Digitale Gesandte aus der Modellregion Dithmarschen erzählen, warum sie sich für dieses besondere Ehrenamt entschieden haben.

Für Susanne Nagel war schnell klar, warum sie Digitale Gesandtin werden wollte: „Weil mich die Technik interessiert.“ Smartphone, Tablet und PC faszinieren sie – doch genauso wichtig ist ihr der Mensch dahinter. Als ehemalige Tagesmutter und aktive Lesepatin bringt sie viel Geduld und Einfühlungsvermögen mit. In der Ausbildung zur Digitalen Gesandtin haben sie vor allem die technischen Inhalte weitergebracht.

Reimer Reese kam durch eine Kollegin aus dem Ortsverband auf die Idee, sich zum Digitalen Gesandten ausbilden zu lassen. Die Kenntnisse des ehemaligen Lehrers sind mit der digitalen Entwicklung gewachsen.



Susanne Nagel



Reimer Reese

Sein Motto: „Learning by doing – wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.“ Sein Fazit der Ausbildung: Die Technik sei oft gar nicht das größte Problem, sondern die Angst, etwas falsch zu machen oder „auf die falsche Taste zu drücken“.

In der Modellregion Dithmarschen werden demnächst weitere Digitale Gesandte ausgebildet. Informationen und Kontakt zum Dithmarscher Projektkoordinator Arndt Hauerken finden Interessierte auf www.digitale-gesandte.de.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Kaköhl

ter, Diana Scheeser, Bernd Suck und Ingo Nathaus aus (s. Foto, v. li.: Bernd Suck, Frank Fritzsche, Inge Burmester, Asta Maack, Diana Scheeser und Siegfried Ulrich).

Ortsverband Kaköhl

Die Mitgliederversammlung fand erstmals im LVZ Futterkamp statt. Neben Berichten und Ehrungen standen insbesondere die Vorstandswahlen im Mittelpunkt. Der Vorstand blieb nahezu unverändert: Kassenwartin Heidi Harz, Frauensprecherin Gabriele Söhren, der 1. Vorsitzende Dieter Rüder, der 2. Vorsitzende Wilfried Knuf, die Beisitzerinnen Irmgard Wellendorf und Brigitte Bauer, Schriftführer Gerd Thiessen sowie Beisitzer Bernd Grapatin.

Ortsverband Lunden

Rund 50 Teilnehmer*innen informierten sich über die Bedeutung einer gesunden Darmflora und die zentrale Rolle der Vorsorge durch Darmspiegelungen. Professor Thomas Herrmann vom WKK verdeutlichte praxisnah, wie eine ballaststoffreiche Ernährung und ein gesunder Lebensstil das Krebsrisiko senken können. Neben wertvollem Wissen kam auch die Hilfe nicht zu kurz: Durch Spenden und einen Zuschuss des Ortsverbandes konnten insgesamt 365 Euro für warme Decken für Chemo-Patient*innen in Heide gesammelt werden.

Ortsverband Hohenaspe

Bei der Jahreshauptversamm-



Ortsverband Hohenaspe

lung des Ortsverbandes Hohenaspe wurde ein komplett neuer Vorstand gewählt, alle Ämter konnten nach kurzer Beratung besetzt werden. Die wiedergewählte Vorsitzende Ellen Michehl dankte dem bisherigen Team für das Engagement, zudem wurden mehrere Mitglieder für ihre langjährige Treue geehrt – der Ortsverband zählt aktuell 284 Mitglieder. Nach Kaffee und Kuchen informierte der Itzehoer Rechtspfleger Mario Eggers in einem lebhaften Vortrag über Betreuung, Vorsorgevollmacht und Patienten-

verfügung und beantwortete zahlreiche Fragen aus dem Publikum.

Ortsverband Kiel-Schwentine

Bei der Mitgliederversammlung standen die Vorstandswahlen im Mittelpunkt. Unter der Wahlleitung des Kreisvorsitzenden Alfred Bornhalm wurde der Vorstand, mit Ausnahme eines Beisitzers, einstimmig wiedergewählt. Zudem wurden Delegierte und Ersatzdelegierte für die Kreisverbandstagung bestimmt. (S. Foto, v. li.: Kreisvor-



Ortsverband Großensee

Ortsverband Großensee

Auf der Jahreshauptversammlung standen Wahlen und Ehrungen im Mittelpunkt. Als Gäste waren aus dem Kreisvorstand Stormarn Daniel Jepp und Thomas Flemming erschienen sowie der Bürgermeister Uwe Tillmann-Mumm. Der ge-

samte Vorstand wurde wiedergewählt. Zusätzlich konnte ein neues Vorstandsmitglied als Beisitzer gewonnen werden. Abschließend zeichneten der Vorsitzende Frank Fritzsche und der Ehrenvorsitzende Siegfried Ulrich die langjährigen Mitglieder Asta Maack, Inge Burmes-



Ortsverband Lunden



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Kiel-Schwentine

sitzender Alfred Bornhalm, die 2. Schatzmeisterin Doris Fuchs, die 1. Schatzmeisterin Ute Hoheisel, der 2. Vorsitzende Peter Buchholz, Beisitzerin Marina Schwede, Revisor Jürgen Poschadel, die 2. Frauensprecherin Martina Gruhlke, die 1. Frauensprecherin und Protokollführerin Sabine Hinz, Beisitzerin Ingrid Wirth, Revisorin Gisela Bornhöft sowie der 1. Vorsitzende Franz Neumann; dahinter Revisor Balko Ober.)

Ortsverband Amt Hörnerkirchen

Bei der Jahreshauptversammlung wurde der 1. Vorsitzende Dierk Bornholdt einstimmig im Amt bestätigt. Bettina Münster wurde neu ins Vorstandsteam gewählt (s. Foto, v. li.: 1. Vorsitzender Dierk Bornholdt, Beisitzer*in Ben-Uwe Herrmann und Heike Jessen, Schatzmeisterin Birgit Kaschke und Bettina Münster, Pressesprecherin und 2. Vorsitzende). Neben der Ehrung langjähriger Mitglieder und der Freude über den Zuwachs auf 506 Mitglieder blickte die Versammlung gespannt auf kommende Highlights.

Ortsverband Aventoft

Einen stimmungsvollen Familienfaschings-Nachmittag, organisiert von Jugendsprecherin Manuela Nielsen und ihrem Team, verbrachten Kinder, Eltern, Großeltern sowie Freunde im Ortsverband Aventoft. Einer der Höhepunkte war der Auftritt vom Kinderliedermacher „Grünschnabel“. Es wurde getanzt, gesungen und gespielt. Dazu gab es ein Kuchenbüfett



Ortsverband Aventoft

und eine Prämierung der besten Kostüme. Anschließend konnten gleich drei Generationen auf einmal für langjährige Mitgliedschaft geehrt werden: Karl-Friedrich Dethlefsen, Sohn Karl-Dethlef (je 20 Jahre) und Enkel Sönke Thomas (10 Jahre).

Ortsverbandes Sieverstedt

Auf der gut besuchten Jahreshauptversammlung wurde der bisherige Vorstand einstimmig im Amt bestätigt: Harald Wagner und Finn Petersen bleiben 1. und 2. Vorsitzender, als neuer Beisitzer gehört Stefan Wagner dem Gremium an. (S. Foto, v. li.: Der neue Vorstand besteht aus Peter Hermann Petersen, Lena Wagner, Finn Petersen, Annemarie Matthiassen, Stefan Wagner, Birgit Schröder, Katja Petersen-Deerberg und Daniela Sellerie. Es fehlen Harald Wagner und Dörte Nissen.) Im Anschluss informierte Notarin Martina Henningsen über Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung.

Ortsverband Averlak-Blangenmoor

Nach 31 Jahren trat Volker Schladetsch nicht erneut an, zur neuen Vorsitzenden wurde Birte Peters-Hauschildt gewählt (s. Foto). Insgesamt nahmen 81 Mitglieder an der Jahreshauptversammlung teil, bei der auch die Ehrungen langjähriger Mitglieder auf dem Programm standen.

Ortsverband Reinbek

Auf Einladung von Bürgermeister Björn Warmer war der SoVD Reinbek mit rund 20



OV Averlak-Blangenmoor



OV Amt Hörnerkirchen



Ortsverband Groß Wittensee

Mitgliedern zu Gast im neuen Feuerwehrgerätehaus am Mühlenredder. Nach einem Vortrag mit wichtigen Hinweisen zum Brandschutz erhielten die Teilnehmenden eine spannende Führung durch das moderne Gebäude und bekamen Einblicke in die Arbeit der Feuerwehr.

Ortsverband Schafflund

Der SoVD hatte gemeinsam mit dem Seniorenbeirat zu einer Infoveranstaltung zum Thema Pflege eingeladen, 22 Interessierte kamen. Nach Kaffee und Kuchen informierten Anke Bernack und Kirsten Dopatka von



Ortsverband Schafflund



Ortsverband Sieverstedt



Ortsverband Reinbek



Ortsverband Bad Oldesloe

der Sozialstation Schafflund über Ablauf, Voraussetzungen und Begutachtung eines Pflegegradantrags. Unterstützung bei der Antragstellung bieten die Sozialstation sowie Sonja Petersen vom SoVD an.

Ortsverband Groß Wittensee

Nach vielen Jahren als Vorsitzender trat Peter Teichmann ab. Seine Nachfolgerin ist Dagmar Matthiesen aus Sehestedt. Außerdem gab es einige Ehrungen (s. Foto, v. li.: Kathrin Kardel, Leiterin des SoVD in der Kreisgeschäftsstelle Rendsburg-Eckernförde, der 2. Vorsitzende Kai-Dieter Bock und Dagmar Matthiesen, die neue Vorsitzende, vorne Jubilar Heine Möller). Der Ehrenvorsitzende Heinrich Möller aus Haby ist seit 40 Jahren Mitglied im SoVD und war 19 Jahre Vorsitzender sowie mehrfach Kassenprüfer.

Ortsverband Bad Oldesloe

Der SoVD hatte zu einer Präventionsveranstaltung zum Thema Betrug und Trickdiebstahl mit Polizeioberkommissar a. D. Tino Sdunek eingeladen. In einem unterhaltsamen Vortrag

mit Handpuppen vermittelte er praxisnahe Tipps zum Schutz vor Enkeltrick, Trickdiebstahl und unseriösen Haustürgeschäften.

Ortsverband Preetz

Im Ortsverband gab es nach zwölf Jahren einen Wechsel an der Spitze: Kurt Heese ist jetzt 2. Vorsitzender. Sein bisheriger Vertreter Ove von Dohlen ist neuer 1. Vorsitzender (s. Foto, v. li.: Ove von Dohlen und Kurt Heese). Insgesamt konnten alle 14 Vorstandsposten besetzt werden, inklusive drei neuen Beisitzern.



Ortsverband Preetz



Interview

„Zuhause sitzen ist nicht meins“

Wie genau sieht Ehrenamt im SoVD Schleswig-Holstein aus? Sehr unterschiedlich bei rund 4000 ehrenamtlich Aktiven in über 300 Ortsverbänden. In unserer Serie sprechen wir deshalb jeden Monat mit jemandem aus dem Ehrenamt – dieses Mal mit Franz Neumann aus dem Ortsverband Kiel-Schwentine.

Herr Neumann, viele genießen im Ruhestand die neugewonnene Freizeit. Sie hingegen stecken viel Energie in das Ehrenamt beim SoVD. Warum tun Sie sich das eigentlich noch an?

Wissen Sie, ich bin ein Mensch, der einfach immer etwas tun muss. Das liegt wohl in der Familie – mein Vater hat gearbeitet, bis er 73 war. Wir hatten früher zwei Schuhgeschäfte hier in Dietrichsdorf, da habe ich schon als Sechsjähriger mit angepackt.

Diese Arbeitsmoral legt man nicht einfach ab. Bevor ich zum SoVD kam, war ich fast 50 Jahre in der örtlichen Gilde aktiv, als Schriftführer und Pressewart. Als ich dann in den Ruhestand ging, war für mich klar: Nur zu Hause zu sitzen, das ist nichts für mich. Ich brauche die Aufgabe und den Kontakt zu den Menschen.

Wie hat Ihr Weg Sie dann speziell zum SoVD geführt?

Das war eigentlich eine Fügung. Mein Vorgänger, Bernd Seeger, kannte meine Frau über die Arbeit im Finanzamt. Er wusste wohl, dass ich jemand bin, der gerne anpackt. Er fragte mich damals: „Mensch Franz, hättest du nicht Lust, mal mit an den Vorstandstisch zu kommen?“ Und bei mir ist das so: Wenn ich irgendwo mitmache, dann richtig. Nur unten im Publikum zu sitzen und zuzugucken, hat mir noch nie gereicht. Ich möchte gestalten. Inzwischen bin ich seit zehn Jahren dabei und es macht mir nach wie vor Freude.

Was sind heute Ihre Hauptaufgaben als Vorsitzender im Ortsverband Kiel-Schwentine?

Ich kümmere mich um die Öffentlichkeitsarbeit. Aber im Kern geht es darum, die Gemeinschaft zusammenzuhalten. Das Team



Franz Neumann leitet den Ortsverband Kiel-Schwentine

vom Vorstand und ich organisieren die monatlichen Treffen und Infoveranstaltungen. Früher war das Programm noch umfangreicher, wir haben sogar ganze Wochenendfahrten unternommen. Aber man muss ehrlich sein: Viele unserer Mitglieder sind heute gesundheitlich nicht mehr so mobil, da müssen wir die Angebote anpassen. Meine Aufgabe ist es, zuzuhören, zu planen und dafür zu sorgen, dass niemand vergessen wird. Der SoVD ist für viele hier ein wichtiger Anker gegen die Einsamkeit – zum Beispiel durch unsere Infoveranstaltungen und unsere Frauengruppe.

Gab es in diesen zehn Jahren einen Moment, der Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist?

Oh ja, das war während der Corona-Zeit. Das war für uns alle eine schwere Phase. Wir haben damals eine „Leierkastenfrau“ organisiert und sind zu den älteren Mitgliedern direkt vor das Seniorenheim gefahren. Die Leute standen dann mit Abstand drau-

ßen – endlich mal ohne Maske, weil wir an der frischen Luft waren – und haben den Liedern gelauscht.

Wie haben die Mitglieder darauf reagiert?

Es war unglaublich emotional. Die Menschen haben an den Fenstern gestanden oder auf dem Gehweg, sie haben mitgesungen und geschunkelt. In einer Zeit, in der über die Alten oft nur als „Risikogruppe“ gesprochen wurde, haben wir ihnen gezeigt: Wir sind da. Wir haben euch nicht vergessen. Wenn man sieht, wie ein bisschen Musik und ein kurzer Schnack den Leuten so ein Lächeln ins Gesicht zaubern können, dann weiß man: Das tut dem eigenen Herzen genauso gut wie den anderen. Das war für mich ein absoluter Höhepunkt meiner bisherigen Arbeit.

Und umgekehrt – treibt Sie etwas um, das Ihnen Sorgen bereitet?

Naja, wir sind schon seit vielen Jahren mit unseren Veranstaltungen im Vereinsheim der Holsatia – direkt hier im Stadtteil. Leider möchte die Pächterin das Geschäft aus gesundheitlichen Gründen abgeben. Und da mache ich mir natürlich Gedanken, ob wir auch in Zukunft eine dauerhafte Heimat finden.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft Ihres Ortsverbandes?

Ich hoffe einfach, dass der gute Zusammenhalt bleibt, den wir uns erarbeitet haben. Mein Ziel ist es, dass wir weiterhin ein offenes Ohr für die Sorgen der Menschen haben und sie merken, dass sie im SoVD eine starke Gemeinschaft im Rücken haben. Solange es mir gesundheitlich gut geht, mache ich gerne weiter.



Wichtige Rufnummern

112 – Notruf für Menschen in Not. 24 Stunden, kostenlos, auch ohne Mobilfunknetz und bei gesperrtem Handy. 112 wählen Sie bei Unfällen, Bränden oder wenn Notfallsituationen eventuell lebensbedrohlich sind.

110 – Notruf der Polizei. Bei Gefahr, Straftaten oder einem Verdacht. Wählen Sie 110 immer dann, wenn Sie sich bedroht fühlen, in Gefahr befinden oder die Situation gefährlich werden könnte.

116 117 – Ärztlicher Bereitschaftsdienst. Hier erhalten Sie Hilfe außerhalb von Sprechzeiten und bei nicht lebensbedrohlichen Krankheiten, und Sie erfahren den Standort der nächsten Bereitschaftsdienstpraxis.

Der Patientenombudsverein bietet Rat und Hilfe für Patient*innen:

- für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg unter Tel.: 04551 / 80 34 27;
- für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg unter Tel.: 04331 / 70 84 882;
- für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland unter Tel.: 04641 / 98 73 69;
- für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg unter Tel.: 04631 / 44 13 447.

Bei Fragen zur Pflege gibt es Rat unter Tel.: 04531 / 80 49 38.

Das Kindernottelefon – anonym und gebührenfrei erreichbar unter Tel.: 0800 / 11 10 333 (montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr).

Unabhängige Patientenberatung (UPD) – gebührenfrei und bundesweit erreichbar unter Tel.: 0800 / 01 17 722.

Das Pflegenottelefon – Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte erhalten Rat und Hilfe unter Tel.: 01802 / 49 48 47.

Das Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, erreichbar unter Tel.: 0431 / 98 81 620.

Nachruf



In unserem Landesverband verstarben

Hans-Werner Beese,
langjähriger 2. Ortsvorsitzender im Ortsverband Witzwort,

Thies Böge,
langjähriger Revisor im Ortsverband Nordhastedt,

Rüdiger Carstensen,
langjähriger Schriftführer im Ortsverband Freienwill-Hürup,

Eicke Meppen,
langjähriger Vorsitzender im Ortsverband Brunsbüttel,

Werner Osing,
langjähriger Beisitzer und Revisor im Ortsverband Schwesing,

Alfred Thorsen,
langjähriger Revisor im Ortsverband Fleckeby,

Wolfgang Windhorst,
langjähriger Beisitzer im Ortsverband Viöl.

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.



Auszeichnungen

Für 10-jährige Funktionärstätigkeit wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Jens Martin Carstensen,
Ortsverband Aventoft.

Für 20-jährige Funktionärstätigkeit wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Andrea Jürgens,

Ortsverband Hohn-Friedrichsholm.

Für 25-jährige Funktionärstätigkeit wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Peter-Bernhard Petersen,
Ortsverband Aventoft,

Hans Kropius,
Ortsverband Puls.

Für 30-jährige Funktionärstätigkeit wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Ilse Mußfeld,
Ortsverband Hohn-Friedrichsholm.

Der Vorstand des SoVD Schleswig-Holstein gratuliert herzlich.

www.sovd-sh.de



Foto: Jenny Sturm / Adobe Stock